

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6spaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Maßvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Der Parteitag hat heute das neue Organisationsstatut en bloc angenommen.

In Koblenz-St. Goar hat das Zentrum rund 8000 Stimmen verloren, während die Sozialdemokratie 700 Stimmen gewann.

Die Landesorganisation badischer Schreinerinnungen beschloß die Aussperrung der Holzarbeiter Südwestdeutschlands.

Zar Nikolaus II. erließ eine Verordnung zur Stärkung des russischen Absolutismus.

Fortsetzung.

Leipzig, 16. September.

Die Debatte des Leipziger Parteitages über die Finanzreform wurde gestern vormittag noch fortgesetzt, ohne daß jedoch wesentliche Momente neu hervortraten. In seiner bekannten Manier begann Genosse Fischer-Berlin, der mit soviel Temperament eine temperamentslose Politik vertritt, den Reigen der Diskussionsredner, ihm folgte Hoch und Böhle. Als letzter Redner der Diskussion sprach Kautsky, dem leider die kurze Redezeit von 10 Minuten die Möglichkeit raubte, die ganze Frage mit der theoretischen Gründlichkeit zu behandeln, die wir an ihm gewohnt sind. Was er aber sagte, das deckte sich im großen und ganzen mit dem Standpunkt, den wir im gestrigen Leitartikel vertreten hatten. Besonders durchschlagend war seine Bemerkung, daß über die Frage der Erbschaftsteuer sicherlich nicht in unserer Fraktion derartige Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht wären, wenn nicht die Konservativen in ihrem blinden Klassengegismus die Dummheit begangen hätten, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Erst dadurch gewann die Erbschaftsteuervorlage den Anschein, als ob sie eine Konzeption an unser Programm wäre, einen Anschein, den sie in Wahrheit garnicht verdiente. Das Schlusswort Ledebours wies glänzende Partien auf. Im zweiten Teile seiner Rede, der den Vorgängen in der Reichstagsfraktion gewidmet war, ließ er sich von höhnlichen, berechneten Zwischenrufen der Revisionisten beeinflussen, und da Genosse Ledebour ein ebenso scharfer wie schlagfertiger Redner ist, so war nichts natürlicher, als daß sich an das Ledeboursche Schlusswort eine reiche Fülle persönlicher Bemerkungen angeschlossen, in denen die mannigfachen Schmerzen zum Ausdruck kamen, die Ledebour verursacht hatte, als er auf die Zwischenrufe nicht reagierte. Sensation erregte eine persönliche Bemerkung Bebels, der erklärte, er würde es für unrichtig und bedenklich gehalten haben, wenn die Fraktion gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätte.

Der Genosse Singer hatte am Tage zuvor für sich die entgegengesetzte Erklärung abgegeben. Man sieht also, daß selbst diese beiden ältesten Fraktionsführer und Parlamentarier in dieser wichtigen Frage entgegengesetzter Ansicht waren, ein neuer Beweis für die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Klärung und Aussprache, wie sie der Antrag Geiger vorzieht.

Schon vor Beginn des Schlusswortes hatte Genosse Bebel einmal in die Debatte gegriffen. Es galt, einen letzten Ueberrumpelungsversuch des Parteitages durch die Freunde der Erbschaftsteuer abzuschlagen. Augenscheinlich hielt man im Lager der David, Frank und Genossen den Augenblick für günstig, dem Parteitag eine Resolution abzulisten, die die Zustimmung zur Erbschaftsteuer billigt. Diese Resolution wurde in einem Augenblick eingebracht, als der Schluß der Debatte schon beschlossen war, und es ist begreiflich, daß der Parteitag über dieses durchsichtige Manöver in Entrüstung geriet. Da war es Bebel, der der Rahe die Schelle umhing. Er charakterisierte die Resolution als das, was sie war, als einen Ueberrumpelungsversuch, worauf Genosse Frank mit gut gemintem Erstaunen über die „unberechtigte Erregung des Parteitags“ die Resolution zurückzog.

Die Debatte war zu Ende. Jetzt folgte die Affäre der württembergischen Hofgänger. Hierzu lag eine Erklärung der Beteiligten vor, in der sie die Absicht, an einer monarchischen Demonstration teilzunehmen zu wollen, in Abrede stellten. „Hätten wir annehmen können, daß dieser Ausflug in seinem weiteren Verlauf zu einer monarchischen Huldigung benutzt werden würde, so wären wir der Parteitradition entsprechend, die auch für uns maßgebend ist, der Veranstaltung ferngeblieben.“ Lauter Beifall von allen Bänken folgte diesen Worten, die Singer verlas. Demonstration aber wurde dieser Beifall, als nach einigen kräftigen Worten Singers, in denen er die republikanischen Ziele der Partei glücklich betonte und die totale Unvereinbarkeit sozialdemokratischer Gesinnung und monarchischer Huldigung hervorhob, der Vorsitzende vorschlug, damit die Sache für erledigt zu erklären. Die einzigen Leidtragenden waren die Vertreter der bürgerlichen Presse, die in der Tat belustigend lange Gesichter machten. Die bürgerlichen Zeitungen hatten sich gerade von der Auseinandersetzung über die Hofgänger ein ganz besonderes Labial versprochen, und jetzt mußten sie erleben, daß die ganze Affäre in vier Minuten glatt erledigt war. Ob sie wohl eine Klage auf Schadenersatz einreichen werden?

So erfreulich nun auch die rasche und glatte Erledigung dieser Sache war, so wird man sich hoffentlich in den beteiligten Kreisen klar darüber sein, was gerade diese rasche Arbeit bedeutet. Sie heißt, daß kein Wort darüber zu verlieren ist, wie abgrundtief Monarchie und Sozialdemokratie getrennt sind, und daß die Partei sich energisch alle die vorlauten Flausen verbittet, mit denen die Hofgänger in Stuttgart noch eine Phrasenbrücke über diesen Abgrund zu schlagen suchten. Da war von Anerkennung der

Verfassung auch durch die Sozialdemokratie die Rede, von der Furcht vor dem Monarchen, die man überwinden müsse, und vor all jenem Kinderknack, mit dem man eine unhaltbare Position noch zu halten sich bemüht. Davon ist in der Erklärung der Hofgänger keine Rede mehr, und niemand freut sich mehr als wir darüber, daß die württembergischen Landtagsabgeordneten auf diese abgeschmackten Redensarten verzichtet haben. Um so deutlicher aber wird man sich in allen Kreisen vor Hofgängern sichern, sei es in Berlin oder in Stuttgart, die Klarheit der Situation zu würdigen und sich nach ihr zu richten wissen. Ein zweites Mal wäre es mit einer Erklärung jedenfalls nicht abgetan.

Der Nachmittag brachte die Beratung des Organisationsstatuts. Das Referat hielt Genosse Ebert. Er vertat den Entwurf der Organisationskommission, wie wir ihn seinerzeit unsern Lesern mitgeteilt haben. An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Debatte, die morgen ihre Fortsetzung finden wird. Es ist der Antrag eingelaufen, die Materie einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen. Was die Vertretung der Fraktion auf den Parteitagen angeht, so machte der Berichterstatter den Vorschlag, in dieser Hinsicht alles beim alten zu lassen, während Genosse Liebknecht zwar dem nicht entgegentrat — wir selber erblicken, wie wir teils früher mannigfach ausgesprochen haben, hierin ein nicht mehr berechtigtes Vorrecht der Fraktion — aber dann wenigstens ein gleiches Recht für das Zentralorgan der Partei, den Vorwärts, und für die Neue Zeit verlangte.

Millerand als Erzieher.

Aus Paris wird uns geschrieben: Seit etlichen Wochen wird in der französischen sozialistischen Partei die Frage diskutiert, wie man sich zu dem neuen Ministerium und zu den Radikalen zu stellen habe. Es gibt Genossen, die jetzt eine hitzige Attacke gegen das Ministerium — Clemenceau führen, aber Briand und seinen Leuten mit einer von Hoffnung nicht freien Reserve gegenübersetzen. Wohlwollende Gemüter konnten aus einigen Handlungen der neuen Regierung — Amnestieakte, Strafnachlässe, Wiedereinstellung gemäßigter Postbeamten, Erleichterung der Kammerlandidatur von Beamten — die Tendenz einer „Entspannung“ herauslesen, was übrigens auch den börsenkapitalistischen Blättern, die das Tailleurische Steuerprojekt als die drohendste aller sozialen Gefahren angesehen hatten, von ihrem Standpunkt ohne Mühe gelang. Mit dieser Entspannung sahen die Optimisten der Partei die Möglichkeit milderer Formen des Klassenkampfes, einer sozialmoralischen Besserung des bürgerlichen Radikalismus und wohl gar einer mehr oder minder offiziellen Erneuerung der Blockpolitik herauszusehen. Nun aber ist diesen rosenfarblichen Zeichenduttern ein brutaler Strich durch die Rechnung gemacht worden. Das Verdienst daran ist Millerand zuzuschreiben,

Seuilleton.

Der Teufel vom Gande.

Erzählung von Hans Hoffmann. Nachdruck verboten.

(Schluß.)

Als der Prediger das Treppchen hinauffstieg und eintrat, waren sie eben im letzten Jorne aufeinander losgegangen, und jeglicher von beiden schwang eine frische Strichleule über dem Haupte, mittels deren er den Gegner von dem wahren Glauben zu überzeugen hoffte. Der Prediger rief ihnen entgegen: „Friede sei mit Euch!“ Und sogleich ließen sie ab voneinander und saßen gemeinsam den Strang ihrer Glode und läuteten herrlich nach allen Kräften. Dazu fielen ihnen Tränen der Rührung aus den Augen.

Barnim Kleföwer grüßte sie und fragte, wo die Herrin des Hauses zu finden wäre. Sie sagten, daß Fräulein Kathinka alle Tage zumeist in dem Kämmerchen im Dache zu verweilen pflege und in den Büchern lese, die dort bewahrt würden. Da ging er leise in das Haus und die Treppe hinauf, um ihr zu danken und Abschied zu nehmen.

Als er oben auf dem Gange stand, hörte er ihre helle Stimme durch das Türfensterchen klingen; und es waren Sprüche des Hohenliedes, die sie feurig hinaus sprach. „Denn Liebe ist stark wie der Tod; und Eifer ist fest wie die Hölle. Ihre Sint ist feurig und eine Flamme des Herzes. Daß auch viele Wasser nicht mögen die Liebe auslöschen, noch die Ströme sie erfürsen. Wenn Einer alles Gut in seinem Hause hat, die Liebe geben wollte, so wäre es alles nichts.“

Er trat hinzu und sah sie sitzen an dem Tischchen, da er selbst einst gefessen, und die Bibel lag vor ihr. Sie war in ein schwarzes Gewand gekleidet und trug keinen Schmuck außer einer weißen Wasserrose, die sie mitten in ihren goldenen Haaren trug. Ihre Schönheit war anders geworden, als sie gewesen war, feiner und zarter, und die Farbe ihrer Wangen von einem leichteren Dufte überzogen.

Als Barnim sie so erblickte, wich er zurück, sank mit dem Haupte gegen die Wand und meinte. Und er sprach zu sich selber: „Der Herr hat mir mein Reich genommen, das mein Stolz war und das ich mir gegründet; und ich habe den Herrn gepriesen. Doch da mir das andre soll genommen werden, das ich doch niemals besaß, ist meine Seele zerrissen von Qualen.“

Doch er raffte sich empor und sagte die Türe und trat hinein. Sie sprang von ihrem Sitze und stand nun vor ihm in vollem Erglänzen; und er sah sie und sprach:

„Ich bin gekommen zu danken und Abschied zu nehmen. Denn ich bin ein Herr, den Gott geknechtet hat, und ein Fürst, dem der gerechte Richter sein Reich genommen hat. Er schlug mich also, weil er in meinem Busen gelesen hat, daß mein Trachten nicht lauter gewesen und meine Lippen nicht alles sprachen, was meine heimliche Seele dachte. Denn ich rang nach Freiheit nicht darum allein, um dem Namen Pommerns ein Stätte zu erhalten, sondern auch um mir selbst einen Namen und eine Herrlichkeit zu geben, auf daß ich den Mut und die Hoffnung gewönne, meine Hand auszustrecken nach dem lieblichsten Gute, das ich mir auf Erden wußte. — Das habe ich heute erkannt, da die Strafe ist über mein Haupt gegangen. Ich muß nun wieder scheiden und wieder wandern, denn ich bin ein Heimatloser geworden, wie von je ich war, und ein Bettler ohne Besitz. Und der Herrenname, den ich mir erzwungen, ist ein Hohm geworden und ein eitles Klingeln.“

Als er so gesprochen hatte, blickte Kathinka ihn von unten her mit einem schelmischen Blinzeln an und fragte verschmüht:

„Welche ist denn hübscher?“

Und er erwiderte:

„Du bist allerdings schön, meine Freundin, und ist kein Flecken an dir.“

Da sagte sie lächelnd und errötend:

„Dort ist ein Fürst ohne Land, und hier ein Land ohne Fürsten. Sollte es nicht klug sein, einen Bund zu schließen und jeder des andern Schaden zu bedenken?“

Und als er noch jagte und schwieg, kam ein Teil ihrer fröhlichen Gewalttätigkeit wieder über sie; sie drängte ihn lachend zur Seite, sprang an ihm vorüber, entwischte aus der Türe, klappte sie zu und warf von außen den Riegel vor.

So war er gefangen wie ehemals. Doch blieb ers nicht lange; binnen kurzem ward der Riegel zurückgeschoben, und ein Ungetüm drang herein mit einem Bärenfell angetan und einem Kürbiskopf auf den Schultern, und eine Stimme klang hohl aus dem Kopfe heraus:

„Ich bin gekommen, den mir zu holen, der mir gehört und der mir umsonst zu entrinnen suchte. Und wie er sich auch stellen mag, die Hölle will ich ihm heiß machen.“

Da nahm er sie endlich mit Kräften beim Kopf, daß der mitten entzweitbrach und ein besserer Blondkopf ans Tageslicht kam. Und nun nahm er den auch und küßte ihn mit Kräften.

Und als sie vieles miteinander getan und geredet hatten, sagte der Bräutigam noch dieses:

„Und wenn uns ein Söhnchen geschenkt wird oder eine Tochter oder deren viele, so soll jedes allezeit seine eigenen Prügel haben: und zwar deren genug, daß ihre Seele gedehne.“

dem man unstrittig zugestehen muß, daß er den väterlichen Aera Combes geweihten republikanischen Humboldt der Blodgläubigen nicht mitgemacht hat. Millerand, der sicherlich einer der in sozialpolitischen Dingen am besten unterrichteten und auch einer der eifrigsten sozialkonservativen Reformpolitiker ist, zieht unverhohlen die Konsequenzen daraus, daß er ein Minister des bürgerlichen Klassenstaats ist. Wo dessen Interessen ins Spiel geraten, stellt er sich klipp und klar als Verteidiger in Kampfsposition.

Dies hat die Gewerkschaft der Post-Unterebenen zu spüren bekommen. Diese Gewerkschaft besteht schon seit einigen Jahren unbeanstandet, da sie von der durch die Kammer gebilligten Entschliessung des Ministeriums Sarrrien profitierte, bis zur Annahme des Beamtenstatuts im Hinblick auf die Gewerkschaften der Staatsangestellten den bestehenden Zustand aufrechtzuhalten, d. h. keine neuen zuzulassen, aber die schon bestehenden nicht zu geneieren. Vor einigen Tagen nun suchte der Vorstand dieser Gewerkschaft um eine Audienz beim Minister der öffentlichen Arbeiten nach mit der Absicht, die bei der Wiedererrichtung der Gemafregeln vorkommenden Ungerechtigkeiten zur Sprache zu bringen. Millerand aber lehnte ihren Empfang ab mit der Begründung, daß die Konstituierung der Gewerkschaft dem Gesetz widerspreche und daß ihre Aufrechterhaltung bis zur Erlassung des Beamtenstatuts nur die Folge früherer Regierungsentscheidungen sei.

Der Temps weiß sich vor Jubel über diese verachtungsvolle Behandlung der Postbeamten-Gewerkschaft gar nicht zu fassen. Bisher waren deren Delegierte, wenn auch nicht offiziell in dieser Eigenschaft, so doch „individuell“ empfangen und angehört worden, nun aber hat man ihnen, wie das Kapitalklassenblatt frohlockend ausruft, „einfach die Türe vor der Nase zugeschlagen“. Der Temps sieht darin eine „entscheidende Demonstration“, daß sich in der Regierung „etwas geändert“ habe, und er sucht nicht ohne Glück einen logischen Zusammenhang zwischen ihr und der Antrittserklärung Briand's vom 27. Juli, worin der Ministerpräsident seinen Entschluß ankündigte, die „Disziplin“ in der Beamtenenschaft aufrechtzuerhalten und nicht zu dulden, daß sie zu einer privilegierten Nation innerhalb der Nation selbst werde.

Für die Blokdemokraten in und außer der Partei mag dieser Regierungsakt Millerand's eine unangenehme Ueberraschung sein. Diejenigen, die das Wachsen der sozialreaktionären Tendenzen im französischen Kleinbürgertum in den letzten Jahren verfolgt haben, wird es schwerlich in Erstaunen setzen. Nachdem die wahrnehmbare Taktik der revolutionären Syndikalisten die unvorbereitete Arbeiterenschaft in sichere Niederlagen geführt hat, ist der Uebergang der Regierung zur Offensive gegen die proletarische Bewegung die Erfüllung bürgerlicher Wünsche, die mehr bewegendere Kraft haben als die schönsten Hymnen über großartige und kühne Reformaktionen, womit bürgerliche Minister die Wege zum Olymp hinarsteigen können.

Der deutsche Großgrundbesitz im polnischen Oberschlesien.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 versicherten die fünf national-polnischen Abgeordneten Oberschlesiens hoch und heilig, daß sie das polnische arbeitende Volk vor neuen Steuerlasten schützen würden. Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform, hatten sie nichts eiligeres zu tun, als ihre Versprechen ohne Ausnahme schmählich zu brechen. Nicht das Interesse des arbeitenden polnischen Volkes Oberschlesiens, das über eine Million Köpfe beträgt, hatten sie bei der Ablehnung der Erbschaftsteuer im Auge, sondern allein das Geldinteresse der 662 polnischen Großgrundbesitzer in der Provinz Posen. Zugleich kam dieser Verrat aber auch einer Handvoll deutscher Großgrundbesitzer Oberschlesiens zugute, die ihre Schmarohereizung durch die Ausbeutung des polnischen Proletariats führen.

Nach einer auf Grund des neuesten schlesischen Güter-Adressbuches bearbeiteten statistischen Zusammenstellung in unserem Rattowitzer Parteiblatt, Gazeta Robotnicza, ist die gegenwärtige Verteilung des deutschen Großgrundbesitzes in den fünfzehn polnischen Kreisen Oberschlesiens die folgende:

Größe des Grundbesitzes Hektar	Zahl der Grundbesitzer	Gesamtfläche Hektar
100 bis 200	42	6208,12
200 " 300	32	8173,52
300 " 400	20	7272,53
400 " 500	19	8348,05
500 " 600	22	11989,44
600 " 700	14	8986,03
700 " 800	12	8982,9
800 " 900	10	8325,8
900 " 1000	5	4710,7
1000 " 1500	26	30940,11
1500 " 2000	14	24409,16
2000 " 3000	10	29264,81
3000 " 4000	9	30370,0
4000 " 5000	5	22981,5
5000 " 6000	1	5810,0
6000 " 7000	3	20309,5
7000 " 8000	1	7105,4
8000 " 9000	3	25852,0
10000 " 20000	3	39232,10
20000 " 30000	3	73945,2
30000 " 40000	1	33394,5
40000 " 50000	2	82438,0
über 50000	1	96919,3

Insgesamt haben wir also in den 15 ländlichen Kreisen Oberschlesiens nur 258 Großgrundbesitzer mit 589 903,86 Hektar Fläche, was 55,62 Proz. der Gesamtfläche dieser Kreise ausmacht. Mit anderen Worten: 258 Personen besitzen über die Hälfte des polnischen Teiles Oberschlesiens! Das Angeheure dieser Konzentration von Land und Boden in den Händen von wenigen Personen tritt noch deutlicher hervor, wenn wir zwei große Kategorien von Großgrundbesitzern unterscheiden: 1. von 100—1000 und 2. über 1000 Hektar. Es stellt sich dann heraus, daß in der ersten Gruppe 176 Großgrundbesitzer mit insgesamt 72 922,69 Hektar, und in der zweiten Gruppe 82 Großgrundbesitzer mit insgesamt 516 981,17 Hektar Fläche vor-

handen sind. Anders ausgedrückt: 82 Pachtgrundbesitzer der zweiten Gruppe haben mehr als siebenmal so viel Grund und Boden als 176 Grundbesitzer der ersten Gruppe. Wenn wir uns die Tabelle näher ansehen, so bemerken wir, daß die 176 Grundbesitzer der ersten Gruppe sogar etwas weniger besitzen als die drei Grundbesitzer der zweiten Gruppe in der Kategorie von 20 000 bis 30 000 Hektar Fläche. Weiter sehen wir, daß sieben Personen der zweiten Gruppe in den vier höchsten Kategorien beinahe viermal so viel Grund und Boden haben, als 176 Grundbesitzer der ersten Gruppe. Es sind das folgende Besitzer:

1. Fürst, Domänen- und Bergbesitzer	96 919,3 Hektar
2. Herzog v. Ujest	42 001,0 "
3. Fürst v. Pleß	40 437,0 "
4. Herzog v. Ratibor	38 394,5 "
5. Fürst v. Stolberg-Wernigerode	28 517,0 "
6. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	25 486,0 "
7. Graf Hentel-Fürst v. Donnersmard	21 942,2 "

Insgesamt haben diese sieben Besitzer „nur“ 286 697 Hektar Fläche oder 27 Proz., d. h. über ein Viertel des polnischen Teiles Oberschlesiens!

In der Gesamtzahl von 258 Großgrundbesitzern haben wir 64 gewöhnliche Adelige, 14 Barone, 32 Grafen, 7 Fürsten und Herzöge und 3 Könige (von Preußen, Sachsen und Württemberg). Insbesondere besitzen:

Gewöhnliche Adlige	70 520,77 Hektar
Barone	11 458,25 "
Grafen	117 707,50 "
Fürsten und Herzöge	108 616,60 "
Könige	21 085,90 "

Zusammen also „nur“ 419 939,17 Hektar. Da dem Fiskus 96 919,3 Hektar gehören, so folgt, daß die 137 Personen bürgerlicher Herkunft nur 73 045,39 Hektar Fläche haben.

Beinahe die Hälfte des polnischen Teiles Oberschlesiens ist also gegenwärtig im Besitze von nur 120 Adels- und Magnatengeschlechtern. Es ist klar, daß die ungeheuren Flächen Landes, die diese Geschlechter besitzen, noch ungeheure Werte repräsentieren. Man muß außerdem berücksichtigen, daß viele dieser Magnatenfamilien in dem engen Industriebezirk noch viele Kohlen- und Erzgruben, Hütten und andere industrielle Anlagen besitzen. So besitzt z. B. der Fürst Pleß 5 Steinkohlengruben, Graf Ballestrem eine, Fürst Hentel-Donnersmard 3, drei Grafen Hentel-Donnersmard 5, Fürst Hohenlohe-Dehringen eine Steinkohlengrube.

Das von der Regierung bei der Finanzreform vorgeschlagene Erbschaftssteuergesetz würde unter solchen Umständen selbstverständlich nicht im geringsten die polnischen Industrie- und Landproletarier Oberschlesiens treffen, dagegen, wenn wir die drei königlichen Besitzer außer acht lassen, in nur mäßiger Weise die 255 Großgrundbesitzer Oberschlesiens, die durchweg Deutsche sind. Im Klasseninteresse der polnischen Großgrundbesitzer der Provinz Posen haben jedoch die national-polnischen Abgeordneten Oberschlesiens auch das Klasseninteresse der deutschen Großgrundbesitzer Oberschlesiens in Schutz genommen, dagegen das arme polnische Proletariat infam verraten, indem sie der feindlichen kapitalistischen Regierung 240 Millionen direkte Steuern bewilligten.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 15. September 1909.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsteher die Mitglieder des Kollegiums und gedachte mit einigen Worten der Universitätsjubelfeier. Eingegangen ist u. a. eine vom Rechtsanwalt Dr. Krumbiegel im Namen von Bewohnern der äußeren Brandvorwerkstraße verfasste Petition, in der um eine Änderung des Namens dieser Straße gebeten wird. Zur Begründung führen die Petenten an, da die Brandvorwerkstraße einen gewissen schlechten Ruf habe, sei den Grundstücksbesitzern das Vermieten ihrer Wohnungen erschwert. — Weiter ist eine Eingabe des Dürerbundes und des Rotarverbands des sächsischen Vereins für Heimatschutz eingegangen, die sich gegen Umbauten wendet, die sich ihrer Umgebung nicht anpassen, und so geeignet sind, das Stadtbild zu stören. Stadtv. Pfaffmae machte die Eingabe zur Kenntnis. — Weiter teilte der Vorsteher mit, daß nächsten Mittwoch eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten abgehalten werden soll, in der einige Wahlen vorzunehmen seien.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung lag ein Schreiben des Stadtverordneten Rost (1. Abteilung) vor, der um die Genehmigung zu seiner Mandatsübertragung nachsuchte. Zur Begründung seiner Absicht führte er aus, daß er bei der Kreisbauverwaltung das Amt eines Bauaufsichtenden angenommen habe, bei dessen Ausübung er naturgemäß in Konflikt kommen könne bei der Erfüllung seiner Pflichten als Stadtverordneter. Nachdem der Vorsteher, Dr. Rost, hervorgehoben hatte, daß dieser Begründung nach den Bestimmungen der Revidierten Städteordnung kaum widersprochen werden könne, wurde das Gesuch Rost's einstimmig genehmigt. Hierauf gedachte der Vorsteher mit einigen Worten der Tätigkeit des Ausschusses, der dem Kollegium 14 Jahre lang angehört und sich in den verschiedensten Kommissionen sowie im Plenum als eines der tätigsten Mitglieder erwiesen habe.

Der Abtretung von etwa 25 Quadratmeter Vorgartenland des Grundstücks Marienstr. 3 an die Stadtgemeinde zum Preise von 30 Mark für den Quadratmeter, sowie gegen Uebernahme der etwa 350 Mark betragenden Kosten der Zurücksetzung der Einfriedigung, der gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Vertrages stimmte das Kollegium zu.

Einige Abrechnungen über die Herstellung von Straßen wurden richtiggeprochen. Unter andern die Abrechnung über die Beschleunigung und Pflasterung der Döllnitzer Straße, für die eine Nachbewilligung von 1448,88 Mark nötig war.

Eine Eingabe des Schreibereivereins Hauschild in E.-Gohlis, der um pachtweise Ueberlassung von Land an der verlängerten Wiederitzscher Straße zur Errichtung eines Luft- und Lichtbades gebeten hatte, beantragte der Tiefbauauschuß auf sich beruhen zu lassen.

Stadtv. Liebold (Mittelst.) ersuchte, dem Verein entgegenzukommen, und beantragte, die Eingabe dem Räte nochmals zur Erwägung zu überweisen.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich bemerkte, dem Wunsche des Vereins werde sich nicht entsprechen lassen. Der Stadt stehe in der dortigen Gegend sehr wenig Areal zur Verfügung. Auch sei noch gar nicht abzusehen, welchen Gang die Entwicklung nehmen werde, und ob das Areal nicht bald zu andern Zwecken gebraucht würde. Es würde dann zu unzutraglichen führen, wenn der Verein noch verhältnismäßig kurzer Zeit das Areal zurückgeben sollte. Der Ausschussantrag wurde schließlich gegen 5 Stimmen angenommen.

Weiter hand eine Eingabe des Grund- und Hausbesitzervereins in E.-Volkmarssdorf wegen der Erhaltung des auf Eisenbahnanlage gelegenen Spielplatzes der früheren Schrebergartenanlage zur Beratung. Der Ausschussreferent beantragte, die Eingabe dem Räte zur Erwägung zu überweisen.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich teilte mit, daß das Verlangen des Vereins gar keine Aussicht auf Erfüllung habe. Der Rat habe bereits alle möglichen Schritte unternommen, den Wünschen des Vereins entgegenzukommen, weil er von der Notwendigkeit, für den betreffenden Stadtteil einen freien Platz zu schaffen, überzeugt sei, habe aber keinen Erfolg gehabt. Es bestehe aber gar keine Aussicht, bei neuen Unterhandlungen ein andres Resultat herbeizuführen. Deshalb sei es praktischer, die Eingabe gleich auf sich beruhen zu lassen.

Stadtv. Kühne (Mittelst.) ersuchte den Rat, noch einmal einen Versuch zu machen, den Platz zu erhalten. Es sei notwendig, für diesen Stadtteil einen Platz zu schaffen, um so mehr, da der Markt, auf dem sich die Kinder früher tummelten konnten, durch eine Kirche verunstaltet sei. Leider scheine die Meinung zu bestehen, daß, wo ein freier Platz sei, auch eine Kirche hingebaut werden müsse. — Nachdem der Oberbürgermeister nochmals auf die Ausschusslosigkeit der Sache hingewiesen hatte, wurde der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen.

Für die Unterhaltung von Brücken und Stegen wurden 4000 Mark und für die Einstellung von 8 Hilfsarbeitern bei der Klaranlage für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909 5000 Mark nachbewilligt.

Ferner wurden für die Pflasterung der Kierstraße zwischen der Mosher- und Prendelstraße mit Schladensteinen zweiter Klasse, die im Jahre 1911 erfolgen soll, 47 000 Mark und für die Pflasterung der Gohlitzer Straße zwischen der Springerstraße und der Gohlitzer Pflanzgrenze, ebenfalls mit Schladensteinen zweiter Klasse, 53 300 Mark bewilligt.

Der Einführung der Wasserleitung in das Wohnhaus des Ritterguts Taucha mit einem Aufwand von 580 Mark und der Verpflichtung des Pächters, die Kosten jährlich mit 6 Prozent zu verzinsen, sowie die Wassermietmiete und den Wassergins zu übernehmen, wurde zugestimmt.

Genehmigt wurden weiter: die Gasrohrlegung und Verleuchtungsrichtung in der Friedrich-Rath-Strasse zwischen der Straßburger und der Gölitzer Straße mit einem Aufwand von 11 000 Mark, die Gasrohrlegung in der Parkstraße und der König-Albert-Strasse zur Gölitzer mit einem Aufwand von 4000 Mark und die Gasrohrlegungen in der Leipziger Straße zwischen Wasserturm- und Schönbadstraße einschließlich der Kreuzung an der Schönbad- und Gölitzerstraße zu Stötteris unter Entnahme der Gesamtkosten von 8000 Mark mit 3000 Mark für Rohr u. m. legung aus den Mitteln des Erneuerungsfonds der Gasanstalten und 3000 Mark für Rohr u. m. legung aus Ansehemitteln.

Die Gemeinde Vordorf hat sich erneut mit einer Eingabe an das Kollegium gewandt mit dem Ersuchen, die Gemeinde aus dem neuen Leipziger Wasserwerk mit Wasser zu versorgen. Der Betriebsauschuß beantragte, die Eingabe dem Räte zur Kenntnisnahme zu überweisen, um der Gemeinde zu beweisen, daß man der Sache wohlwollend gegenüberstehe.

Stadtv. Pollender (Soz.), der die Eingabe zur Kenntnis gemacht hatte, erklärte, um Mißverständnisse vorzubeugen, daß er an der Ausschussberatung nicht habe teilnehmen können, weil er in geschäftlicher Angelegenheit verreist gewesen sei, und ihm die Einladung zur Sitzung erst nachträglich bekannt geworden sei. Er stehe der Eingabe durchaus sympathisch gegenüber, könne aber den Antrag des Betriebsauschusses als kein besonderes Entgegenkommen betrachten. Kenntnis habe der Rat schon von der Eingabe. Jedemfalls gehe aus dem Antrage nicht hervor, ob der Betriebsauschuß selbst in ablehnendem oder zustimmendem Sinne Stellung genommen habe. Daß die Eingabe berücksichtigt sei, gehe aus den sozialen Verhältnissen der Gemeinde hervor. Vordorf habe ohne den 200 in der Anzahl des Vereins für innere Mission untergebrachten Personen 2000 Einwohner, unter denen sich 600 Steuerzahler befinden, die 40 000 Mark aufbringen müssen. Davon kämen bisher 20 000 Mark auf die Schulkassen, die sich im kommenden Jahre noch um 8000 Mark erhöhen würden. Uebrigens sei der Steuerfuß in einer Gemeinde, die nicht über besonders kräftige Steuerzahler verfüge, ziemlich hoch. Unter den Steuerzahlern befinden sich 301 Arbeiter, die bei Leipziger Unternehmern arbeiten und 96, die in der Zweifurth'schen Waghuttsfabrik, die Leipziger Unternehmern gehört, beschäftigt sind, deren Arbeitskraft also von Leipziger Unternehmern in Anspruch genommen wird, die den Hauptteil ihrer Steuern nach Leipzig abführen. Es gäbe aber auch Leute, die ihr Geschäft in Leipzig haben und nur in Vordorf wohnen, und auch solche, die nur einen Teil des Jahres in Vordorf wohnen und dort nur ihren Verbrauch versteuern, während sie ihr Geschäftseinkommen in Leipzig versteuern. Bei dieser Sachlage habe man aber auch hinsichtlich der hygienischen Interessen die Frage zu prüfen, ob es nicht notwendig sei, Vordorf mit gutem Trinkwasser zu versorgen, um so mehr, da dort bereits typhusartige Erkrankungen aufgetreten seien. Da der Rat den Hauptstrang der Leitung sowieso in unmittelbarer Nähe von Vordorf (200 Meter vom Ortszentrum) vorbeiführen wolle, könne es sich bei der Berücksichtigung der Eingabe nur um ganz unerhebliche Aufwendungen handeln. Uebrigens wolle der Vordorfer Gemeinderat das Rohrnetz auf eigene Kosten legen lassen und nur die Kosten für ein eigenes Wasserwerk nicht aufbringen. Auch die Bedenken, daß der Verbrauch ehrsparig beeinträchtigt werden könnte, sei nicht stichhaltig. Wenn man bedenke, daß das alte Wasserwerk in Rauhof bisher den ganzen Bedarf allein gedeckt habe, so müsse man zugeben, daß, nachdem das neue Werk noch in Tätigkeit gesetzt wird, eine derartige Gefahr nicht bestehe. Er (Redner) bitte deshalb den Rat, zu gegebener Zeit die Frage noch einmal wohlwollend zu erwägen. Durch ein Entgegenkommen würde man nicht nur dem Vordorfer Gemeinderat, sondern der ganzen dortigen Bevölkerung einen Dienst erweisen, und vor allem auch jenen Personen, die auf ihre Gesundheit den größten Wert zu legen haben.

Hierauf wurde der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen.

Ohne Debatte wurden ferner genehmigt: die Einlegung der Wasserleitung in die Demmeringstraße zwischen der Saalfelder Straße und der Straße XX (4294) und in die Straße XX zwischen der Demmering- und Gröplerstraße (1756 Mark) mit einem Gesamtaufwand von 3050 Mark, die Einlegung der elektrischen Flammenbogenbeleuchtung in der Petersstraße, der Grimmaischen Straße und der Thomagasse, sowie die Bewilligung der Kosten von zusammen 20 100 Mark, die Einlegung von Gashängenleuchtungen und Prellluftgasbeleuchtung auf der Schillerstraße, der Westseite des Augustusplatzes, der Goethestraße und der Mittelstraße des Augustusplatzes unter Bewilligung der Gesamtkosten von 16 000 Mark, das Abkommen mit der sächsischen Staatsbahnverwaltung über die Einlegung einer Wasserleitung für das Elektrizitätswerk Süd in Bahmland, und der Verkauf der Bauplatze Nr. 12 an der Ecke der Henrietten- und Jordanstraße von 409,2 Quadratmeter Fläche zum Preise von 40 Mark für 1 Quadratmeter.

Für die Unterhaltung der 34 Pferde zur Bespannung der Feuerwehrfahrzeuge wurden 20 000 Mark bewilligt.

Im Anschluß hieran tagte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Dienstbotenfrage.

In „herrschaftlichen“ Kreisen ist jetzt die „Dienstbotenfrage“ besonders akut. Dienstbotennot hat es für die „Damen“ aus diesen Kreisen ja immer gegeben und wenn zwei von diesen Weibern beisammen hockten, so klatschten sie sicher auch über „ihre Mädchen“. Natürlich war es nicht das Elend der Dienstboten, was die Herzen und Gastermäuler dieser Damen bewegte, es war die Faulheit, die Frechheit, die Wegehrlichkeit, die Dummheit, die Lasterhaftigkeit und nicht zu vergessen die Unehrllichkeit der Mädchen, die den Stoff zu den geistreichen Unterhaltungen hergeben mußten. Die Post, Stummens seligen Gedankens Leiborgan, hatte jüngst diesem Geklatsch eine neue Variante gegeben, indem sie nach reichsverbündenerischem Rezept frank und frei und unverfälscht behauptete, die Sozialdemokratie unterhalte Dienstmädchen als Spiebel. Auf diese Notiz hat sich nun eine „Damen aus höheren Kreisen“ bewegt, die erschrocken Nerven ihrer Standesgenossinnen etwas zu beruhigen. Was sie dabei aber an Unsinn und Ueberhebung zutage fördert, ist für die Auffassung dieser Kreise über das Verhältnis der „Dienstboten“ zu den „Herrschaften“ so bezeichnend, daß wir den ganzen Schmarren abdrucken wollen. Hier ist er:

Die heutigen Dienstbotenzustände sind verschleierlich in der Post als nicht zu unterschätzende Sache, einrangiert in die übrigen Fragen der Zeit, behandelt worden. Und mit Recht. Denn wenn die Gefahr wirklich so drohend wäre, wie sie von selbsterleuchteter Seite dargestellt wird — dann trete erstens für unser Familienleben ein unangenehmer Uebergang ein — denn der Haushalt muß ja unter jeder Bedingung weiter gehen — und die Sozialdemokraten würden sich in der Hauptsache viel zu tief in das eigene Fleisch schneiden. Davor werden sie sich ja wohl hüten. Als erfahrene Hausfrau darf ich mich vielleicht hierüber einmal zur Beruhigung der Hausherren und Hausfrauen äußern.

Meine besten Mädchen, die jahrelang bei mir blieben, waren Vollblutsozialdemokratinnen (!?). Besonders in der einen Garçonnen hatte ich stets solche. Einer geheimen Organisation, „um Material zu sammeln“, gehörte wohl keine von ihnen an. Dagegen konnte ich wohl sicher sein, daß alles in der Woche Erlebte und jegliches Vorkommnis genügend am Sonntag mit der Familie und dem Schatz durchgesprochen wurde. Gelegentliche revolutionäre Neußerungen (!?) am nächsten Morgen orientierten mich genügend.

Ich fand, daß alle Mädchen, von denen ich annehmen mußte, daß sie der Sozialdemokratie angehörten, ein großes Selbstgefühl an den Tag legten. Natürlich ist's ja peinlich, Tag für Tag mit solchen Leuten zu leben. Aber daran gewöhnt man sich schließlich, besonders, wenn die Arbeitskräfte gut sind. (Was!) Durchschnittlich habe ich nur gute Erfahrungen gemacht und stets gefunden, daß die Mädchen bestrebt waren, mich zufrieden zu stellen und auch seiner (!) und bescheldener (!) zu werden. Ich habe allerdings wiederholt betont: „Was ich Ihnen jetzt sage, merken Sie sich für Ihr späteres Leben.“

Unehrllichkeit habe ich, wie das meistens so ist — hauptsächlich gepaart mit Leichtsinne und Unordnung gefunden. So ein gewöhnliches Ding (!!) hat aber viel zu viel mit sich zu tun, als daß es irgend eine Gesinnung überhaupt kennt. (!) Jeder selbstbewußte Genosse, der sorgender Vater ist, muß sich doch sagen, daß sein Kind bei sorgender Herrschaft am allerbesten aufgehoben ist — moralisch und materiell (!!) — und entläßt nach Jahren ungeschädigter Geduld ein für die spätere Arbeiterehe brauchbares Menschenkind.

Mir sagte ein Mädchen: In zwei Jahren gibt es keine Dienstboten mehr, gnädige Frau! Ich antwortete ihr ganz freundlich: Das wäre ja traurig für Euch! Mir Hausfrauen können uns schon helfen. Hunderte von Waisen aus jedem Stände würden Gott danken, wenn sie an Ihrer Stelle wären! Tausende von Euch wären mit einem Schlag brotlos und könnten in zwei Jahren hungern. Denn Ihr habt ja alle nichts weiter gelernt, um Euch anders zu ernähren.“ Ob sie meine Worte nun als „brauchbares Material“ verwertet hat, glaube ich kaum. Ein Mädchen bat mich mal dringlich, ich sollte sie behalten, ihr Schatz wolle sie nur dann nehmen, wenn sie nach einem Jahr ein gutes Zeugnis hätte. Ich entließ sie aber und sagte ihr, ich wolle ihr doch lieber nicht helfen, den Mann zu betriegen.

Der Sozialdemokrat ist vollständig auf die Hausfrau (damit meint diese „Damen“ natürlich sich und ihre Standesgenossinnen. Red. b. Volkstg.) angewiesen. Denn sie erzieht ihm kluge Frauen und Mütter.

Durch solche Dummheiten, wie die Anstellung von Spiebeln, läßt sich keine Dame, auch wir hochgehenden nicht, bange machen. Dasjenige Mädchen, das seine gute Stelle durch dergleichen Unsinn aufs Spiel setzt, muß doch sehr dumm sein — und ihres Bleibens in anständigen (!) Häusern voraussichtlich nicht lange dauern. Außerdem könnte sie wegen Verleumdung mitbestimmte Erfahrungen mit dem Gericht machen. Daß die Dienstboten menschlich und nachsichtig behandelt werden, ist ja doch selbstverständlich (!?) Aber in vielen Häusern wird der große Fehler begangen, daß die Hausfrau in feiner ängstlicher Rücksicht für ihren dienstbaren Geist lebt (!?) — und über deren Wohlbestehen und deren eventuelle „schlechte Laune“ wird womöglich die Fürsorge für Mann und Kinder hinten gesetzt. (Schredlich! Red. b. W.)

Jedenfalls weiß wohl jeder Genosse, daß ein Dienstmädchen bei freier Wohnung und Essen, bei den Geschenken an Geld und Kleidung, ihren Lohn auf die Sparkasse tragen kann.

Und das kann sonst kein einziger Mensch im Deutschen Reich!

Man kann nicht anders sagen, als daß dieser Wölbmann wiehert. Die in dem Geschreibsel sich breitmachende Ueberhebung würde nur lächerlich wirken, wenn nicht tausende und abertausende Hausangestellte unter dem verschrobenen Standeshüpfel und den Müden und Herrschlaunen dieser „hochstehenden“ Migrantenweiber zu leiden hätten. Die Organisation der Hausangestellten wird aber auch diesen „Damen“ noch Anstand und Sitte bringen.

Deutsches Reich.

Streik bei der Betonfirma Comet in Grabow bei Stettin.

Die Grabower Betonfirma Comet ist durch ihre niederen Löhne berühmt, Löhne von 30—35 Pfg. pro Stunde sind bei ihr gang und gäbe, obwohl der mit den Unternehmern des Baugewerbes abgeschlossene Tarifvertrag 88 Pfg. für Hilfsarbeiter vorsieht. Alle Versuche, durch mündliche Verhandlungen die Anerkennung der Tarife der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer herbeizuführen, scheiterten. Den Zimmerern wurde für 1908 für Ausführung von Zimmerarbeiten der Tariflohn von 55 Pfg. pro Stunde schriftlich zugesichert. 1909 wurde prompt diese Lage gebrochen. Den Maurern wurde, abgesehen von einigen Auswärtigen auf „Lebensstellung“, der Tariflohn von 55 Pfg. pro Stunde und mehr gezahlt, doch schob auch hier die Firma nach und nach Arbeiter ein, die mit 5—15 Pfg. pro Stunde weniger bezahlt wurden.

Eine Ende August vorgenommene Kontrolle ergab eine Minderentlohnung von 84 Arbeitern.

Nachdem am 8. September ein erneuter Versuch zu mündlicher Verhandlung mißglückte, legten am 7. September die Mitglieder von 7 Organisationen und 12 Unorganisierte, insgesamt 88 Arbeiter, die Arbeit nieder.

Am 10. September gelang es, einen aus Posen zugereisten 13 Mann starken Trupp Arbeitswilliger zur Abreise zu bewegen. Am 13. September trafen erneut 16 Mann aus Posen ein. Diese wurden in Alt-Damm verladen und per Schiff nach der Fabrik in Grabow gebracht. 7 Mann machten sofort kehrt und 8 Mann verhandelten mit dem Agenten, einem früheren Vollzisten, um Herausgabe ihrer Sachen und Papiere. Die Vermittlung besorgte die Firma Neulenz in Posen W. 3, Zentralstraße 7, außerdem noch ein Maurerpoller Max Fall in Stettin, Mitglied des Polverbundes.

Die Stettiner Bauarbeiter ersuchen dringend um Fernhaltung des Zuganges. Der Streik hat mehr als lokale Bedeutung. Comet ist eine Wanderfirma, die ihre Arbeitsstätten über den ganzen Nordosten, zeitweise über ganz Deutschland hat.

Eine schwere Niederlage der Christlichen.

Der seit drei Monaten andauernde Kampf im Solnhofener Lithographiegebiet wurde von der christlichen Organisation aufgegeben, da nichts mehr zu retten war und die Menge der Streikbrecher aus dem eigenen Lager immer mehr anstiege. Am 17. September soll, soweit eben die Unternehmer dies zulassen, die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen. Die Unternehmer triumphieren auf der ganzen Linie und lassen ihrem Uebermut die Flügel schlagen. Außer den bereits abgegangenen Streikbrechern — einige Hundert — wollen sie nur noch 170 bis 180 von den Streikenden einstellen, so daß über 500 Arbeiter brotlos bleiben und im Hinblick auf den bevorstehenden Winter außerordentlich trüben Verhältnissen entgegensehen. Das haben sie der tölpelhaften Taktik der christlichen Führer zu verdanken, die die Unternehmer zu viel in ihre Karten gucken ließen, so daß diese sich rüsten und der geplanten Bewegung mit einer Ausperrung zuvorkommen konnten. Von modern organisierten Steinarbeitern kommen nur etwa 50 Mann in Betracht. Für die christlichen Arbeiter dürfte der Ausgang dieses denkwürdigen Kampfes wenigstens die Ueberzeugung gebracht haben, daß zwischen Kapital und Arbeit ein unüberbrückbarer Gegensatz liegt, selbst wenn die Arbeiter noch so christlich sind.

In der Bären- (Beuteporcionale) und Taschen-Industrie der Orte Bergen, Entheim und Fochenheim, Kreis Hanau a. M., haben 500 Arbeiter den Unternehmern einen Tarifentwurf eingereicht. Es wird die 54stündige, anstatt der 57stündigen Arbeitswoche und 24 Mk. als Mindestlohn verlangt. Selbständige Unternehmer kommen nicht in Betracht, sondern nur Zwischenmeister. In der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1908 bestand bereits ein Tarifvertrag, der wegen der wirtschaftlichen Depression nicht erneuert wurde. Gegen Ende vorigen Jahres waren 64 Pfg. aller Arbeiter und Arbeiterinnen 6 Monate und länger arbeitslos. Während dieser Zeit haben die Zwischenmeister 50proz. Lohnreduktionen vorgenommen. Da sich das Geschäft wieder gehoben hat, hoffen die Arbeiter auf einen vollständigen Steg.

Tarifabschluss im Böttchergewerbe. Zwischen dem Fachhandlungen in Drauschweig und dem Zentralverband der Böttcher, Weinkläner und Hilfsarbeiter Deutschlands wurde ein Tarif auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt nunmehr 9 1/2 Stunden (früher 10 Stunden), der Lohn 20 Mk. wöchentlich (früher 27 Mk.). Die Löhne von 28 Mk. und höher werden um 1 Mk. aufgebessert, Ueberstunden mit 80 Pfg. bezahlt. Ferner wurde der § 118 B. G. V. und der Arbeitsnachweis des Böttcherverbands anerkannt.

Ausperrung der Holzarbeiter in Südwestdeutschland. Eine am letzten Sonntag in Heidelberg tagende Sitzung der Schreinermeister und der Landesorganisation badischer Schreinerzünfte nahm den Beschluß, bis zur Erledigung der Streiks in Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg sämtliche Schreiner in den Städten Süd- und Westdeutschlands auszusperrn. Am kommenden Sonnabend soll die Aussperrung in Frankfurt a. M. einsetzen und dann Zug um Zug auch auf die übrigen Städte ausgedehnt werden.

Ausland.

Ein Sympathiestreik in Rom?

(i. c.) In Rom streiken seit 23 Tagen die Schlosser und Schmiede, im ganzen einige 900 Arbeiter. Der Streik, der ganz ordnungsmäßig verläuft, ist in den letzten Tagen durch das provokierende Verhalten der Polizei gestärkt worden, die einige Streikposten verhaftet hat. Empört durch dieses Verhalten, haben sich nunmehr die Streikenden an das römische Proletariat gewandt und es um einen Beweis seiner Solidarität gebeten. Schon einmal hat das römische Proletariat aus Sympathie mit den Streikenden eines Gewerbes — damals waren es die Buchdrucker — einen allgemeinen Ausstand proklamiert und 3 Tage durchgeföhrt, ohne durch dies große Opfer die Sache der Buchdrucker irgendwie retten zu können. Die schweren Schäden, die aus dem damaligen Generalstreik dem römischen Proletariat erwachsen, sind erst in Jahren ausgeheilt. Wahrscheinlich wird man ohne ernste Provokation das Experiment nicht ein zweites Mal wiederholen. Der Vorkant rät dringend von dem Sympathiestreik ab.

Lohnbewegung französischer Eisenbahner.

Das Syndikat der Eisenbahnbediensteten richtete an seine Mitglieder einen in 400 000 Exemplaren gedruckten Aufruf, worin unter Hinweis auf die Lebensmittelsteuerung zu einem entschiedenen Eintreten für allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter aufgefordert wird. Morgen findet in der Pariser Arbeitsbörse eine große Versammlung statt, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll.

Drohende Bauarbeiterausperrung in Paris.

Paris ist von einer Aussperrung der Arbeiter des gesamten Baugewerbes bedroht. Die Unternehmer haben ihr Versprechen nach der letzten Verständigung mit den Arbeitern nicht gehalten und trotz der Vereinbarung nichtsyndizierte Arbeiter eingestellt. Die Unternehmer hielten gestern Abend eine Versammlung ab, in der eine Aussperrung der Arbeiter erörtert wurde. Jedoch ist kein definitiver Beschluß gefaßt worden.

Eingelaufene Schriften.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 9 des vierten Jahrgangs, September 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Berlin.

Aus dem reichhaltigen Inhalt des Septemberheftes heben wir hervor: Der Dampfer George Washington. Von R. Breuer. (Mit 10 photographischen Abbildungen.) Originelle Wäbel. Von Paul Wolfheim. Wäbelsform und Wäbelsamud. Von Franz Jammler. Furniere und Furnieren. Von E. Augst. Endbehandlung gebeizter Eichenmöbel. Von W. Glogner. Vorbauten und Ausbauten. Von Otto Winkelmüller. (Forschung.) Neben diesen größeren Arbeiten enthält das Heft eine Anzahl kleinerer Textbeiträge und eine große Zahl von Originalentwürfen und Konstruktionszeichnungen.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Soziale Rundschau.

Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 für die Großstädte des Deutschen Reichs.

Das Heft 1 des Bandes 217 der Statistik des Deutschen Reichs enthält die grundlegenden Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung für die 42 Großstädte des Deutschen Reichs.

Dieses Heft bildet eine Fortsetzung der schon vorher veröffentlichten ersten Hefte der Bände 213 und 215, die diese Ergebnisse für das gesamte Reich und für die Bundesstaaten enthalten. Die Betriebe sind in Haupt- und Nebenbetriebe geschieden und die Gewerbe sind nach Abteilungen, Gruppen, Klassen und Arten geordnet. Die Hauptbetriebe sind ferner in acht Größenklassen nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen eingeteilt.

In den 42 Großstädten wurden im Jahre 1907 801 010 Betriebe ermittelt. In ihnen waren 4 317 407 Personen beschäftigt, während im Jahre 1896 in 28 Großstädten 621 837 Betriebe mit 2 308 385 Personen gezählt wurden. Die Zahl der Hauptbetriebe betrug in den 42 Großstädten zusammen 835 008, von denen 5542 auf die Gewerbeabteilung Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei, 438 723 auf Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe, 370 932 auf Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft und 11 801 auf Musik, Theater und Schaustellungsgewerbe entfielen.

Auf die Kleinbetriebe mit weniger als 6 Personen, Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Personen und Großbetriebe mit mehr als 50 Personen verteilen sich die Zahlen in folgender Weise:

Gewerbeabteilung	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe	Großbetriebe
	in den 42 Großstädten des Deutschen Reichs		
Gärtnerei, Tierzucht u. Fischerei	4 782	690	70
Industrie, einschl. Bergbau und Baugewerbe	873 276	57 257	8 190
Handel und Verkehr, einschl. Schank- und Gastwirtschaft	340 704	37 080	2 138
Musik, Theater u. Schaustellung	10 927	778	86

Im übrigen Deutschen Reich ergeben sich folgende Zahlen für die Klein-, Mittel- und Großbetriebe:

Gewerbeabteilung	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe	Großbetriebe
	im Deutschen Reich ausschließlich der Großstädte		
Gärtnerei, Tierzucht u. Fischerei	44 418	3 280	76
Industrie, einschl. Bergbau und Baugewerbe	149 698	129 817	20 843
Handel und Verkehr, einschl. Schank- und Gastwirtschaft	808 978	89 350	600
Musik, Theater u. Schaustellung	11 000	1 034	10

Gemeindeunfallversicherung auf dem Lande.

Ueber die Einführung einer Gemeindeunfallversicherung auf dem Lande schreibt eine Berliner Korrespondenz:

In Bayern hat man einen sehr beachtenswerten Versuch auf sozialpolitischem Gebiete gemacht, der vielleicht berufen ist, die staatliche Unfallversicherung in Deutschland durch ein neues Versicherungsgewerbe ländlicher Gemeinden zu ergänzen. Selbständige Bauern unterliegen bekanntlich nicht der Krankenversicherung, während sie durch ihre Beiträge zur staatlichen Unfallversicherung entschädigungsberechtigt sind. Da aber die staatliche Unfallversicherung die Verletzten erst nach Ablauf der 18. Woche entschädigt, so gehen die selbständigen Bauern während dieser 18 Wochen leer aus. Da nun aber nach der Reichsstatistik durchschnittlich etwa nur die Hälfte der angemeldeten landwirtschaftlichen Unfälle entschädigt wird, fallen die leichteren und mittelschwereren Fälle mit kürzerer Nachwirkung in der Regel aus. Aus diesem Grunde ist man mit der Gründung einer Gemeindeunfallversicherung auf genossenschaftlicher Grundlage vorgegangen, die hauswirtschaftliche und Betriebsunfälle bis zur Dauer von 90 Tagen entschädigt. Von der bayerischen Regierung ist von den Gemeinden ein Gründungsfonds von 100 Mk. aus Gemeindegeldern und die Bildung eines Reservefonds von 600 Mk. verlangt worden. Die Höhe der Beiträge ist bei der durchweg ehrenamtlichen Verwaltung sehr gering. Eine Ausbreitung dieser Gemeindeunfallversicherung würde zweifellos zu einer erheblichen Entlastung der staatlichen Unfallversicherung führen. Die Einrichtung beruht auf einem Statut, das von dem praktischen Arzt Dr. J. A. L. S. in Eßlingen entworfen ist. Die erste Kasse ist inzwischen in Stettin eingerichtet.

Die Raddob-Katastrophe vor Gericht.

Der Bergwerksdirektor Knorre hatte gegen den Redakteur der Bergarbeiterzeitung, Genossen Theodor Wagner, Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Angelegenheit sollte im Juli d. J. zur Verhandlung gelangen, wurde aber dann auf unbestimmte Zeit vertagt. Es wurde allgemein angenommen, daß an eine neue Verhandlung so bald nicht zu denken sei. Der Prozeß dürfte aber doch früher seine Erledigung finden; denn wie jetzt berichtet wird, ist der neue Termin auf den 18. Oktober anberaumt worden.

Bauarbeiterschutz-Kommission

Telephon 3492. Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zehner Straße 52. Alle wichtigen Angelegenheiten sowie alle größeren Unfälle sind sofort in unserem Bureau, bei Herrn Wilhelm Herrlich, zu melden. Alle übrigen Meldungen sind an die Vertrauensleute der einzelnen Bezirke zu richten.

Partei-Sekretariat für den XIII. sächs. Reichstagswahlkreis

Bureau: Volkshaus Leipzig, Zehner Str., Portal rechts, 1. Etage. Geschäfts- und Auskunftsstelle für alle den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis betreffenden Angelegenheiten. — Sprechzeit: Nur an Wochentagen mittags von 12—1 Uhr und nachmitt. von 6—8 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von 9—4 Uhr. — Telephon 14 610.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Norddorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

Sonntag, den 18. September, abends 8¹/₄ Uhr

Grosse öffentl. Versammlung

im großen Saale des Centraltheaters.

Tagesordnung:

Der Riesenkampf der Arbeiter in Schweden.

Referent: Abgeordneter **Lindblad** aus Götting (Schweden).

Arbeiter Leipzigs! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung!

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

16405]

Öffentliche politische Versammlungen.

Freitag, den 17. September, abends 1/2 9 Uhr

15 große

Volksversammlungen

West-Bezirk: **L.-Plagwitz, Felsenkeller.**
Böhlitz-Ehrenberg und
Leutzsch, Ritterhöfchen Barneck.
Knautkleeberg, Weißes Roß.
Markranstädt, Thüringer Hof.

Nord-Bezirk: **Mockau, Neuer Gasthof.**
Wahren, Birkenhöfchen.
Lützschena, Gasthof.

Ost-Bezirk: **L.-Sellerhausen, Schützenhaus.**
Paunsdorf, Neuer Gasthof.
Brandis, Park-Schloßchen.
Taucha, Schützenhaus.

Südost-Bezirk: **Probstheida, Alter Gasthof.**
Süd-Bezirk: **Dölitz, Gasthof zum Reiter.**
Grossstädteln, Feldschloß.
Zwenkau, Goldner Adler.

Tagesordnung:

Reichspolitik und Landespolitik.

Als Referenten für die Volksversammlungen sind folgende Parteitage-Delegierte gewonnen worden:

Genossen **Baudert**, Weimar, **Emmel**, Mühlhausen i./C., **Feldmann**, Langenbickau, **Gewehr**, Elberfeld, **Hörsing**, Beuthen, **A. Hoffmann**, Berlin, **Kühn**, Rostock, **Leber**, Jena, **Lehmann**, Wiesbaden, **Mehlig**, Stettin, **Müller**, Köln, **Rink**, Ueberach, **Rudolf**, Frankfurt a. M., **Sachse**, Bochum, **Sindermann**, Dresden.

Genossen! Der Landtagswahlkampf hat begonnen. In kleinen Zirkeln, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, agitieren unsere Gegner! Die Folgen der Reichspolitik, hauptsächlich der Finanzreform, üben ihre verderbende Wirkung auf die arbeitende Bevölkerung aus.

Arbeiter! Wähler! Sorgt für Massenbesuch der Versammlungen. Das schließliche Volk hat bei der Landtagswahl allen bürgerlichen Parteien die Quittung für die große Ausplünderung anzustellen.

Zutritt haben alle Personen beiderlei Geschlechts über 18 Jahre alt.

Der Einberufer. **Karl Nyssel**, L.-Plagwitz, Limburger Straße 21.

Ortsverein Leipzig-Ost.

Zugunsten der am Freitag, den 17. September, im Schützenhaus, L.-Sellerhausen stattfindenden öffentlichen Volksversammlung fällt unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung aus. Wir fordern deshalb alle Mitglieder auf, zahlreich in der Volksversammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Ortsverein Schönefeld.

Die September-Versammlung fällt zu Gunsten der grossen öffentlichen Versammlung im Schützenhaus (Sellerhausen) aus. Wir ersuchen die Vereinsgenossen und Genossinnen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Der Vorstand.

Grosszschocher-Windorf.

Die Versammlung findet nicht in Stadt Leipzig, sondern im Thüringer Hof statt. Gewerkschafts- und Parteigenossen, gestaltet die Versammlung durch recht zahlreichen Besuch zu einer imposanten.

Der Vorstand.

Markranstädt.

Die Versammlung findet nicht in Stadt Leipzig, sondern im Thüringer Hof statt. Gewerkschafts- und Parteigenossen, gestaltet die Versammlung durch recht zahlreichen Besuch zu einer imposanten.

[16438/41]

Erledigt

hat sich unsere Bekannmachung vom 7. September d. J., den Einbruch in einer Villa zu L.-Gutlich betreffend, durch die Festnahme der Diebe und Wiedererlangung der gestohlenen Schmuckfachen.

Leipzig, den 15. September 1909. [16443]
Kr. V. A I 4058. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Deutscher

Holzarbeiterverband

Zahlstelle Leipzig.

Delegierte und Kassierer aller Betriebe der Holzindustrie.

Freitag, den 17. September, abends 1/2 7 Uhr

Delegierten-Versammlung im Volkshaus, Zeltzer Straße 32, 1. Etage (Café)

Samtliche Betriebe, insbesondere die Kleinbetriebe, müssen vertreten sein. Zur Ausgabe gelangt u. a. Material für die Aufnahme einer Statistik. — Delegiertenkarte und Verbandsbuch legitimiert zum Eintritt.

Holzarbeiter aller Branchen.

In der Woche vom 20. bis 27. September findet die Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen

in den Leipziger Betrieben statt.

Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, sich daran zu beteiligen. Die Fragekarten sind vom 18. September bei den Werkstätten- und Hauskassierern sowie im Verbandsbureau, Zeltzer Straße 32, II., zu entnehmen.

Die ausgefüllten Karten und Betriebsfragebogen sind bis spätestens Dienstag, den 28. September, an obige Ausgabestellen zurückzuliefern.

Die Bezirks-Versammlungen

für die Verbandsmitglieder finden statt:

Montag, den 20. Sept., im Felsenkeller, Plagwitz

" " 20. " " Löwenpark, Stötteritz

Dienstag, den 21. Sept., im Sanssouci, Leipzig

" " 21. " " Volkshaus, Leipzig

Donnerstag, d. 23. Sept., im Drachenfels, L.-Gohlis

" " 23. " " Pantheon, L.-Neuditz.

Die Versammlungen finden gleich nach Arbeitschluss statt. Die Mitglieder finden sich in dem Lokal ein, welches für ihre Arbeitsstätte in Frage kommt. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Alleseitige Teilnahme der Mitglieder an diesen Versammlungen erwartet Die Lokalverwaltung.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäfts-Volkshaus Zeltzer Str. 32
— stoffs Portal rechts, I.

Bürozeiten vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 6—8 Uhr.
Telephon 3764. [19001.]

Bauschlosser, Anschläger, Konstruktions-

arbeiter. Sonnabend, den 18. September,

abends 1/2 8 Uhr: Grosse öffentl. Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schwarz, Mügeln, über: Kapital und Arbeit. 2. Gewerkschaftliches. [16416]

Die Werkstättenkommission.

Zentralverband der Glaser

Bezirksversammlungen

finden Freitag, den 17. Sept., gleich nach Arbeitschluss statt:

für den Süden: Volkshaus, Zimmer Nr. 1. [16421]

" " Osten: Silberpappel, Volkmarzdorf, Kirchstraße.

" " Westen: Baiter Zahn, Lindenau, Wersburger Str.

" " Norden: Mühlhof, Gohlis.

" " die Innere Stadt: Livoli, Windmühlstr. 14/16, I.

" " Schönefeld-Mockau: Pappelhof, N.-M., Leipg. Str.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Zentral-Verband der **Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenoss.** Zahlstelle Leipzig.
Geschäftsstelle und Arbeitsnachweis im Volkshaus Zeltzer Str. 32, Mittelportal, 3. Et., Zimmer 18
Geschäftszeit Werktags vm. 8-11. Tel. 7512.

Sonntag, den 18. September, abends 8 Uhr
Ausserordentliche Mitgliederversammlung im Volkshaus, Gartensaal.
Tagesordnung: 1. Abrechnung über das Sommer-Vergnügen. 2. Wahl eines Lokalbeamten. 3. Bericht über die Tätigkeit der bisher stattgefundenen kombinierten Vorstandssitzungen. 4. Kassenbericht über das zweite Quartal des Zentralverbandes. 5. Gewerkschaftliches. [16420]
Die Mitglieder werden ersucht, wegen der Wichtigkeit recht vollständig in der Versammlung zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Vegetar. Spelsehaus „Ceres“ Zeltzer Str. 13, I.
Freitag: ff. Kartoffelpuffer von bekannter Güte.
Täglich vorzüglich zubereitete Gemüse- und Brat-Speisen.
Alkoholfreie Getränke. Freundliche Räume.

Café Bahnhofsschloßchen
Kleinzschocher, Bahnhofstrasse.
Tag u. Nacht geöffnet. Kurt Wolz.*

Geld-Lotterie.

Meissner-Dombaulose, 16.-21. Sept.
Völkerschlaachtlose, 15. November.
Los 3 Mk. Porto u. Liste je 30 ¢
Berl. u. Münch. Kunstl. 1 u. 2 Mk.
Mockauer- u. Taubstummenl. 1 Mk.
Dresdner Wohlfahrtsl. 1. Nov., 1 Mk.

Friedrich Köthe

Leipzig, Nürnberger Str. 5.

Meissner Dombau-

Geld-Lotterie

Ziehung 16. bis 21. Sept.

Lose à 3 Mk. Porto u. Liste 30 ¢

Heinrich Schuster

Leipzig, Peterssteinweg 11.

„Ostende“, Oststr.

106.
Morgen Freitag abend

Schlachtfest

Von 6 Uhr ab Weißkeißel.
Freundlichst ladet ein

Richard Wolker.

Politische Ueberlicht.

Zum Richtertag.

Die bürgerliche Rechtswissenschaft versucht mit zwei Erklärungen das wahre Wesen des Schwurgerichts und der verwandten Laiengerichte zu verbunkeln. Die geschichtliche Rechtsschule erzählt, die englische Ziviljury habe die englische Straffurung gezeugt, diese zeugte das französische Schwurgericht und diesem entstammte auf nicht weniger geheimnisvolle Weise das deutsche. So und ähnlich soll verbunkelt werden, daß das Schwurgericht in allen Ländern eine Forderung und eine Erzeugungsart der Klassenrevolutionen bildete, daß es den Weg bildete, die rechtsprechende Bureaucratie und das Gesetz der bekämpften herrschenden Klasse zu beseitigen und das Recht der aufstrebenden Klasse schnell und in der aus Klassengenossen zusammengesetzten Gerichtsbehörde verkörpert zu etablieren. Als zweites Mittel zur Verbunkelung dieser Tatsache dient die von den gesellschaftlichen Triebkräften absehende Erklärung, die das Laiengericht auf Grund seiner Zweckmäßigkeit für die Strafrechtspflege als unentbehrlich hinstellt.

Diese letztere Erklärung versuchte der Nürnberger Richtertag, der am 12. und 13. September verhandelte, zu zerlösen, wobei es sich jedoch um mehr als bloße Theorie handelte. Die Revolution der deutschen Bourgeoisie ist auf dem halben Weg stehen geblieben, die Gerichtsbarkeit wird zum Teil von den Beamten des persönlichen Regiments versehen. Die Bourgeoisie hat daher das lebhafteste Interesse daran, daß, wo die bürgerlichen Laiengerichte funktionieren, diese auch erhalten bleiben — als Rechtsgarantie gegen die Bourgeoisie schädigende Uebergriffe und Rechtsbeugungen der Regierung oder deren Justizbureaucratie. Gegen diese Hindernisse ihrer Machtvollkommenheit kämpft die Justizbureaucratie, indem sie die Laiengerichte bekämpft, gegen diese kämpfte sie auch in Nürnberg.

Der Nürnberger Richtertag hat sich gegen die weitere Ausbreitung der Laiengerichtsbarkeit ausgesprochen und begründete diese Stellungnahme mit der erhöhten Zweckmäßigkeit des „gelehrten“ Gerichts. Nur der Frondeur Hamann, der frühere Oberreichsanwalt, wagte es, die politische Bedeutung der Laiengerichte hervorzuheben, doch die Mehrheit erklärte sich trotzdem gegen das Laiengericht. Nun ist es ohne weiteres klar, daß die „Gelehrtheit“ des Richters nur dann eine gewisse Bedeutung erhalten könnte, wenn das Verbrechen nicht mehr als notwendiges Korrektivum der bürgerlichen Ordnung erscheinen würde, sondern als gesellschaftsfeindlicher Akt krankhafter Verbrechen. Solange jedoch Gesetz und Verbrechen gleichermaßen als Produkte der Klassenherrschaft erscheinen, solange wird die Fachgelehrtheit gegenüber den Klasseninteressen, ja gegenüber den Interessen einer Regierungsklique zurücktreten. Das Berliner Tageblatt meint mit Recht, diese „Gelehrtheit“ der Strafrichter imponiere der Masse des Volkes nicht.

Aber noch etwas anderes kommt hinzu, was die Beteiligung von Laien an der Rechtspflege besonders wertvoll erscheinen läßt. Das ist der Wunsch, daß die Rechtssprüche nicht ausschließlich durch die Angehörigen einer bestimmten sozialen Schicht gefällt werden. Professor v. Kienthal hat vor kurzem darauf hingewiesen, daß von den gelehrten Richtern gerade in politischen und sozialen Fragen manche Urteile gefällt worden sind, die Bedenken erregen müssen und das Mißtrauen wecken und nähren.

Dieser (die Laiengerichte bekämpfende) Beschluß wird eine Resolution auf dem Papier bleiben, und niemand wird sich daran halten. Der Wille des Volkes: Mitträger und Mitschöpfer des praktischen Rechts zu werden, ist viel zu stark und viel zu lebendig, als daß es sich durch das Votum einer Versammlung von Fachjuristen unterdrücken oder ertöten ließe.

Es sei daran erinnert, daß auch der Deutsche Anwaltstag in Koftod für die Laiengerichte Stellung genommen hat, daß dort auch im Referat zu diesem Punkte die Notwendigkeit der stärkeren Heranziehung der Arbeiter zu diesen Gerichten hervorgehoben wurde, — und daß schließlich die Resolution von dieser Beteiligung der Arbeiter kein Sterbenswörtlein verlor. Das Berliner Tageblatt und die liberale Presse fordert von Fall zu Fall die stärkere Heranziehung der Arbeiter zum Gerichtsdienst, — so soll das bestehende Laiengericht, dieses Klassengericht der deutschen Bourgeoisie, im Volke populär und sein Bestand dem persönlichen Regiment gegenüber gesichert werden. Auch heute spricht das Berliner Tageblatt von den Laiengerichten als von einer „Sehnsucht“ des gesamten deutschen Volkes. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Sehnsucht des deutschen arbeitenden Volkes allerdings darauf hinzielt, ein wirklich demokratisch organisiertes Schwurgericht zu erringen, eine Organisation der Gerichtsbarkeit, die es den Arbeitern gestattet, wirklichen Einfluß auf die Rechtspflege zu üben und nicht wie heute nur hier und da zur Verhüllung der Klassenjustiz zum Richteramt zugelassen zu werden. Mögen die Herren Richter wissen, daß die Arbeiterschaft alle abstrakten Rechtstheorien unberücksichtigt läßt und den Schutz gegen das Recht und die Justizbureaucratie der Herrschenden in der Aufstellung der wahren Volksgerichtsbarkeit erblickt; doch auch die liberale Bourgeoisie wird erfahren müssen, daß die Arbeiterschaft nur für ein wirklich demokratisches Laiengericht und nicht für das Laiengericht der Bourgeoisie einzutreten geneigt ist. Wenn die Bourgeoisie im bürgerlichen Laiengericht Schutz sucht vor der Justizbureaucratie des persönlichen Regiments, so fordert die Arbeiterschaft, den Mannheimer Thesen entsprechend, daß die Laiengerichte nicht von Ausschüssen organisiert werden, die sich zum überwiegenden Teile aus den Vertretern der reaktionären Gemeindeverwaltungen zusammensetzen, sondern daß die Wahl der Geschworenen durch das Volk ohne Unterschied des Geschlechts mittels des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts erfolge, um Schutz zu finden vor Uebergriffen und Klassenverdrängen der bürgerlichen Schwurgerichte und Schöffengerichte.

Der Nürnberger Richtertag hat naturgemäß auch die Verfügungen des Strafprozessentwurfs begrüßt, die die

Machtvollkommenheit der Staatsanwaltschaft steigern. Es wurde gegen das Anklageamtsmonopol kein Widerspruch erhoben, und es wurde mit Freude erkannt, daß die Macht der Staatsanwaltschaft noch gesteigert wird, indem im Sinne des Entwurfs in vielen, besonders für die Arbeiterschaft wichtigen Fällen, die Staatsanwaltschaft wohl das Recht, doch nicht die Pflicht der Anklageerhebung haben soll. Man täuscht sich in bürgerlichen Kreisen nicht, wenn man in dieser „Reform“ der Staatsanwaltschaft eine Kräftigung des preußisch-deutschen Absolutismus erblickt, und man wird dagegen nur ankämpfen können, wenn die Forderung eines allgemeinen, allen Staatsangehörigen zuerkannten Anklagerechtes, das ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Anklageschwurgericht ergäuzt, zum Streikpunkt erhoben wird. Eher aber verkauft sich die deutsche Bourgeoisie mit Haut und Haaren preußisch-deutschen Staatsanwälten, bevor sie in eine Reorganisation der Gerichtsverfassung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einginge. Der entschlossene Mut der Nürnberger Justizreaktion erklärt sich wohl aus der Kenntnis dieser Tatsache.

Deutsches Reich.

Ein agrarischer Beschl.

Bekanntlich stößt man sich in Amerika besonders an die deutschen Anordnungen über die amerikanische Fleisch- und Vieheinfuhr, die den Agrariern den heimatischen Zollwucher ermöglicht. Die Freisinnige Zeitung richtete nun an die Regierung die Aufforderung, bei der bevorstehenden Regelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen den Fleischwucherinteressen des Bundes der Landwirte die Interessen der an der Ausfuhr nach Amerika beteiligten Industrie nicht weiter zum Opfer zu bringen. Die bündlerische Deutsche Tageszeitung bemerkt heute hierzu:

Wir sehen also die sattsam bekannten Agenten des Auslands wieder am Werke. Daß derartige Säge in Deutschland geschrieben und gedruckt werden können, ohne auf allen Seiten den schärfsten Widerspruch herauszufordern, ist tief beschämend. Die deutsche Regierung hat die unabwendbare Pflicht und Schuldigkeit, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß eine Gefährdung der menschlichen und tierischen Gesundheit durch ausländische Fleisch- oder Vieheinfuhr hintangehalten werde. Auf diesem Gebiete kann und darf sie keine Zugeständnisse machen, wenn sie sich nicht den berechtigten Vorwürfen größter Pflichtverletzung zuziehen will. Nur Agenten des Auslands können es fertig bringen, der Regierung zu empfehlen, die Rücksichten auf die Gesundheit hintanzustellen gegen die Rücksichten auf das internationale Handelsverhältnis.

Die rührende Sorge für das leibliche Wohl von Menschen und Tieren wird niemanden über das wahre Wesen der junkerlichen Viehweidenpolitik zu täuschen vermögen; die in diesem Jahr erfolgte gesetzliche Regelung des Seuchenschutzes zeigte ja klar, daß es den Junkern keinesfalls um den Schutz gegen Seuchen, als vielmehr um die Verhinderung der Einfuhr des billigeren Fleisches zu tun ist. Die bloße Verleumdung, die jeden als Agenten des Auslands bezeichnet, der dem junkerlichen Lebensmittelwucher nicht unbedingt Folge leistet, wirkt gerade gegenüber der Freisinnigen Zeitung komisch, mit ihrem Gründer hat sich diese doch bei der Schaffung der agrarischen Wucherzölle als echter, rechter inländischer Agent der Agrarier für immer gebrandmarkt.

Bezeichnend ist schließlich der Befehl, den Knuten-Dertel an die deutsche Regierung richtet. Herr Bethmann-Hollweg hat das warnende Beispiel Bülow's vor Augen. Es wird sich hüten, gegenüber den Fleischwucherinteressen seiner junkerlichen Herren „größtliche Pflichtverletzung“ zu begehen.

Wieder eine Quittung für den Steuerraubzug.

Die Erbschaft im Kreise Koblenz-St. Goar brachte folgendes Ergebnis: Für den Zentrumskandidaten Wellstein stimmten 11402, für unsern Genossen Haas 2844 Wähler. Senatspräsident Wellstein ist somit gewählt.

Bei der Wahl im Jahre 1907 erhielt das Zentrum 10292 Stimmen, die Nationalliberalen 5972 und die Sozialdemokraten 2172. Wir haben demnach einen Stimmengewinn von etwa 700 zu verzeichnen, während das Zentrum nahezu 8000 Stimmen einbüßte. Die Germania findet, daß die Wiederwahl des zum Senatspräsidenten in Hamm beförderten Abgeordneten Wellstein „glänzend“ ausgefallen sei. Diese Wertung des Wahlausfalls zeugt von einer außerordentlichen Bescheidenheit und erinnert lebhaft an die Philosophie des Gestäubten, der, indem er sich den schmerzenden Budek reibt, glücklich darüber ist, daß er nicht noch mehr Prügel gekriegt hat. Während die Sozialdemokratie einen Stimmengewinn von rund 30 Prozent quittieren kann, ist die Stimmzahl des Zentrums gegen 1907 um zirka 40 Prozent zurückgegangen. Steht man gar die Stimmzahl aller kapitalistischen Parteien, die bei der letzten Wahl erzielt wurden, zusammen, dann ist die Einbuße für die Verantwortlichen der bürgerlichen Finanzpuscherei noch größer; sie beträgt nahezu 14000 Stimmen. In der Tat: ein „glänzendes“ Resultat!

Der reaktionäre Preis.

Wir haben schon wiederholt auf die Bemühungen der liberalen Mannesfeien hingewiesen, mit den Junkern, die sie soeben noch so gottserbärmlich mißhandelt haben, wieder zu einer Verständigung zu gelangen. Heute sei dafür ein neues Beispiel angeführt. Die Kreuzzeitung und die Germania hatten dieser Tage die nationalliberale Magdeburger Zeitung wegen ihrer Sehnsucht, wieder „mit den Steuernehmern anzubandeln“, verspottet, und darauf antwortet jetzt die Magdeburgerische also:

Wir haben diese Steuern bekämpft, aber über dem Kampf um diese wirtschaftliche Frage nie vergessen, daß es noch größere, wichtigere Fragen gibt, Fragen um die Gegenwärtigkeit einer Weltanschauung, und daß deshalb die immerhin unkoordinierte Steuerfrage nicht die Sorge um das Hauptkampfsfeld abschwächen dürfe. Und deshalb haben wir die bürgerlichen Parteien zur Verständigung ermahnt. Dazu gehört von beiden Seiten Entgegenkommen. Die

Steuern entsprechen nicht unsern Wünschen, und Fürst Bülow ist gestürzt und vertrieben aus einer legendären Tätigkeit. Das bleibt leider wahr. . . . Aber schließlich können auch darüber die Akten geschlossen werden. Dazu ist der größte Teil der nationalliberalen Presse auch bereit. . . . Auch die Kreuzzeitung hat damals einen lobenswerten Anlauf genommen, indem sie, wenn auch nicht sich selbst, so doch der Führung des Bundes der Landwirte in etwas wenigstens die Schuld beimah. Das schien ein Einlenken zu sein, welches zur Abschwächung der Gegenüber beitragen konnte; aber wer da hoffte, daß diesem Anfang einleuchtiger und objektiver Selbstkritik eine weitere Folge gegeben würde, der sah sich leider getäuscht. Soll man diese Hoffnung wirklich aufgeben? Wir bleiben dabei, daß die Sozialdemokratie der gemeinsamen Feind der bürgerlichen Parteien ist. Ihr gegenüber muß zur Verständigung gekommen werden, und dazu müssen alle Teile beitragen.

Im Saal gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft finden sich die edlen Geschwister von rechts und links im Handumdrehen wieder zusammen. Die letzten Nachwahlen haben die Sehnsucht nach einer Wiederauflösung mächtig gefördert, und spätestens bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir Junker, Pfaffen und liberale Bourgeois wieder einträchtig an einem Strange ziehen sehen.

Konservative unter sich.

Die konservative Presse brachte gestern einen Bericht über eine Versammlung der Vorstandsmitglieder der konservativen Partei Groß-Berlins, dem man auf den ersten Blick ansah, daß aus ihm sorgfältig alles ausgegemert war, was über den wirklichen Verlauf der Versammlung hätte Auskunft geben können. Es wurde nur mitgeteilt, daß an der Versammlung etwa 250 Personen teilnahmen, daß Reichstagsabgeordneter Graf Westarp ein Referat über: Reichsfinanzreform, die konservativen Partei und die mittelständischen Interessen hielt und daß schließlich eine Resolution angenommen wurde, die der konservativen Reichstagsfraktion „Dank und Anerkennung“ für ihr Verhalten bei der Reichsfinanzreform ausspricht. Ueber die Diskussion, die sich an das Referat anschloß, wurde mit keinem Worte berichtet. Jetzt bringt nun die Tägliche Rundschau einen langen Bericht, nach dem es in der Versammlung recht munter zugegangen sein muß. Es wird darin mitgeteilt, daß, nachdem bereits einige Redner ihre Bedenken über das Zusammengehen der Konservativen mit dem Zentrum ausgesprochen und die neugegründete konservative Vereinigung verteidigt hatten, Parteisekretär Kaufhold das Wort nahm. Ueber dessen Debit heißt es in dem Bericht:

Bei der nun folgenden Rede des Parteisekretärs Dr. Kaufhold, der völlig zu vergessen schien, in welcher Gesellschaft er sich befand, entwickelten sich Szenen, wie sie in konservativen Versammlungen schwerlich je erlebt wurden. Der Parteisekretär sprang mit angelegenen Parteimitgliedern um wie etwa ein Lehrer mit Schülern. Seine Ausführungen strotzten dermaßen von Indiskretionen und Taktlosigkeit, daß die Versammlungsteilnehmer ihn nicht mehr zu Wort kommen ließen. Die hartnäckig wiederholten Versuche, weiter zu sprechen, lösten jedesmal tosenden Lärm aus. „Herunter von der Tribüne!“, „pöbelhaft“, „unanständig!“ und vieles mehr bekam der Redner zu hören. Der Vorsitzende wußte sich schließlich nicht anders zu helfen, als daß er die Versammlung auf fünf Minuten verpagte. Danach mußte Graf Westarp einspringen, um die hochgehenden Wogen wieder einigermaßen zu glätten. Die mittelmäßige Stunde war längst überschritten, als noch eine ganze Reihe von Namen die Rednerliste bedeckte. Als um 1 Uhr nachts Schluß der Debatte beauftragt wurde, erhob sich einmal ein Sturm der Entrüstung, weil verschiedene Herren anscheinend noch gewichtige Sachen zur Abwehr vortragen wollten. Schließlich erklärte ein Berliner Verein seinen Austritt aus der Partei. Daß unter solchen Umständen noch eine Resolution eingebracht und auch angenommen wurde, die der konservativen Partei „Dank und Anerkennung“ für ihr Verhalten bei der Reichsfinanzreform ausspricht, mußte zahlreiche Vorstandsmitglieder erstaunlich erscheinen. Dieser Beschluß kam gegen eine beträchtliche Minderheit zustande und wird sicherlich nichts dazu beitragen, die bestehenden Mißstimmungen zu beseitigen; eher könnte er den Erfolg zeitigen, die Austrittsbewegung aus der konservativen Partei noch zu verstärken.

Mit der Einigkeit im hauptstädtischen Lager der Konservativen steht es demnach recht windig aus.

Berlin, 16. September. Der Bergarbeiterverband hat eine Petition an die Reichsregierung gerichtet, in der er unter eingehender Begründung die besonderen Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter zur Reichsversicherungsordnung darlegt.

Die Zusammenstellung der Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung für 1908 ist erschienen (Verlag von Behrend u. Co., Berlin W. 64). Der Preis des Wertes ist auf 20 Mk. herabgesetzt worden.

Sein eigener Kanzler. In der Deutschen Tageszeitung lesen wir: „Die Magdeburger Zeitung teilt mit, daß die Verschiedenheit der Berichte über die Kaiserliche Kaiserrede sich sehr einfach erkläre und zwar dadurch, daß dem Wolffschen Telegraphenbureau der vorher entworfene Wortlaut der Rede mitgeteilt worden sei, während die Frankfurter Zeitung die Rede so wiedergegeben habe, wie sie der Kaiser tatsächlich gehalten hat. So läßt sich allerdings die größere Treue und Unmittelbarkeit der Frankfurter Fassung recht wohl erklären. Daß sich gegen diese Fassung weder vom nationalen noch vom verfassungsmäßigen Standpunkte etwas einwenden läßt, haben wir erst gestern dargelegt.“

Wilhelm II. hat also wieder einmal dem verfassungsmäßig für den Inhalt seiner Reden verantwortlichen Kanzler einen Streich gespielt, indem er den vorher festgesetzten Wortlaut der Rede einfach beiseite schob und Wendungen mit einflachte, die nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Volke peinlich berühren mußten. Ob die guten „Patrioten“ glauben, ihrem Monarchen einen Dienst zu erweisen, wenn sie diesen Sachverhalt noch an die große Glocke hängen und durch byzantinisches Schweifwedeln unterstreichen?

Der Lohn. Gestern meldeten wir kurz die Verurteilung des Führers der polnischen Reichstagsfraktion, Grafen Bielczynski, zu 1500 Mark Geldstrafe wegen angeblicher Verleitung zu Gewalttätigkeiten und Gefährdung des öffentlichen Friedens. Diese haarsträubenden Verbrechen soll er

einer polnischen Wählerversammlung während der letzten Reichstagswahlkampagne begangen haben, wobei er etwa folgende Worte gebraucht haben soll:

Die Polen, die niemand unrecht getan haben, würden heutzutage schlimmer als wilde Tiere, als Bestien behandelt. Mir alles sei Geld im Deutschen Reiche da, nur nicht für die Polen, die ihr Land wie eine Mutter lieb gewonnen haben. Überall würden die Polen bestoffert, und man müsste meinen, daß sie schließlich verschwinden. Aber sie werden sich lieber totschlagen lassen, als von ihrem Glauben ablassen.

Inzwischen hat die polnische Reichstagsfraktion derselben Regierung, die sie „schlimmer als wilde Tiere, als Bestien“, behandelt, durch ihre Zustimmung zur sogenannten Reichsfinanzreform die Mittel bewilligt, damit sie diese Politik unbehindert fortsetzen kann.

Nichts gibt's! Der Vorsitz der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hatte sich, entsprechend dem gestern von uns mitgeteilten Wunsche der Stadtverordneten, gemeinsam mit den Stadtverordnetenvorstehern von Charlottenburg und Wilmersdorf an den Deputierten in Schulangelegenheiten, Oberregierungsrat Rohmann, um eine Audienz in der strittigen Frage der Höhe der Ortszulage der Lehrer gewandt. Daraufhin ist ein ablehnender Bescheid eingegangen, in dem es u. a. heißt: „Ich erwidere auf die gefällige Zuschrift ergebenst, daß die von Charlottenburg und einigen anderen Vororten beschlossenen Ortszulagen von der Schulaufsichtsbehörde selbstverständlich unter Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten als Vorstehenden der Schulabteilung der hiesigen königlichen Regierung nicht genehmigt worden sind, weil sie über die Berliner Höhe hinausgehen. . . . Hieran würde eine mündliche Besprechung nichts mehr ändern können.“

Die Art, wie hier eine Stadtvertretung von der preussischen Regierung behandelt wird, ist einfach empörend. Obwohl die Verwaltungen der drei Städte Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg selbst am besten wissen müssen, inwieweit die Finanzlage ihrer Gemeinden eine Steigerung der Ausgaben für Unterrichtszwecke zuläßt, dekretiert die Bureaukratie einfach, daß die Mehrausgaben zu unterbleiben haben, und damit nicht genug, lehnt sie in hochmütig-überhebendem Tone jede Mitsprache mit den Stadtvertretern ab. Das Schöne aber ist, daß sie ausgerechnet dem Berliner Kommunalreform als Mäzenaten vorzuführen kann. Die benachteiligten Lehrer werden hoffentlich den Liberalismus dieser Herren bei den bevorstehenden Landtags- und Stadtverordnetenwahlen in Berlin richtig zu würdigen wissen.

Gegen die Mißhandlung der deutschen Sprache in amtlichen Schriftstücken hat der hiesige Generalstaatsanwalt einen Erlaß herausgegeben, in dem es heißt:

Der Entwurf der neuen Strafsprockordnung zeigt, wie einfach, klar und kurz unsere juristische Schriftsprache sich gestalten läßt, wenn man sie befreit von all den schwerfälligen und gespreizten Formen, von den vielfach überflüssigen Belwörtern, mit denen sie im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr belastet ist. Jeder Beamte der Staatsanwaltschaft soll es sich zur strengen Regel machen, einen Gedanken erst dann niederzuschreiben, wenn er dafür die einfachste, deutlichste und gefälligste Form gefunden hat.

Die Wahrung des Erlasses kann auch den Juristen außerhalb Hessens zur Beachtung empfohlen werden.

Ein würdiger Freisinnskandidat. Im 5. Berliner Landtagswahlkreis hat eine Vertrauensmännerversammlung der Freisinnigen Volkspartei den Schriftsteller und Synodus Schäfer als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt. Schäfer ist eine gänzlich unbedeutende freisinnige Bezirksvereinsgröße und weiteren Kreisen nur dadurch bekannt geworden, daß er sich während der letzten Landtagswahlkampagne in freisinnigen Wahlversammlungen gegenüber unbedeutenden Zwischenruffern als Kandidat produziert. Eine Aussicht, gewählt zu werden, besteht für ihn im 5. Landtagswahlkreis ebenfowenig, wie im 11. Kreise, in dem er vor einem Jahre kandidierte; der Kreis brachte 1908 308 Wahlmännerstimmen für unsern Kandidaten, Genossen Borgmann, und nur 207 für den Freisinnigen auf.

Wilhelm II. auf Reisen. Das Prager Právo Libu schreibt: Als der deutsche Kaiser kürzlich zu den böhmischen Kaisermanduern fuhr, wählte er nicht die direkte und bequemere, kürzere Strecke über Prag, sondern die Nebenstrecke über Pilsen, Tabor und Jäslau. Diese Begründung wurde streng geheim gehalten, nur sie ist jedem auf, daß alle Bahnhöfe und die ganze Strecke durch volle vierzehn Tage von Gendarmen bewacht wurden. Am vorigen Sonntag erst bekamen einige Bedienstete den Befehl, jeden Wadukt bis auf den kleinsten Kanal der Strecke zu untersuchen. Der Zug hielt nur dort, wo er Wasser nehmen mußte. Warum reist der deutsche Kaiser nicht lieber im Luftschiff Zeppelin?

Wahrscheinlich aus den Gründen, aus denen er so sehr auf die Ueberwachung seiner Person bedacht ist.

Opfer der Kriegsspielerei. Wie die Pöserer Zeitung aus Schönlank berichtet, fiel am Montag im Wandbergelände ein Kanonier unter sein Geschütz und war bald darauf eine Leiche; im ganzen sind fünf Todesfälle während der diesseitigen Herbstübungen vorgekommen.

Der Hauptmann als Soldatensinder. Das Kriegsgericht in Austerburg verurteilte den Hauptmann Simon von der 12. Kompagnie des in Goldap garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 44 wegen Mißhandlung Untergeordneter in zwölf Fällen und Verleumdung zu vier Monaten Festungshaft. Die Verhandlung fand, wie das bei den Verurteilungen militärischer Vorgesetzter ja in Preußen-Deutschland nur selbstverständlich ist, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ein Dementi. Wir berichteten auf Grund von Pressemeldungen, daß die preussische Regierung im Zusammenhang mit den Charlottenburger Schillerelbstmorden die vierjährliche Inspektion der Schulen verordnet und auch den Schülern das Bescheidenerdicht eingebracht habe. Die Nationalzeitung erzählt nun, daß dieser Erlaß nicht ergangen ist. Wenn eine Nachricht dem preussischen Kultusministerium modernere Verordnungen zuschreibt, wird das Dementi auch nicht ferne sein.

Eingekerkertes Verfahren. Gegen den Genossen Kelle vom Harburger Volksblatt hatte die Anwaltschaft ein Verfahren eingeleitet wegen Anstiftung zum Diebstahl (1), begangen durch den Abdruck eines Briefes. Jetzt wird dem Genossen Kelle mitgeteilt, daß das Verfahren wieder eingestellt worden ist. Gründe wurden nicht angegeben.

Oesterreich-Ungarn.

Die Landtage.

Wien, 16. September. Durch Kaiserliches Patent werden die Landtage von Böhmen und Oberösterreich, sowie Mähren und Kärnten auf den 21. September einberufen.

Rußland.

Ein Provokateur.

Vor kurzem wurde das frühere Mitglied der sozialrevolutionären Partei Michael Wokrisinski überführt, als Vorkämpfer in den Diensten der Regierung zu stehen. Die Biographie dieses Vorkämpfers, um dessen Entlarvung sich auch Bakal verdient gemacht hat, enthält einige recht interessante Einzelheiten, die die Praktiken der russischen Vorkämpfer grell beleuchten. Der genannte Vorkämpfer nahm im Jahre 1907 an einer Expropriation in Jekaterinow teil und begab sich dann nach Petersburg. Obwohl er dort mit Waffen in der Hand

verhaftet wurde, wurde er dennoch nach 2 bis 3 Wochen befreit und in die Heimat zurücktransportiert. Dort versuchte er einige Zeit, terroristische Akte zu inszenieren; als er aber keinen Erfolg hatte, begab er sich nach Paris, wo er sein Handwerk fortsetzte. Während der Ksemawaffäre wollte er Bakal ermorden.

Zurück zur Autokratie.

Petersburg, 15. September. Eine vom Kaiser Nikolaus sanctionierte Verfügung des Ministerrats betreffend Artikel 90 der Grundgesetze wurde veröffentlicht. Ihr zufolge unterliegen der unmittelbaren Sanktion des Kaisers als obersten Kriegsherrn alle Legislaturfragen der Organisation der Land- und Seestreitkräfte, sowie der Landesverteidigung, ferner die Fragen betreffend die Armee- und Flottenverwaltung. Eingegriffen sind sämtliche Verfügungen des Militärkabinetts und des Marinerefforts, falls dieselben keine neuen Zuweisungen benötigen. Falls neue Kredite notwendig werden, sind für diese Pauschalsummen auf gewöhnlichem legislativem Wege zu erbitten, wobei detaillierte Angaben über die Verwendung erst im Budget einzutragen sind. Auf gewöhnlichem legislativem Wege werden die Gebiete der speziellen Militärvergebung ausschließlich solcher Fragen erledigt, die eine Abänderung, Ergänzung oder Abschaffung der geltenden Gesetze erfordern oder in das Bereich der legislativen Fragen anderer Ressorts außer dem Militär- und Marinereffort gehören.

Nordamerika.

Der Handelsvertrag mit Frankreich.

Washington, 15. September. Der Antrag Frankreichs, das gefälligte französische Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu verlängern, hat, wie verlautet, die Zustimmung des Staatsdepartements nicht gefunden.

Sächsische Angelegenheiten.

Freisinnige Heuchelei.

In Dresden ist es zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen zu einem vollständigen Kompromiß gekommen. Im 6. städtischen Wahlkreis ist der nationalliberale Kandidat, Straßenbahndirektor a. D. Claus, auf Grund eines Uebereinkommens mit den beiden liberalen Gruppen von der Kandidatur zurückgetreten. In seiner Stelle wurde der der freisinnigen Volkspartei angehörige Rentier Koch-Dresden aufgestellt, den auch die Nationalliberalen unterstützen. Die Freisinnigen verzichten dafür auf eine selbständige Kandidatur in den übrigen Dresdener Wahlkreisen und im 24. ländlichen Wahlkreis (Blasewitz, Bachwitz, Rabebau usw.), wo bereits Oberlehrer Dr. Barge aufgestellt worden war, der nunmehr im 7. städtischen Wahlkreis (Meißen usw.) kandidiert.

Die miserabelste Gesellschaft sind und bleiben die Freisinnigen. Als der Landtag geschlossen wurde, sagte die Zittauer Morgenzeitung den Nationalliberalen, weil sie mit dem neuen Pluralwahlrecht belastet seien, den Kampf an. Heute ist das Kompromiß zwischen den angeblichen freisinnigen Gegnern des Pluralwahlgesetzes und den nationalliberalen Vätern dieses neuen Wahlrechts vollendete Tatsache. Die Freisinnigen sind Fleisch vom Fleische der bürgerlichen Reaktion und ihr Zusammengehen mit den Nationalliberalen ist deshalb nicht nur nicht verwunderlich, sondern erklärlich. Berücksichtigt ist aber die Heuchelei, die sie ununterbrochen treiben, indem sie sich in der Öffentlichkeit als Freunde der Demokratie, des gleichen Wahlrechts usw. aufspielen, während sie in der Praxis diesen ihren „Grundsätzen“ auf Schritt und Tritt ins Gesicht schlagen.

Die Wirkung des Pluralsystems in den Chemnitzer Wahlkreisen.

Im Amtsblatt wird die amtliche Zusammenstellung der in den vier Landtagswahlkreisen der Stadt Chemnitz einschließlich der zugehörigen Landgemeinden vorhandenen Wähler und der ihnen zustehenden Stimmen veröffentlicht. Danach ergibt sich folgendes Bild:

1. Wahlkreis: Zahl der Wähler 11807, eine Stimme 5002 Wähler (42,39 Proz.) = 5002 Stimmen, zwei Stimmen 2920 Wähler (25,02 Proz.) = 5840 Stimmen, drei Stimmen 1078 Wähler (9,16 Proz.) = 3234 Stimmen, vier Stimmen 2397 Wähler (21,03 Proz.) = 9588 Stimmen, Gesamtzahl der Stimmen 28004.
 2. Wahlkreis: Zahl der Wähler 10356, eine Stimme 4082 Wähler (39,42 Proz.) = 4082 Stimmen, zwei Stimmen 2440 Wähler (23,56 Proz.) = 4880 Stimmen, drei Stimmen 991 Wähler (9,57 Proz.) = 2973 Stimmen, vier Stimmen 2843 Wähler (27,45 Proz.) = 11372 Stimmen, Gesamtzahl der Stimmen 23807.
 3. Wahlkreis: Zahl der Wähler 11584, eine Stimme 5555 Wähler (47,95 Proz.) = 5555 Stimmen, zwei Stimmen 3819 Wähler (33,05 Proz.) = 7638 Stimmen, drei Stimmen 959 Wähler (8,28 Proz.) = 2877 Stimmen, vier Stimmen 1751 Wähler (15,12 Proz.) = 7004 Stimmen, Gesamtzahl der Stimmen 24192.
 4. Wahlkreis: Zahl der Wähler 18624, eine Stimme 7490 Wähler (40,21 Proz.) = 7490 Stimmen, zwei Stimmen 3400 Wähler (18,26 Proz.) = 6800 Stimmen, drei Stimmen 1094 Wähler (5,88 Proz.) = 3282 Stimmen, vier Stimmen 1040 Wähler (5,64 Proz.) = 4160 Stimmen, Gesamtzahl der Stimmen 24192.
- Gesamtzahl der Wähler 40961, eine Stimme 22120 Wähler (47,12 Proz.) = 22120 Stimmen, zwei Stimmen 12079 Wähler (29,72 Proz.) = 24158 Stimmen, drei Stimmen 4122 Wähler (10,07 Proz.) = 12366 Stimmen, vier Stimmen 3681 Wähler (9,03 Proz.) = 14724 Stimmen, Gesamtzahl der Stimmen 98177.
- Im 3. und 4. Wahlkreis ist die Zahl der Ein- und Zweistimmigen größer als die der Drei- und Vierstimmigen. In den anderen beiden Wahlkreisen ist das Verhältnis umgekehrt.

Regierungsterrorismus.

Bei den sächsischen Staatsbahnen ist die Mafregelung von Arbeitern, die sich nur irgendwie „verdächtig“ gemacht haben, an der Tagesordnung. Kürzlich wurde ein Werkstättenarbeiter in Engelsdorf ohne Angabe von Gründen entlassen. Da er sich zu Unrecht entlassen glaubte, richtete er ein Gesuch um Wiedereinstellung an die Generaldirektion, worauf er folgendes Schreiben erhielt:

Auf das Gesuch hat die königliche Generaldirektion zunächst festzustellen, daß der Grund, der dazu geführt hat, Ihnen den Dienst bei der Staatseisenbahn zu kündigen, keineswegs in Ihrer Tätigkeit als Mitglied des Arbeiterausschusses zu suchen ist.

Hiemehr ist die königliche Generaldirektion nach längerer Beobachtung (Vespitzelung) zu der auch jetzt noch nicht erschütterten Ueberzeugung gelangt, daß Sie dem Hamburger Verband oder dem Transportarbeiterverband angehört und unterhält haben.

Jedenfalls Einzelperson zu nennen, ist die königliche Generaldirektion nicht in der Lage. Die ausgesprochenen Dienstfindung muß aufrecht erhalten bleiben. Dresden. Rirchbach.

Daß es der Generaldirektion davon gelegen sein muß, dem wahren Grund der Entlassung zu verschleiern bzw. abzuschweigen, ist ja zu verstehen, denn als Teil des Staates selbst darf man sich nicht einmal den Anschein geben, als wenn man die für die Eisenbahnarbeiter geschaffenen legalen Einrichtungen, worin sie ihre Interessen wahrnehmen sollen, dadurch illusorisch macht, daß man Arbeitervertreter, die ihre Sache ernst nehmen, maßregelt bzw. kurzerhand entläßt.

Wie die Werkstättenarbeiter in ihrer Gesamtheit sich zu dem Vorgehen der Generaldirektion stellen, beweist ein Vorfall bei der Stimmabgabe für die Erbschaften zur Arbeiterpensionskasse. Von mehr als 700 Arbeitern gingen nur 340 zur Urne; von diesen haben fast alle weiße und ungültige Stimmzettel ab, so daß der Vertreter mit 16 Stimmen und der Erbschaftsmann mit 12 Stimmen gewählt wurde. Eine treffendere Antwort konnte der Generaldirektion kaum gegeben werden. Die Arbeiter wollen nicht mehr ihre hiesigen Kollegen durch die Wahl zum Arbeitervertreter mahrgen lassen. Hat doch die Verwaltung den Ausschussmitgliedern sogar verboten, Versammlungen abzuhalten und Briefe auf dem Dienstwege zu wechseln! Noch nie ist ein Ausschussmitglied gutachlich von seinen Vorgesetzten befragt worden.

Das sind unerhörte, skandalöse Zustände, die in der Landtagswahlbewegung gehörig gekennzeichnet werden müssen. Entschieden muß darauf gedrungen werden, daß auch den Eisenbahnern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht wird.

Landtagswahlen und Steuerrückstände. Das Wahlamt der Stadt Leipzig hat sich dem Vorgehen des Dresdener Wahlamts angeschlossen, indem bei der Frage, ob jemand wahlberechtigt ist oder nicht, nur die Steuerrückstände, die seit dem 1. Januar 1906 fällig sind und demnach noch nicht als verjährt zu gelten haben, berücksichtigt werden.

Dieser Ansicht hat sich auch Professor Dr. Wach, der der Hauptmacher des neuen Wahlgesetzes in der Ersten Kammer war, angeschlossen. Er hat der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung ein Telegramm geschickt, worin er sich für die liberalste Auslegung des Gesetzes ausspricht. Die Einberufung eines außerordentlichen Landtags hält er mit Rücksicht auf die zu erwartende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für überflüssig. Dr. Wach meint also, auch das Oberverwaltungsgericht werde sich der Ansicht anschließen, daß für die Verjährung von Kommunalsteuerrückständen die nach § 80 des Staatseinkommensteuergesetzes für die Staatssteuer geltende dreijährige Verjährungsfrist maßgebend sei.

Nach dem Zwickauer Tageblatt ist man in Zwickau „noch liberaler“ verfahren als in Dresden und Leipzig. Dort sind nur diejenigen Steuerrestanten nicht mit in die Liste aufgenommen worden, die im Jahre 1908 und 1909 mit ihren Steuern im Rückstande geblieben sind. In Zwickau hat man sich offenbar auf die Bestimmung des alten Wahlgesetzes gestützt, wonach diejenigen nicht wahlberechtigt waren, die in den letzten zwei Jahren vor der Wahl mit Steuern im Rückstande waren.

Ein konservativer Trumpf. Das konservative Vaterland hat seiner soeben erschienenen neuesten Nummer eine vor den nationalliberalen Vertrauensmännern seines Kreises gehaltene Rede des nationalliberalen Abg. Frhr. von Herrnsheim beigelegt, die den konservativen Parteifreunden „zur besonderen Beachtung“ empfohlen wird. „Sie enthält sachlich eine Mißbilligung der negativen Haltung der nationalliberalen Partei in der Frage der Reichsfinanzreform und damit auch eine Verurteilung der beklagenswerten Steuerhebe der Liberalen, die nur der Sozialdemokratie zugute kommt.“ Worüber die Nationalliberalen nicht sehr erbaut sein werden!

Dienstbotenelend.

Die Notwendigkeit der Ausdehnung der Krankenversicherung der Dienstboten wird geradezu klassisch illustriert durch einen Fall, der der Chemnitzer Volksstimme mitgeteilt wird. Die Tochter eines alten Schuhmachereisters in Gerborsdorf, der bei 500 bis 600 Mark Einkommen fünf Kinder hat ausziehen müssen, war bei einer Herrschaft in Hohenstein-Ernstthal als Dienstmädchen in Stellung. Anfang dieses Jahres ging das Mädchen, das 17½ Jahre alt war, wegen heftiger Drehen Schmerzen zum Kassenarzt der Dienstbotenkrankenkasse, Dr. Lange. Nach Anwendung des von Dr. Lange verschriebenen Mittels nahmen in der darauffolgenden Nacht die Schmerzen heftig zu, so daß sie die Herrschaft am andern Morgen ohne weiteres auf ihre Kosten zum Spezialarzt Dr. Fimmen nach Chemnitz schickte. Er gab ihr einen Zettel mit, auf dem vermerkt war, daß das Mädchen an einer schweren Mittelohrentzündung verbunden mit Knochenfraß leide und eingehender spezialärztlicher Behandlung bedürfe. Dann wurde das Mädchen einigemal hin und her geschickt vom Doktor zur Kasse und umgekehrt, worauf sie die Genehmigung von der Kasse bekam, den Spezialarzt in Anspruch zu nehmen. Das Leben und die Gesundheit des Mädchens konnten aber nur erhalten werden durch eine Operation. Als die Mutter des Mädchens dies der Kasse meldete, schloß man mit ihr ein Uebereinkommen, nach dem die Kasse nur einen Teil der Kosten tragen wollte. Das andre sollten die Eltern oder das Mädchen selbst zahlen. Das Mädchen wurde dann operiert. Und was geschieht nun, nachdem das Mädchen 02,05 Mark aus ihrer Tasche bezahlt hat, ungerichtet dessen, was es den armen Eltern sonst durch Besuche usw. gekostet hat, und die Kasse zahlen soll? Man schickt folgendes Schreiben:

Hohenstein-Ernstthal, am 12. Juli 1909.

Herrn Dr. med. Wilhelm Fimmen in Chemnitz.

Die Honorierung der uns überfandten Rechnung über 208,50 Mark für Behandlung des Dienstmädchens müssen wir ablehnen, da unserer kleinen Kasse derartige Beträge für auswärtige ärztliche Behandlung überhaupt nicht zur Verfügung stehen und wir nach dem Regulator zur Bezahlung nicht verpflichtet sind. Wohl ist Ihnen Anfang Februar dieses Jahres auf eine Anfrage telephonisch mitgeteilt worden, daß die hiesige Dienstbotenkrankenkasse ebenfowenig geneigt sei, einen Teil der Kosten der sich notwendig machenden klinischen Behandlung für die zu übernehmen. Ueber die Höhe dieses Betrages konnte Ihnen aber damals keine Zusage gemacht werden, weil hierüber unser Krankenhausauschuß zu entscheiden hat. Wir stellen es der anheim, ein Gesuch um Bewilligung eines Teils ihrer Kurkosten aus Kassemitteln bei uns einzureichen. Der Stadtrat. Dr. Pab, Bürgermeister.

Zu den angeführten Kosten — 208 Mark für den Arzt und 02 Mark, die das Mädchen bereits bezahlt hat — kommen noch die Kosten der Heilbehandlung. Auf sein bei der Kasse eingereichtes Gesuch um Uebernahme eines Teiles der Arztkosten hatte das Mädchen fünf Wochen nach der Entlassung noch keine Antwort. Und der Arzt bräunt auf Bezahlung. Begehrend ist auch, daß diese famose Dienstbotenkrankenkasse nur Beiträge der Dienstboten kennt, die Herrschaft hat, weiter nichts

zu tun, als das Mädchen anzumelden. Und wenn ein Dienstmädchen schwer erkrankt, läßt es diese famose vom Stadtrat verordnete Kasse im Stich!

In einem Hause der Weisenhausstraße in Dresden machte ein 19 Jahre altes Dienstmädchen einen Selbstmordversuch. Es stürzte sich aus dem Treppenhause des ersten Stockwerks kopfüber in den gepflasterten Hofraum hinab. Bewußtlos blieb die Unglückliche liegen, aus deren Mund Blut quoll. Der hinzugerufene Arzt stellte eine Mißgratverletzung und Armverstauchungen fest. Das Mädchen stand erst seit dem 1. September bei der Herrschaft Krüger in Dienst, deren Personal im Laufe der letzten Jahre häufig gewechselt hat. Das aus Österreich stammende Mädchen hatte vor wenigen Tagen an seine dort lebende Mutter einen Brief geschrieben mit der Bitte, die Mutter möge es doch wieder aus dem Dienst nehmen. Als Antwort war ihr der Bescheid geworden, ein Jahr wenigstens anzuhalten. Dieser Brief hat das Mädchen mutlos gemacht. Dazu hatte sich aus einem kleinlichen Anlasse wieder ein heftiger Mißtritt in der Wohnung der Herrschaft ereignet. So sah sie das Mädchen den Entschluß, aus dem Leben zu gehen.

Criminell. Das Sächsische Volksblatt berichtet: Der Magazinverwalter Neumann in der hiesigen Maschinenfabrik wurde beauftragt, vorläufig die Stelle eines erkrankten Expedienten einzunehmen. Diese Vertrauensstellung benutzte er, eine „nationale“ Leuchte, um sich materielle Vorteile zu verschaffen. Bei dieser Firma besteht nämlich die Einrichtung, den Arbeitern Kohlen zum Selbstkostenpreis abzugeben. Diese Vergünstigung bewußte er dazu, um seine Angehörigen mit billigen Kohlen zu versorgen. Der neue Expedient vergaß vollständig, die Kohlen, die seine Angehörigen erhalten hatten, zu buchen. Die Firma machte kurzen Prozeß und entließ den Herrn auf der Stelle, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Nachdem er hier so unerwartet den Abschied erhalten, versuchte er sein Teil in der Nationalen Zeitung, um hier Anstellung zu erhalten. Wie man uns mitteilt, hat man aber erst Erkundigungen einbezogen und auf die gute nationale Kraft verzichtet.

Baugen. Zur Ausführung des neuen Tabaksteuergesetzes, speziell der Entschädigungsbestimmungen, bringt die Süddeutsche Tabakzeitung, von hier folgende Notiz: Mehrere Tabakarbeiterinnen machten am 11. August an das Hauptsteueramt die Mitteilung, daß sie mit 15. oder 17. August wegen Mangel an Aufträgen von ihrer bisherigen Arbeitsstelle auf unbestimmte Zeit entlassen worden sind und baten vom 15. resp. 17. an um die ihnen aus § 2a des neuen Tabaksteuergesetzes zukommende Entschädigung für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Leute wurden von Schutzleuten besucht, und wurden hier und dort in jedem Falle über alles mögliche und unmögliche befragt; es wurde sogar festgestellt, daß die Leute für eine andere Arbeit nicht zu verwenden sind, aber trotzdem — eine Unterstellung haben die Leute bis heute, den 8. September, noch nicht bekommen. Also nach vier Wochen eine Sache noch nicht erledigt, wobei es sich um eine Unterstellung oder Entschädigung der Kernsten handelt, die das neue Brot sofort brauchen, wenn das alte alle ist. Es ist kein Wunder, wenn die Leute unwillig und unzufrieden mit dieser Art der Erledigung sind, wo es sich doch um voll und ganz rechtmäßige gesetzlich anerkannte Forderungen handelt. Eine einzige Arbeiterin hat in der Stadtkasse eine Unterstellung von drei Mark erhalten, weil diese überhaupt nichts mehr zu essen hatte. Dieser Fall ist für die Behandlung der Entschädigungsfrage typisch.

Plauen. Hier sind bekanntlich weit über 1000 Personen wegen Steuerreste von der Landtagswählerliste gestrichen worden. Deshalb fragte der Stadterordnete Günther in der letzten Stadtratsversammlung den Rat, wie er sich in bezug auf die Stadtratswählerliste der rückständigen Steuern gestellt habe. Polizeidirektor Weitzers erwiderte, daß der Stadtrat von der Auffassung ausgegangen sei, daß aus Grund der Gesetzgebung diejenigen Steuerrestanten als Wähler auszuschließen seien, die in den letzten drei Jahren (also vom 12. Oktober 1905 bis 12. Oktober 1908) mit ihren Steuern im Rückstand geblieben sind. Sollte es vorgekommen sein, daß auch Personen, die noch früher mit ihren Steuern im Rückstand geblieben waren, aus der Wählerliste gestrichen worden sind, so hätte es diesen freigestanden, hiergegen Widerspruch zu erheben. Diese Antwort stimmt jedoch nicht mit der Tatsache überein, daß auch viele Wähler von der Liste gestrichen worden sind mit Resten, die älter als drei Jahre sind. Stadtr. Günther hat sich mit der Auskunft des Rates zufrieden gegeben.

Von Grenzaußern erschossen! Bei dem Kampfe zwischen einer Schar Schmuggler und zwei sächsischen Grenzbeamten, der kürzlich an der sächsisch-böhmischen Grenze bei Oelsitz stattfand, ist anscheinend ein beim Schmuggeln ganz unbeteiligter Mann erschossen worden. Den Ausschußergang gelang es, mit ihrem Duzend Dörsen, das sie heimlich über die Grenze bringen wollten, zu entkommen, man fand aber unweit der Stelle, wo das Feuergefecht stattgefunden, den im Grenzort liegenden Einwohner Robert Kowatz aus dem nahen Grenzort Bergen i. S. Es hieß alsbald, daß sich Kowatz nur zufällig im Walde befunden habe, als die Schießerei in seiner Nähe losging, und er sei dann auf der Flucht von der Angel eines Grenzbeamten tödlich getroffen worden. Jetzt teilt der Bruder des Erschossenen, Baumschulenbesitzer Arthur Kowatz aus Kowatz i. S., dem B. N. mit, daß sein Bruder Robert am Abend des 7. September 1/8 Uhr von seiner Wohnung in Bergen nach Bettengrün gegangen sei, um Preiselbeeren zu kaufen. Er habe dabei einen Korb bei sich gehabt. Das könne durch viele einwandfreie Zeugen, welche ihn kurz vor der Katastrophe gesehen hätten, bestätigt werden. Robert Kowatz sei vollständig unbeteiligt gewesen. Die Staatsanwaltschaft in Plauen beschäftigt sich mit der Angelegenheit.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Unter Vergiftungserscheinungen starben in Dresden am Sonnabend die achtjährige Tochter und der sechsjährige Sohn des Kaufmanns Schröder. Die Todesursache ist noch nicht endgültig aufgeklärt; es kommt der Genuß von Fisch oder einer anderen verdorbenen Speise in Frage. — Die 83jährige Witwe Otto in Waldheim begleitete mit der Lampe in der Hand mehrere Personen die Treppe hinab, wobei die Lampe explodierte. Die alte Frau starb an den erlittenen schweren Brandwunden. — Im Manöververunglückte dieser Tage in der Nähe von Burgstädt der Oberleutnant Davignon vom 18. Infanterieregiment in Leipzig. Bei einem Patrouillenritt stürzte der Offizier mit seinem Pferde und wurde sehr schwer verletzt. — Bei den Manöverübungen zwischen Grotzen und Erlau verunglückte der Kanonier Germer vom 88. Feldartillerie-Regiment dadurch schwer, daß ein Geschütz abgeschossen wurde, als er vor der Mündung des Rohres stand. Der Verunglückte befindet sich im Garnisonlazarett zu Döbeln und wird in nicht zu langer Zeit wieder hergestellt sein. — In Glauchau geriet bei dem Versuch, eine ihm entfallene Birne zu erlangen, das 14-jährige alte Schindens des Wäschensatzbesizers Feld, das sich auf dem Plattenwege befand, unter ein Mählengehirn, dessen Vorderrad ihm über den Kopf ging. Das Kind starb bald darauf. — Der 30jährige Händler August Köhler in Zwickau war, ohne daß jemand den Zugang war, mit der Untersuchung des Abzugsbrunnens der Saugpumpe der im Hofe seines Grundstücks stehenden Gasmachine beschäftigt. Wahrscheinlich hat den vollständigen Mann ein Schwindelanfall betroffen. Er ist kopfüber in den Brunnen gestürzt und darin ertrunken, weil er sich allein nicht herausziehen vermochte. — Ein Hund des Gutsbesizers T. in A. l. b. e. r. o. b. e wurde mit einem Senfsamen bezaugt

bearbeitet, daß dem armen Tier das Kreuz zerhackt war, die Beine herausgehungen, und der Schwanz völlig abgehakt war. Das Tier mußte erschossen werden.

Aus den Nachbargebieten.

Der „Skandal von Halle“.
Unter dieser Epithete wird der Berliner Volkszeitung zur Kandidatenfrage im Saalekreise geschrieben:

Der plötzliche Tod des Abgeordneten Schmidt brachte die liberalen Führer in Halle in die größte Verlegenheit. Woher einen Kandidaten nehmen, der die Stimmen aller bürgerlichen Wähler auf sich vereinen und dadurch das 1907 den Sozialdemokraten entzogene Mandat für den Liberalismus erhalten könnte? Die Unterstützung des einzigen örtlichen Führers, der überhaupt in Betracht kam, des Rechtsanwalts Herzfeld, wurde von den Konservativen seiner jüdischen Konfession wegen von vornherein abgelehnt. Der frühere Abgeordnete Goldschmidt, Vorsitzender des Verbandes der bürgerlichen Gewerkschaften, sollte kandidieren; er erklärte sich sofort zur Übernahme der Reichstagskandidatur bereit und wollte auch zugleich das Landtagsmandat übernehmen. (!) Die Mitglieder der drei-Dunderföhen Gewerkschaften sollten die Kandidatur unterstützen. Sie lehnten dies aber ab mit der sie in jeder Beziehung ehrenwerten Begründung: sie wollten nicht, daß der Führer einer Arbeiterorganisation mit Hilfe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewählt werde. Herr Goldschmidt wurde also abgeschrieben. Er gab sich aber noch nicht zufrieden und erschien selbst zu einer Besprechung, in der das Eintreten für seine Kandidatur aber wiederum von den Gewerkschaftern abgelehnt wurde. . . . Dafür sollten aber die Halle'schen Gewerkschaften den nimmeh aus der Vertretung aufstehenden Herrn Neumann unterstützen. Die Halle'sche Lehrerschaft, die sonst den größten Teil der Wahlarbeit für den Freisinn geleistet hatte, lehnte die Kandidatur Neumann mit den triftigsten Gründen ab. Auch die Jungliberalen wollten nicht mitmachen. Sie wurden dadurch beruhigt, daß man ihnen das zweite Landtagsmandat abtrat, so daß der Halle'sche Wahlkreis anstatt durch einen National liberalen und einen Volksparteiler in Zukunft durch zwei National liberalen vertreten sein wird. Seit dem Tode hat der Verein der Liberalen auch nicht eine einzige Versammlung abgehalten; eine öffentliche Versammlung am 10. September, in der sich Herr Neumann den Wählern vorstellen und Herr Dr. Wiemer einen Vortrag halten sollte, wurde abgesagt; bisher hat man nichts wieder davon gehört. Es wird alles in geheimen Konventionen verhandelt. So kann man denn schon heute ziemlich sicher prognostizieren, daß der Wahlkreis wieder an die Sozialdemokraten verloren geht, und damit hat dann der Freisinn — im Reichstag und im Landtag nicht vertreten — auch in Halle ausgespielt.

Hierzu schreibt die Berliner Volkszeitung: Man braucht darüber nicht unglücklich zu sein. Dieser Freisinn (Conseil Fischbeck-Wiemer-Kopff) hat kein anderes Schicksal verdient, als an die Wand gedrückt zu werden! Es ist sogar noch als ein Zeichen von auffallender Selbsterkenntnis anzusehen, daß die Parteivorsitzung bereits die Platte ins Korn geworfen hat und die Neumannsche Kandidatur allmählich in Vergessenheit zu bringen sucht. (Wohel ihr die Regierung mit der hinausgerückten Wahltermins wertvolle Dienste leistet. Red. d. V. Zeitg.) Die Halle'schen Lehrer würden sich am wirklichen Liberalismus aufschweren verurteilen, wenn sie für einen Hülfing des Cassel'schen „Kommunal liberalismus“ auch nur einen Finger rührten. Diesen „Kommunal liberalismus“ des roten Hauses meint die Pädagogische Zeitung, wenn sie im Briefkasten ihrer Nummer vom 8. d. M. sagt: „Leider Gottes, gibt es immer noch Lehrer, die für „Freisinnige“ jeden Stalters durch die und hinein gehen.“ Und nun sollen sie sich für diesen Herrn Neumann aus Berlin begeistern!

Erfurt. Zwei Bauersfrauen aus der Umgegend einer Mittelstadt wenden sich in einem thüringischen Blatte mit folgender heißen Angelegenheit an die Öffentlichkeit. „Gerecht oder nicht? Wenn bei uns Bauersfrauen unabsichtlichweise an einem halben Pfund Butter ein Gramm fehlt, kommt der Marktmeister und zerschneidet uns solche. Wenn aber, wie am Sonnabend, in einer Wirtschaft die Gläser nur halb voll geschänkt sind, kommt niemand, auch die Polizei nicht, und hilft uns.“ Wer möchte leugnen, daß die beiden Bauersfrauen da tatsächlich einen zum Nachdenken anregenden Vergleich anstellen?

Gerichtssaal.

Landgericht.
Ein trauriger Stämpfer. Der Kaufmann Müller machte die Bekanntschaft des Münzfälschers Rodewald und ließ sich von ihm in die Geheimnisse der Münzfälscherei einweihen. Er versuchte, ein Zweimarkstück herzustellen; sein Fabrikat war aber von so trauriger Stämperei, daß er im ganzen Leben keine Aussicht gehabt hätte, es los zu geben. Er verflucht aber auch, daß er gar nicht die Absicht gehabt habe, gefälschte Geldstücke in Verkehr zu bringen, vielmehr habe er bloß seine arbeitslose Zeit mit dem Versuche totzuschlagen wollen, um zu sehen, ob es ihm möglich wäre, falsches Geld zu fabrizieren. Das Gericht glaubte seiner Versicherung zwar nicht, aber es hielt die Absicht des Angeklagten doch nicht für voll erwiesen, es sprach ihn von der Anklage der Falschmünzerei frei; der Verdacht, daß der Angeklagte sich in seiner Notlage habe Taschengeld machen wollen, liege immerhin nahe. Das Gericht zog die zur Münzverfertigung verwendeten Geräte und Materialien, wie Blei, Glips usw., ein.

Der Angeklagte hatte aber noch eine andere schlechte Tat begangen, indem er dem Kaufmann Horn in Vorna, bei dem er in Stellung gewesen ist, Raubattsparmarken gestohlen und ein Sparmarkenbuch bei der Sparrasse zu Gelde zu machen versuchte. Eine Schädigung des Bestohlenen ist jedoch nicht eingetreten. W. wurde dafür zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vereine und Versammlungen.

Die Tabakarbeiter
hielten am 11. September im Volkshause eine Mitgliederversammlung ab, in der der Gauleiter, Kollege Wenzel, über den Steuerraub der herrschenden Klasse und die Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter referierte. Mit treffenden Worten geißelte der Redner das Verhalten des Schnapsbros, insbesondere des christlichen Arbeitervertreters Giesberts. Schon die ersten drei Wochen nach Inkrafttreten der Tabaksteuer zeigten, daß der „Segen“ des Biermillionenfonds bei weitem nicht ausreichte, die gefährdeten Arbeiter zu unterstützen. An der Hand von Zahlenmaterial wies der Redner nach, welche tiefe Wunden den sächsischen Tabakarbeitern durch diese schamlose Steuer schon geschlagen worden sind, und wie es mit der Unterstützung selbst aussieht. Die Behörden glaubten wahrcheinlich, die Tabakarbeiter sind das Hungervolk geworden und können den Schnapsartikeln immer noch enger zuziehen, denn die Unterstützungsgelder würden in die Hände gezogen und verkauft, überhaupt illusorisch zu machen. Bis jetzt ist noch keine Regelung der eingezeichneten Gesetze eingetreten, geschweige denn eine Auszahlung erfolgt. Aber noch in anderer Hinsicht würden

die Tabakarbeiter immer mehr gedrückt. Sei es doch für die Ausbeutung der Unternehmertums eine willkommene Gelegenheit, den schon niedrigen Lohn immer noch mehr zu reduzieren, wie es auch in Leipzig von einigen Entschiedenheiten anzutämpfen. Auch verjagt die Fabrikanten neue Klassen in Arbeit zu bringen. Deshalb sei es angebracht, unsere Partei auch in Leipzig einzureichen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Die Kreisverwaltung wurde beauftragt, die Tarife sofort einzureichen. Weiter wurde mitgeteilt, daß auch hier bei einigen Firmen Betriebsbeschränkungen stattgefunden. Den schwedischen Genossen wurden 20 Mk. aus der Kassa bewilligt. Leider scheinen die Leipziger Tabakarbeiter die Situation noch gar nicht erfasst zu haben, sonst müßten sie mehr Interesse an den Tag legen und sich zahlreicher in ihren Versammlungen einfinden.

Aleischer.
In einer im Tiroler abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Kollege Bergmann aus Berlin über: Gefellenausschüsse, wie sie sind und wie sie sein sollen. In der Diskussion wurde die vor kurzem hier erlebte Fehle des Ministeriums kritisiert, an der sich ganze 16 Mann beteiligt haben, ohne jede vorherige Bekanntmachung. Der anwesende Kollege, Kollege Klein, gab das auch unumwunden zu mit dem Bemerkten, daß der vorige Ausschuss die Arbeit nicht mehr machen wollte und sie ihm einfach übergeben habe. Es wurde beschloffen, eine Beschwerde an die Aufsichtsbehörde abzugeben. Dann referierte Henschel aus Berlin über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Konsumschlachtereim im Vergleich zu den hier sonst üblichen Löhnen und Arbeitszeiten. Der Redner wies aus, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem Genossenschaftsbetriebe viel günstiger seien als in den anderen Betrieben am Orte und als Vorbild dienen könnten. Um bessere Bedingungen auch in den übrigen Betrieben zu schaffen, sei notwendig, daß sich alle Kollegen der Organisation anschließen. Einige Kollegen traten dem Verbands bei.

Märzher in Vindau.
In einer am 11. d. M. abgehaltenen Versammlung gab der Vorsitzende die Schreibe einer Anzahl Filialen bekannt, die sich sämtlich gegen einen außerordentlichen Verbandstag wegen der Wahl eines Verbandsvorsitzenden aussprachen und für eine Verabschiedung eintraten. Von der Filiale wurde einstimmig Kollege Döwals Handlung als Kandidat aufgestellt. Es ist erwiesen, daß die Firma Th. zwei Mann auf Ausschüsse eingestell hat. Die Werkstellenvertreter wurden aufgefordert, die Firma auf die Tarifabmachungen hinzuweisen. Ein Antrag, der besagt, daß die Kollegen in der Filiale ihre Beiträge entrichten, wo sie arbeiten, wurde angenommen. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sektionsversammlung zur Diskussion gestellt werden. Die Versammelten erklärten sich gegen eine prozentuale Extratschuldung der Kommissionsmitglieder. Sie wollten aber gern die einzelnen Sitzungen besser entschädigen. Der von der Kommission vorgelegte Palzaris wurde gegen 10 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende forderte einige Werkstellen auf, die Sammelisten für die Schweden schneller einzusenden. Bis jetzt sind von der Filiale 200 Mk. gesammelt worden.

Deutscher Verein.
In der Mitgliederversammlung vom 11. September hielt Genosse Kleis aus Würzen einen Vortrag über die Reform der Arbeiterversicherung, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Genosse Tanneberg sprach in der Diskussion seine Freude darüber aus, daß die Gewerkschaften mehr und mehr die Funktionen der Zuschüsse übernehmen. Einige Diskussionredner sprachen sich im entgegengekehrten Sinne aus. Genosse Bruchardt sen. gab den Schulvorstandsbericht. Die Karl-Härtling-Stiftung, aus der jährlich 5 Knaben und 5 Mädchen unterstützt werden, ist der hiesigen Schule überwiesen. Der Lehrer Schaaf wurde pensioniert. Genosse Vahle riefte mit, daß die außerordentliche Schulbeihilfe des Staates nicht genützt worden ist, wodurch im Schuljahr ein Defizit von 8000 Mk. entstanden ist. Aus dem Gemeinderatsbericht ist hervorzuheben, daß Bestrebungen vorhanden sind, zwischen Leipzig und Schönefeld eine Haltestelle der Eisenburger Bahn zu errichten. Bei der Umverteilung übernimmt Leipzig die Straßeneinrichtung nicht mit. Einige Steuerfragen fanden ihre Erledigung, darunter der Refus des Eispäcklers Thieme, der sich mit ganzen 900 Mk. eingeführt hat. Lebhaft kritisiert wurde das Schankstättenverbot für Steuerrückständige und das Verhalten des Stänger Exekutivbeamten, der die Gefessigkeit haben soll. Straßenspassanten zu fragen: „Haben Sie nicht den und den gesehen, ich will ihn pfländen, der hat heute Lohn in der Tasche und noch keine Steuern bezahlt.“ Unter Vereinsangelegenheiten wurde zunächst auf die Frauenversammlung am 15. September im Gasthof und auf die am 28. September dort stattfindende Einwohnerversammlung hingewiesen. Weiter wurde ermahnt, die Erwerbung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts zu beschleunigen. Die Bibliothek müssen regelmäßig abgeliefert werden. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Sänge zu unterstützen.

Sozialdemokratischer Verein Distrikt Schkeuditz.
In einer am 9. d. M. abgehaltenen Versammlung wurden 7 Genossen in den Verein aufgenommen. Genosse G. Hartung berichtete über den Kreisstag in Rügen. In den Kreisvorstand wurden die Genossen E. Müller, M. Schütze, M. Wille, E. Vör, L. Vögels, M. Möhler und Alex. Weiffert, M. W., M. G. und M. Wittig gewählt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß sich der Bildungsausschuss konstituiert hat und dessen Statuten der nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Genosse E. Schreck wurde als Revisor für den Bildungsausschuss gewählt. Weiter wurden dem Bildungsausschuss 30 Mk. zur Verfügung gestellt. Ueber die Bierpreis-erhöhung entspann sich eine rege Debatte. Es wurde empfohlen, vorläufig am passiven Bierkrieg festzuhalten. Ferner wurde beschloffen, die Mitgliedsbücher zu einer Revision durch die Bezirkskassierer einzuliefern zu lassen.

Quittung.

Für den Generalkreis in Schweden sind bei uns eingegangen:

Bereits quittiert	4884.27
Erntefest, Gasthof Stahmeln, Extratour	4.45
Silberhochzeit-Ständchen der Sängervereinigung Fortsch.	
Thelia beim Genossen August Richter	2.52
Betriebsversammlung der Zigarettenarbeiter im Feld-	
schützchen, Liebertwoltzig	8.50
Kreie Turner, Liebertwoltzig	1.50
Madschlarabteilung L.-Nord, Extratour	6.—
Umbänder und 1 Maschinemeister der Fa. V. Lengner	4.—
Perchtswegigen des Kraft-Sport-Klubs Jugendkraft in	
der Grünen Schänke, Schwedentour	3.16
Summa:	4414.34

Die Expedition.

Bei allen Anfragen an die Redaktion ist die Abonnementsgenutzung vom letzten Quartal mit einzusenden. Anfragen, denen die Quittung nicht beigelegt ist, werden nicht beantwortet.

Die Darmkatarthe der Säuglinge werden durch die Ernährung mit „Kufete“ und Milch am leichtesten verhütet, denn „Kufete“ ist Milch den Gärungsorganen, welche die Darmkatarthe verursachen, weniger ausgesetzt, als allein. „Kufete“ macht die Milch gehaltreicher, leichter verdaulich, beugt den häufigen Verdauungsstörungen vor und sichert den Kindern ein vorzügliches Gedeihen. [3904

Erklärung

auf die sogenannten

„offenen Worte“

betr. Bierpreiserhöhung und Bierkrieg.

Die Offenheit dieser Worte ergibt sich durch die Anonymität! Daher müssen wir es unterlassen, auf die völlig haltlosen, wahrheitswidrigen und teilweise unfinnigen Behauptungen und Betrachtungen heute einzugehen. Wenn die Hintermänner der „offenen ehrlichen Inferenten“, welche letztere ihre Studien in Branereikontoren gemacht haben dürften, genügend Geld für „Bluffversuche“ ausgegeben haben, werden wir mit schlagenden Argumenten und verblüffenden Tatsachen die Schreiber der „offenen Worte“ und ihre Auftraggeber der öffentlichen Beurteilung übergeben.

Wir richten an die Bevölkerung Leipzigs die Bitte, sich nicht in der bisherigen Beurteilung des gerechten Kampfes der Gastwirte beeinflussen zu lassen. Die Gastwirte sind gegen ihren Willen genötigt worden, zu scharfen Waffen greifen zu müssen; aber wie bisher werden dieselben weiter rein erhalten bleiben.

[18407]

Das Agitationskomitee.

Infolge der am 1. Oktober stattfindenden

Erhöhung der Branntwein-Steuer

um 55 Pfennig für 1 Liter Spiritus

ist es ratsam, schon jetzt seinen Bedarf einzudecken in

Rum • Arrak • Kognak

Punsch-Extrakten und Tafel-Likören

sowie

Branntweinen aller Art.

Laut § 146 des Branntweinsteuergesetzes bleiben Mengen von nicht mehr als

oder **50 Liter** fertiger Spirituosen und Liköre
oder **50 Flaschen**

im Besitze von Gewerbetreibenden, die die Erlaubnis zum Ausschanken von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Trinkbranntwein haben und von nicht mehr als [18402]

oder **25 Liter** fertiger Spirituosen und Liköre
oder **25 Flaschen**

im Besitze von Haushaltungsvorständen

von der Nachsteuer befreit.

Indem wir uns erlauben, sämtliche Interessenten hierauf hinzuweisen, empfehlen wir unserer verehrlichen Kundschaft, ihre Einkäufe bis zu diesem Quantum rechtzeitig zu den jetzt noch billigen Preisen in den betreffenden Geschäften vorzunehmen

Verein der Gross-Destillateure Sachsens. E. V.



Uhren

Ketten, Schmucksachen
Grösste Auswahl. — Billigste Preise.

Gustav Kaniss

6 Tauchaer Strasse 6

10% Rabatt. • 10% Rabatt.

Leipz. Verein d. Kinderfreunde (Kinderschutz) e. V.

Geschäftsstelle: Hainstrasse 2, II.

geöffnet von 9-1 und 3-6 Uhr, nimmt Meldungen von Kindereltern und Mithandlungen entgegen. [2518*]

Familienanzeigen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichhaltigen Blumenpenden bei dem plötzlichen Hinscheiden unserer lieben kleinen **Milda** sprechen wir hiermit allen Freunden und Bekannten unsern Dank aus. [18435]
Beucha, 18. September 1900.
Georg und Martha Schiffli.

Mittwoch nachmittag entschlief schnell und unerwartet nach der Entbindung im 27. Jahre meine innigstgeliebte, unvergessliche Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin, Tante, Enkelin

Livia Trotte geb. Müller.

Tiefbetriibt zeigt dies mit der Bitte um stilles Beisein an
Der trauernde Gatte **Otto Trotte**
nebst Hinterbliebenen.

18411] Beerdigung Sonntag, nachm. 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause, Döhlisch, Hauptstraße 23.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser liebes **Gretchen** heute mittag sanft verschieden ist. [18425]

Dies zeigen schmerzgefüllt an
Neuendörf, Friedrich-Wilhelm-Str. 17, den 15. Sept. 00.
Alexander Thomas und Frau geb. Köbel.

Gestern früh entriß mir der Tod meine teure, unvergessliche Frau, unsere heiliggeliebte Mutter, Tochter, Schwester und Schwiegertochter, Frau [18415]

Lina Billig geb. Schröder

im 27. Lebensjahre. — In tiefstem Schmerz
Groß- und Kleinschöcher, den 15. September 00
Otto Billig nebst sämtlichen Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Triftstraße 10, aus statt.

Nachruf!

unserer früh verstorbenen Jugendfreundin

Klara Elsa Ritter.

Ad, Freundin, so früh schon mußt du scheiden,
Koch eh' du's ahnst, mußt du ins Grab
Und mit dem Tod ums Dasein streiten,
Beiratest nun den Himmelspfad.
In die guten, treuen Augen
Konnten wir nicht mehr schauen,
Die wir all' mit freudigem Hoffen
Warteten der Wiederkehr.
Doch als du nun eingetroffen,
Schlug dein junges Herz nicht mehr.
Händeringend sahen die Deinen
An der frühen Gruft und weinen,
Denn die armen Eltern können's nicht fassen,
Daß sie ihre liebe Tochter müssen lassen.
O, weinet nicht; gestorben ist sie nimmer,
Der Geist weilt in dem Himmelsaal.
Ach, viel zu früh dein treues Auge brach,
Wehmütig rufen wir ein „Ruhe sanft!“ dir nach.
18422] Gewidmet von der Jugend in Schönau.

Otto Meerguth, Mastochsen-Schlächtereifabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren

Wigandstrasse 2 L.-Kleinschocher Wigandstrasse 2 empfiehlt jeden Abend

gekochten Schinken, gekochte Pökelrippchen u. Schwarzwurst

Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab

Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst

Spezialität: ff. russisch, Salat, Ia. Jagdwurst und Mortadella, ff. Thüringer Blut, Leber-, Zungen- und Zorvelatwurst sowie alle ff. Aufschnittwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu denselben Preisen. [9588*]

Zahn-Atelier

Fernspr. **B. Massloff** Königsstr. 9838. 4, I.

Zahnziehen schmerzlos à 1 Mk.

Spez. für Nervöse und Schwache sehr zu empfehlen.

Sprechstunden: 9-7 Uhr, Sonntags 9-1 Uhr.

Ueber mein schmerzloses Verfahren liegen viele Anerkennungs-schreiben im Atelier aus.

Zahn-Erfolg sowie Plomben unter Garantie.

Ringfrel **Salon-Briketts** Marke Franz

frei Keller bei 10 Zentner à 75 Pfa.

" " " 25 " à 73 "

" " " 50 " à 70 "

H. Schlichting — Telephon Nr. 1917

Leipzig-Thonberg, Reitzenhainer Strasse 18c.

Oelfarben jeder Art sowie Fußboden-Lackfarben

in besten Qualität, über Nacht harttrocknend, empf. billigt

Karl Stuck Nachf., Peterssteinweg 7 gegenüber dem königlichen Amtsgericht. [2557*]

Sozialistische Neudrucke

Es sind kürzlich neu erschienen:

Gesammelte Schriften v. Wilhelm Wolff

Nebst einer Biographie Wolffs

:: von Friedrich Engels ::

Jubiläums-Ausgabe. 125 Seiten stark.

Broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—

Der deutsche Bauernkrieg

von Friedrich Engels.

:: 125 Seiten stark. ::

Broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—

Beide Werke sind historische Dokumente von hohem literarischen Wert und bilden wertvolle

:: Stücke jeder Arbeiterbibliothek. ::

Zu beziehen durch alle Filialen und Filialgeschäfte der Leipziger Volksbuchhandlung in Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21 und durch die Austräger der Volkszeitung.

Patentbureau Anger & Ulich, Grimmaischer Steinweg 4, prüfen Ideen kostenlos. Vorzügliche Verwertung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. September.

Geschichtskalender. 16. September 1788: Gabriel Daniel Fahrenheit, der Erfinder des Thermometers und des Barometers, gestorben. 1802: Rossuth geboren. 1878: Beginn der Sozialistengesetzdebatten im Reichstag. 1902: Konrad von Maurer, der vorzügliche Kenner des nordischen Altertums, in München gestorben. — 1907: Der Zoolog William Marshall in Leipzig gestorben.

Sonnenaufgang: 5,36, Sonnenuntergang: 6,18. Mondaufgang: 7,11 vorm., Monduntergang: 7,10 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. September: Nordöstliche Winde, allmählich Aufhellung, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

Aus dem Stadtparlament.

Gestern Abend sind die Stadtverordneten zum ersten Male nach den Sommerferien — wieder zur Beratung zusammengetreten. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsteher und einem kurzen Rückblick auf die Jubiläumsfeier der Universität wurden zunächst die während der Ferien angehäuften Reglstrandeneingänge verlesen, die sehr wenig Interesse erweckten. Die Grundstücksbesitzer in der äußeren Brandenburgerstraße — des neuen „besseren“ Teils dieser Straße — haben herausgefunden, daß der Umstand, daß der alte Straßenteil meist von weniger bemittelten Leuten bewohnt wird, die ganze Straße in einen „gewissen schlechten Ruf“ gebracht habe, wodurch den Herrn Hausbesitzern in dem neuen Straßenteil mit offener Hausweise und „hoch“herzhaftlichen Wohnungen das Geschäft verdorben werden könnte. Sie verlangen deshalb, daß der abschreckende Name der Straße umgewandelt werde, damit sie ihre Wohnungen besser vermieten können. Die Stadtväter sahen dem Mißgeschick der „besseren“ Hauswirte in der Brandenburgerstraße ziemlich teilnahmslos zu. Nicht einmal unter den Mittelständlern fand sich eine mitleidige Seele, die sich auch nur anstandslos der armen gequälten Petenten angenommen hätte. Eine weitere Eingabe, die sich gegen die Umbauten richtete, die sich dem Gesamtcharakter der Umgebung nicht anpassen und das „Stadtbild stören“, machte der Stadtverordnete Pflaume zur Seite.

Die Tagesordnung selbst war zwar ziemlich umfangreich, wies aber wenig bemerkenswertes auf. Die meisten Punkte wurden ohne Debatte nach den Vorschlägen der Ausschüsse erledigt. Nur einige Eingaben brachten eine kurze Debatte. Die Eingabe des Schreibervereins Hauschild, um pachtweise Ueberlassung von Land zur Errichtung eines Lust- und Lichtbades ließ das Kollegium auf sich beruhen, während eine Eingabe des Hausbesitzervereins um Erhaltung eines Spielplatzes in Leipzig-Bollmarsdorf dem Räte zur Erwägung überwiesen wurde, trotz des Abtrahens durch den Oberbürgermeister, der sich vergeblich bemühte, die Ausschlußfähigkeit der Angelegenheit zu beweisen. Am bedeutungsvollsten war noch die Aussprache über die Eingabe der Gemeinde von Borsdorf, in der abermals um Anschließung an das neue Leipziger Wasserwerk nachgesucht wurde, obwohl das Kollegium über eine frühere gleiche Eingabe zur Tagesordnung übergegangen war. Diesmal ging man einen kleinen Schritt weiter. Der Ausschuss beantragte, die Eingabe dem Räte zur Kenntnis zu überweisen und glaubt damit ein besonders weitgehendes Entgegenkommen bewiesen zu haben. Genosse Polle er wies unter besonderer Hervorhebung der sozialen Verhältnisse und den Beziehungen zwischen der Stadt und der Gemeinde Borsdorf nach, daß die Stadt nicht nur eine gewisse moralische Verpflichtung habe, sich dem Wunsch des Gemeinderats von Borsdorf sehr sympathisch gegenüberzustellen, sondern daß auch im hygienischen Interesse die Frage zu prüfen sei, ob es nicht notwendig sei, Borsdorf mit gutem Trinkwasser zu versorgen. Er wies darauf hin, daß mit der bloßen Kenntnisaufnahme nichts getan sei und eruchte den Räte, zu gegebener Zeit die Angelegenheit nochmals erwägend zu erwägen. Der Antrag des Ausschusses wurde schließlich einstimmig angenommen.

Der Haushaltsplan Leipzigs für 1910.

Pünktlich zu Beginn ihrer Tätigkeit nach den Ferien ist den Stadtverordneten der Haushaltsplan für das Jahr 1910 zugegangen. Jetzt gilt es, die auf 424 Seiten gebotenen Zahl erreichen mit ihren Erläuterungen zu studieren und durchzuarbeiten, um bis Ende des Jahres neben den sonstigen Aufgaben auch die der Etatberatung zu vollenden.

Das städtische Gemeinwesen nimmt immer größere Dimensionen an. Das drückt sich schon in den trockenen Zahlen der Bilanz aus. Im Jahre 1909 bilanzierte der städtische Etat noch mit knapp 51 Millionen, im Jahre 1910 dagegen steigt er schon auf fast 57 1/2 Millionen, oder genau auf 57 488 660,16 Mk. Die am 1. Januar einzuverleibenden Vororte sind bereits im Etat mit berücksichtigt worden.

Einen besonders starken Teil an dem Steigen der Einnahmen und Ausgaben weist das Elektrizitätswerk auf, das rund 2 585 000 Mk. vereinnahmt und rund 2 043 000 Mk. verausgabt. Im vorigen Jahre belief sich die veranschlagte Einnahme nur erst auf 1 560 000 Mk. und die Ausgabe bloß auf 959 000 Mk. Dieses Werk ist bekanntlich jetzt im Bau begriffen und in seinen in der Südvorstadt gelegenen Teilen nahezu fertiggestellt.

Das Armenwesen wird im nächsten Jahre nicht weniger als 334 000 Mk. mehr Zuschuß erfordern als im vorigen Jahr. 2 139 000 Mk. werden an Einnahmen geschätzt, während die Ausgaben sich auf 4 731 000 Mk. belaufen sollen, das sind rund 462 000 Mk. mehr als im vorigen Jahre. Eine beredte Sprache gegen die behauptete Zunahme des Volkswohlstands.

Auch das Schulwesen erfordert eine gewaltige Mehrausgabe, die in der Hauptsache auf die Erhöhung der

Lehrergehälter zurückzuführen ist. Ueber 1 1/4 Millionen Mark mehr Zuschuß hat die Stadt für die Schulen zu zahlen, nämlich anschlagsgemäß 1 247 246,52 Mk. Die Einnahmen werden mit 2 831 977,73 Mk., die Ausgaben mit 10 502 070,53 Mk. berechnet. Der gesamte Zuschuß, den die Stadt für ihre Schulen zu leisten hat, wird somit 7 670 092,80 Mk. betragen. Im vorigen Jahr war der Zuschuß nur mit 6 422 046,28 Mk. berechnet worden.

Bei dem Konto: Reinigung und Unterhaltung der Straßen zeigt sich ebenfalls eine beträchtliche Verschiebung zugunsten des städtischen Säckels. Die Einnahmen bleiben um 242 000 Mk. zurück, während die Ausgaben um 186 000 Mk. steigen. An Einnahmen aus der Straßenreinigung und Unterhaltung hofft man 1 027 000 Mk. zu erzielen, während die Ausgaben die Summe von 2 281 000 Mk. erreichen werden; es wird sich sonach ein Zuschuß von rund 1 234 000 Mk. ergeben.

Das Budget der Gasanstalten ist gestiegen. Die Einnahmen werden 8 074 000 Mk., die Ausgaben 7 458 000 Mk. betragen, so daß sich der Ueberschuß auf 616 230 Mk. stellt, um rund 76 000 Mk. weniger als voriges Jahr, was sich aus den Unkosten erklärt, die Umbauten und Anschaffungen verursacht haben.

Die Einverleibung der Vororte wird uns nach den Schätzungen des Haushaltsplans 563 932,73 Mk. kosten. Einnahmen wird die Stadt bei den Einverleibungen 918 171,40 Mk., ausgeben müssen wird sie dagegen 1 482 104,13 Mk.

Der durch die städtische Einkommensteuer aufzubringende Betrag ist mit annähernd 17 1/4 Millionen Mark festgesetzt worden, d. i. ein Mehr gegen den vorjährigen Haushaltsplan von rund 2 400 000 Mk. Außerdem wird die aus den einzuverleibenden Vororten fließende Einkommensteuer auf 600 000 Mk. veranschlagt. Eine Erhöhung des Steuerfußes, der im vorigen Jahre auf 150 Prozent getrieben wurde, scheint nicht zu befürchten zu sein, wenn auch eine Herabdrückung wahrscheinlich nicht wird erfolgen können.

Auf Einzelheiten des Stats werden wir noch zu sprechen kommen.

Behörden im Kampf gegen Arbeitervereine.

Die Arbeiter von Beucha-Brandis bei Leipzig befinden sich in besonders schwieriger Lage, weil ihnen kein Lokal eingeräumt wird, sie müssen darauf bedacht sein, auf andere Weise dem Mangel abzuhelfen und gründeten seinerzeit den Kasinoverein, der aber infolge der behördlichen Maßnahmen und gerichtlichen Verfolgungen seine Tätigkeit einstellen mußte.

Nummehr nahm der Hauptvorstand des sozialdemokratischen Vereins für den 13. Wahlkreis die Sache in die Hand, nachdem er sich durch ein Gutachten des Rechtsanwalts Dr. Martin Drucker in Leipzig überzeugt hatte, daß die Errichtung und Führung eines solchen Unternehmens für den Verein unbedenklich sei, wenn die Benutzung der Räume und die Abgabe von Speisen und Getränken nur an Vereinsmitglieder erfolge. Der Hauptvorstand erwarb ein Grundstück mit den nötigen Räumen, als Geschäftsführer wurde der Tischler Franz Kramer mit einem Monatsgehalt von 100 Mk. eingesetzt. Die Nebenbühnenbrauerei lief 500 Mk. zur Errichtung und das Kasino wurde vom April 1908 bis Juni 1909 betrieben. Die Behörden gaben aber ihre Absicht, die Arbeiter von Beucha-Brandis heimzulassen zu machen, nicht auf. Sie erreichten denn auch, daß das Amtsgericht Grimma am 18. Juni gegen die „Schulbuben“ auf je 160 Mk. Geldstrafe oder 30 Tage Haft erkannte, weil sie, entgegen dem § 147 der Gewerbeordnung, ohne Schankkonzession Getränke verabreicht hatten.

Die Verurteilten legten gegen das Urteil Berufung ein, die am 15. September vor dem Landgericht Leipzig verhandelt wurde. Als Angeklagte kamen in Betracht der Tischler Franz Kramer als Geschäftsführer des Unternehmens, der Lagerhalter Johann Scheib, der als erster Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für den 13. Wahlkreis das Unternehmen ins Leben gerufen hatte, der Parteisekretär Karl Ruffel, der die geschäftlichen Dinge erledigt und nach den Beschlüssen des Hauptvorstandes ausgeführt hatte, der Steinarbeiter Paul Siegert, der den Bierkeller verwaltete, und der Lagerhalter Paul Rehn, der als Vorsitzender des Ortsvereins Beucha-Brandis die Mitauktion über das Unternehmen leitete.

Der gewesene Geschäftsführer Kramer bekundete, daß er die Speisen zum Selbstkostenpreis abgegeben habe, das Bier kostete 12 Pf. für 1/2 Liter, während es sonst in anderen Wirtschaften 14 Pf. kostete. Es sind im Monat etwa 18—20 Hektoliter ausgekocht worden. Getränke, Zigarren, Zigaretten, Speisen usw. mußte er mit dem vereinnahmten Betrag an den Verein abrechnen. Der Vorstand des Ortsvereins kaufte auf Rechnung des Hauptvereins ein, Heizung, Besuchung bezahlte der Verein ebenfalls.

All diese Feststellungen wurden gemacht, um zu ergünden, ob tatsächlich das Unternehmen ausschließlich den Vereinsmitgliedern diene, und um festzustellen, ob der Verein materiellen Gewinn bewirkte. Ferner wurde festgestellt, daß das Lokal Montags geschlossen war; an einigen Tagen wurden Unterricht und Jahlabende veranstaltet. Genosse Scheib wies darauf hin, daß gleichartige Unternehmen in Mödern und Pöhlitz jahrelang bestanden haben, ohne angefochten zu werden. Der Zweck des Unternehmens war lediglich, ein Lokal zu erhalten, in dem die Parteigenossen ihren Idealen leben konnten. Materieller Gewinn sollte deshalb ausdrücklich ausgeschlossen sein.

Rechtsanwalt Dr. Hübler wies darauf hin, daß die gesetzlichen Bestimmungen für Konsumvereine hier nicht in Frage kämen, da die Unterhaltung des Kasinos nicht der Hauptzweck des sozialdemokratischen Vereins sei. Dieser Hauptzweck sei vielmehr die Verbreitung von Ideen. In den Urteilsgründen des Grimmaer Amtsgerichts seien grobe begriffliche Verwechslungen vorgekommen. Wenn jemand behauptet, der Hauptzweck der sozialdemokratischen Partei sei die Errichtung von Kasinos, so stehe das Argument auf derselben Höhe, wie die Behauptung, daß der Mensch lebe, um Kleidung zu besitzen. Staatsanwalt Dr. Schlegel beantragte Verurteilung der Berufung. Er erklärte dem Vorderrichter in der Konstruktion seines Urteils bei. Rechtsanwalt Dr. Drucker bemerkte, daß bis zur Beuchaer Affäre niemand daran gedacht habe, Vereinskasinos zu betreiben. Es habe bisher niemand die Vereinskasinos für Konsumvereine gehalten, weder die Verbindungshäuser der Studenten noch die Schreibervereinskasinos. Sofern die Vereine nur an ihre Mitglieder verkaufen, seien sie nicht einmal konfessionssäßig. Der Staatsanwalt erwiderte, daß nach den von der Verteidigung geltend gemachten Umständen jeder Ortsverein in der Lage sein würde, Lokale zu gründen. Aus dieser Konsequenz könne doch die Prämissen nicht richtig sein. Die Frage sei hier, ob es gelingen sei, das Gesetz zu umgehen. Rechtsanwalt Dr. Hübler stellte hierauf fest, daß hier ein unangenehmes Resultat verhindert werden solle. Das sei aber nicht Sache der Gerichte.

Das Gericht stellte sich nicht auf den Standpunkt des Staatsanwalts, dem es offenbar ein schrecklicher Gedanke ist, daß die

Sozialdemokraten noch mehr solcher Vereinskasinos errichten könnten. Es hob das Urteil des Schöffengerichts Grimm auf, und sprach die Angeklagten frei. Einen beabsichtigten Erwerb verneinte das Gericht.

Eine Konferenz der Bibliothekare in der Arbeiterbewegung

Am gestrigen Abend im Livost statt. Der Einladung der hiesigen Zentralleitung der Arbeiterbibliotheken waren zahlreiche Parteitagdelegierte erschienen, um darüber zu beraten, wie das Arbeiter-Bibliothekwesen am besten zu fördern sei. Genosse G. Hennig hielt einleitend eine Ansprache, in der er vor allem die ungeheure Zersplitterung im Bibliothekwesen bedauerte. Die Zersplitterung sei der Entwicklung hindernd im Wege. Im Bibliothekwesen sei die Großzügigkeit zu vermessen, eine große Anzahl von Gewerkschaftsbibliotheken könne sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen, ihre Bücher einer Zentralbibliothek einzuverleiben. In dieser Beziehung wöhne vielen Gewerkschaften noch ein gut Teil spezialbürgerlicher Geist und Partikularismus inne. Nach der von der Generalkommission veranlasseten Enquete bestanden gegenwärtig in 374 Orten gemeinsame Bibliotheken, in 58 Orten sind Lesezimmer eingerichtet. Allerdings hätten von 588 befragten Gewerkschaftsleitungen nur 430 geantwortet. Die Statistik sei jedoch bedauerlicherweise nicht ausgedehnt worden auf die Zahl der vorhandenen Bände und die Frequenz. Eine private Umfrage des Genossen Hennig ergab folgendes Resultat: Von 700 befragten Orten sind bis Anfang September von 308 Orten Antworten eingelaufen. Darnach sind in 242 Orten Zentralbibliotheken vorhanden, die bei einer Gesamtbandenzahl von 213 250 Bänden im Jahre 1908 388 407 Entlehnungen erzielten. Außerdem sind in 64 Orten Bibliotheken vorhanden, die nicht zu einer Zentralbibliothek vereinigt sind. Diese haben bei einem Bänderbestand von 104 179 Bänden im Jahre 1908 221 145 Entlehnungen erzielt. Insgesamt haben die Organisationen in diesen 308 Orten 317 488 Bücher im Besitze, die im Jahre 1908 608 532 Mal entlehen worden sind. Die Statistik ist allerdings unvollständig, da bedeutende Städte (auch Berlin) die Fragebogen unbeantwortet ließen. Der Redner legte sodann eine Statistik vor, in der die Orte aufgezählt wurden, die die größte Bibliothekfrequenz haben. Wir lassen die gemachten Angaben folgen: Im Jahre 1908 waren in Leipzig 28 115 Bände vorhanden, entlehen wurden 121 593; Hamburg 20 000 (44 738), Dresden 14 013 (30 784), Frankfurt am Main 5000 (23 071), Lübeck 4828 (20 812), Garburg a. E. 3000 (10 040), Bielefeld 6100 (10 287), Stuttgart 7300 (10 408), Altona 2721 (15 610), Köln a. Rh. 3022 (15 317), Brandenburg a. S. 2075 (12 750), Bremen 10000 (12 000), Mannheim 2000 (10 787), Magdeburg 5180 (10 510), Wittweibla 1000 (9 570), Erfurt 2000 (8 448), Arelfeld 2248 (8 890), München 6353 (8 020), Stettin 4145 (6 680), Paderb. i. V. 2700 (6 030). Auch auf technischem Gebiet ist die Zersplitterung in den Arbeiterbibliotheken ungemein groß und eine Quelle stetigen Verrgers. Redner bespricht dann verschiedene Mängel, die verschiedenen Ausleihsysteme, Unschicklichkeit der Formulare usw. Er bittet die Anwesenden, sich eifrig an der Diskussion zu beteiligen, neue Anregungen zu geben und dem Bibliothekwesen neue Wege zu öffnen.

Von allen Rednern wurde anerkannt, daß das Bibliothekwesen noch sehr im Argen liege und daß eine von maßgebender Stelle einberufene Konferenz sich über die Mittel klar werden müsse, eine Besserung herbeizuführen. Leider ging die Diskussion zu sehr in die Breite, was zu bebauern ist. Wohl erkennen wir an, daß alle Redner bestrebt waren, nur das Beste für das Bibliothekwesen zu wollen, aber wir sind der Ansicht, daß nicht alles auf einmal geschaffen werden kann. Es wird systematisch auf eine Besserung der Verhältnisse hingearbeitet werden müssen. Von dieser Meinung ging wohl auch Genosse Kagenstein aus, der einen Antrag einbrachte, der dem Parteitag unterbreitet werden soll. Er lautet:

Der Parteivorstand wird beauftragt, in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Bildungsausschuß unter Heranziehung weiterer Fachleute über die Vereinheitlichung und bessere Ausbarmathung des Arbeiter-Bibliothekwesens zu beraten.

Ran hat der Parteitag das Wort.

Die Frau in der Armenpflege. Der bayrische Minister des Innern veröffentlichte im Amtsblatt einen Erlaß, in dem es heißt: Die günstigen Erfahrungen, die insbesondere in außerbayrischen Gemeinden mit der Mitwirkung von Frauen bei der öffentlichen Armenpflege gemacht worden sind, lassen es wünschenswert erscheinen, daß sich auch die Gemeindebehörden und Armenpflegschaftsräte dieser Mitwirkung in weitgehendem Maße bedienen.

Bewegung der Bevölkerung in den Großstädten. In Berlin starben in der Woche vom 29. August bis zum 4. September an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 99, Tuberkulose 75, Krankheiten der Atmungsorgane 47, Keuchhusten 11, Scharlach 10, Diphtherie und Krupp 3, Typhus sowie Kindbettfieber je 2, gewaltfam 13, sonst 250, insgesamt 519; in Hamburg starben an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 33, Tuberkulose 20, Krankheiten der Atmungsorgane 13, Keuchhusten 5, Diphtherie und Krupp 4, Scharlach 13, gewaltfam 13, sonst 118, insgesamt 207; in Dresden starben an Tuberkulose 20, Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 19, Atmungsorganen 8, Keuchhusten 2, Diphtherie und Krupp sowie Scharlach je 1, gewaltfam 4, sonst 61, insgesamt 122; in Leipzig an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 69, Tuberkulose 12, Malaria und Mitlein 3, Keuchhusten sowie Diphtherie und Krupp je 1, gewaltfam 6, sonst 64, insgesamt 162; in Breslau Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 98, Tuberkulose 85, Atmungsorganen 11, Diphtherie und Krupp sowie Keuchhusten je 3, Scharlach sowie Kindbettfieber je 1, gewaltfam 9, sonst 87, insgesamt 243; in Aöln Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 69, Atmungsorganen 11, Tuberkulose 10, Keuchhusten 6, Malaria und Mitlein 5, Scharlach 4, Diphtherie und Krupp 2, gewaltfam 6, sonst 69, im ganzen 172; Frankfurt a. M. Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 33, Tuberkulose 9, Atmungsorganen 8, Scharlach 2, gewaltfam 7, alle übrigen 40, insgesamt 99.

Dienliche Abhaltungen und die Pflichtfeuerwehr. Im Regulateiv der Pflichtfeuerwehr zu Stolpen sind wie in anderen Städten als triftige Entschuldigungsgründe für das Fernbleiben von einer Übung u. a. nachweislich dienstliche Abhaltungen angeführt. Der 28. Jahre alte Kutscher Penzel des Baumeisters Wilemann sollte eines Sonntags zu einer auf den Vormittag angelegten Feuerwehr-Übung erscheinen, holte aber seinen Arbeitgeber zur Zeit der Übung auf dessen Anordnung vom Bahnhof ab und mußte ihn noch nach Altschiff fahren, obwohl er seinem Herrn gesagt hatte, daß er zur Übung erscheinen müsse. Als S. von Altschiff zurückkehrte, war die Übung vorüber und er erhielt eine Strafverfügung über 1 Mk. eventuell 1 Tag Haft. Penzel beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht Stolpen sprach ihn frei mit der Begründung, die Ausführung des Auftrages seines Herrn sei ein triftiger Entschuldigungsgrund für Penzel gewesen, es könne ihm nicht zugemutet werden, durch Ablehnung des Auftrages seines Herrn seine Existenz als herrschaftlicher Kutscher zu gefährden. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urteil Berufung ein, aber auch das Landgericht Baugen gelangte zur Freisprechung mit der Begründung, Penzel sei als „Angestellter“ im Sinne des

Regulativ zu betrachten. „Angestellte“ seien nicht nur Beamte, sondern alle in einem festen Dienstverhältnis stehenden Leute. S. habe in erster Linie den dienstlichen Auftrag seines Herrn zu erledigen gehabt, sein Entschuldigungsgrund sei also ein triftiger Grund gewesen. Um aber in Zukunft zu verhindern, daß jeder Dienstherr seinen Untergebenen durch Erteilung eines Auftrags einer Pflichtverweigerung entziehen könne, empfahl das Gericht die Aufnahme eines Paragraphen in das Regulativ, der Dienstherren mit Strafe bedroht, die ohne zwingenden Grund Untergebene von der Teilnahme an der Übung abhalten.

Rentenberechnung für städtische Arbeiter. Auf eine Rundfrage der Zentralstelle des Deutschen Städtetags haben sich die großen deutschen Städte mit der Anrechnung von Invaliden-, Alters- und Unfallrenten städtischer Arbeiter auf den Arbeitslohn beschäftigt. Eine Fülle interessanter und bemerkenswerter Materialien ist da zusammengetragen worden. In Berlin, Altona, Königsberg und Leipzig und zahlreichen anderen Städten werden die Renten nicht angerechnet, dagegen erhalten die betreffenden Arbeiter eventuell wegen der beschränkten Arbeitsfähigkeit geringeren Lohn. (1) In Köln und Düsseldorf hat man über die Rentenanrechnung mit Absicht keine Bestimmungen festgesetzt; den Betriebsleitern ist es überlassen, die einzelnen Fälle zu prüfen und nach Billigkeit zu verfahren. Ebenso ist den städtischen Betrieben in Dortmund zwar empfohlen, Rentempfangern nicht mehr den vollen Lohn zu zahlen, jedoch soll die Höhe des Lohnes je nach den Umständen bestimmt werden. Nur Invaliden- und Unfallrenten werden angerechnet in Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim. Die Altersrente wird nicht angerechnet, weil sie ohne Rücksicht auf die Erwerbsfähigkeit, also nicht zum Erlasse des Lohnausfalls gewährt wird (bezw. mit Rücksicht auf das hohe Alter der Rentner). Dresden rechnet nur Unfallrenten an, aber nur bis zur Höhe des früheren Lohnes, in der Erwägung, daß die Unfallrente für Verringerung des Arbeitsgewinnes entschädigen und den Empfänger weder schlechter noch besser als vorher stellen soll. Bonn, Breslau, Stettin und eine Reihe anderer Städte rechnen ihren städtischen Arbeitern die Alters-, Unfall- und Invaliditätsrenten ganz auf den Arbeitslohn an, für Stettin war maßgebend, daß ein nur teilweise erwerbsfähiger Arbeiter in seinen Bezügen nicht besser gestellt sein dürfte als ein völlig erwerbsfähiger. Breslau läßt die Anrechnung zu, weil sie ihren über 10 Jahre beschäftigten Arbeitern, wenn sie wieder leistungsfähig werden, den Lohn nicht kürzt.

Unfälle. Ein Motorfahrer fuhr heute vormittag am Blücherplatz gegen einen Sanbwagen. Der Motorfahrer fiel in großen Bogen gegen eine Laterne und trug schwere innere Verletzungen und einen Bruch des linken Handgelenkes davon. Das 34jährige Töchterchen eines Musikers im Osten fiel heute früh die Treppe hinab und erlitt schwere Verletzungen. An einer Laderampe des Güterbahnhofes an der Blücherstraße kam gestern ein 28 Jahre alter Bahnarbeiter beim Wegschieben einer Last schwer zu Schaden. Der Mann rutschte aus und erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch. Er wurde in das Krankenhaus übergeführt. Auf der Straßenkreuzung Mathausring-Burgstraße fuhr gestern mittag ein Kraftwagen an einen Kraftwagen an. Dabei wurde das Kraftweib erhebtlich beschädigt. Das Verschulden traf dessen Führer. Zu einer Messerfehde kam es gestern in den Nachmittagsstunden auf dem Freiabebahnhof. Zwei Arbeiter gerieten miteinander in Streit, wobei der eine das Messer zog und seinen Gegner in die linke Schläfengegend stach.

Zeugen gesucht. Am Rospitz, an der Einmündung der Sternwartenstraße, wurde am 3. September ein 11jähriger Knabe von einer Kraftdroschke umgefahren, wobei der Knabe einen Schädelbruch erlitten hat, an dessen Folgen er verstorben ist. Etwalige Zeugen dieses Unfalls werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Selbstmorde. Im Pleinmühlgraben im Connewitzer Holze wurde gestern der Leichnam eines unbekanntem jungen Mannes aufgefunden. Der Toie ist etwa 18 bis 18 Jahre alt, untermittelgroß, hat dunkles Haar und trug einen dunklen Jackettanzug, blaue gestreifte Barchenthemd, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe. Die Strümpfe sind B B gezeichnet.

Vergangene Nacht hat in der GutsMuthstraße ein 38 Jahre alter Ausländer krankheitshalber den Versuch gemacht, sich durch Erhängen zu entleeren. Dies wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt. Der Unglückliche fand Aufnahme im Krankenhaus. Ferner wurde heute früh im Connewitzer Holze der in der Pleiße angeschwommene Leichnam einer unbekanntem weiblichen Person gelandet.

Gestern erhängte sich ein Schuhmacher in Stötteritz in der Christian-Weiße-Straße. Was den Mann zu diesem Schritt getrieben hat, konnte nicht festgestellt werden.

Verhaftet wurde ein 18jähriger Bäderlehrling, auf den der Verdacht fällt, aus einem Votal in der Dresdner Straße eine Geldkassette mit Inhalt gestohlen zu haben. Verhaftet wurde ferner ein 18jähriger Exzeptionist, dem die Entwendung einer eisernen Kassetten mit 240 M. aus einem Kontor in der inneren Stadt zur Last fällt.

Gestohlen wurde aus einem Fremdenzimmer eines Gasthauses in der Großen Fleischergasse ein Ober- und ein Unterbett sowie ein Kopfkissen, in der Painstraße von einem Wagen ein Kasten mit graubraunem Plüsch, am Bayerischen Bahnhof ein zweirädriger, hellblau gestrichener Handwagen mit der Firmenbezeichnung G. Schneider, am Ostplatz ein Fahrrad Marke Nr. 45200 und in der Funkenburgstraße ein Rad der Marke Sturmvoegel Nr. 129472. Ferner entwendeten Diebe aus einer Wohnung der Rindstraße eine Anzahl Schmucksachen, darunter eine goldene und eine silberne Brosche, eine vierreihige Korallenkette, einen goldenen Damening mit rotem Stein und eine goldene kurze Damenuhrkette, ferner aus einem Kontor in der Reubnitzer Straße unter erschwerenden Umständen 110 Mark und aus

einem Keller in der König-Johann-Straße eine Anzahl Flaschen Sekt und Rotwein. — Herrenlos aufgefunden wurde in der Möllauer Straße ein aufgebrodener Zigaretten-Automat. Wahrscheinlich ist dieser irgendwo gestohlen worden.

In einem Warenhaus am Königsplatz wurde ein 12jähriges Schulmädchen bei einem Diebstahl abgefaßt.

Aus der Umgebung.

Borsdorf. Wasserversorgung. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich gestern Abend mit der Eingabe des Borsdorfer Gemeinderates befaßt. Der Gemeinderat bittet um Versorgung der Gemeinde Borsdorf mit Wasser vom neuen Leipziger Wasserwerk. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Pollender trat warm für die Eingabe ein, die schließlich einstimmig dem Rate zur Kenntnisnahme überwiesen wurde. Den Ausführungen Pollenders wurde nicht widersprochen, es ist also anzunehmen, daß die Stadtverordneten einstimmig der Borsdorfer Eingabe sympathisch gegenüberstehen. Aber auch der Rat ist nicht grundsätzlich dagegen, er will nur, wie aus einer Mitteilung der Kreisbauhauptmannschaft an den Borsdorfer Gemeinderat hervorgeht, bevor er seine Zustimmung gibt, die Gewißheit haben, daß das neue Wasserwerk genügend Wasser gibt. Dies unterliegt keinem Zweifel. Es ist also zu erwarten, daß die Bemühungen des Borsdorfer Gemeinderates um Beschaffung von gutem Trinkwasser von Erfolg gekrönt werden.

Tauscha. In der am Freitag im Schützenhause stattfindenden öffentlichen Versammlung wird der Parteilagsdelegierte Genosse Rudolf aus Frankfurt a. M. über Reichs- und Landespolitik sprechen. Es ist Ehrenpflicht jedes Arbeiters und Parteigenossen, für einen Massenbesuch dieser Versammlung zu sorgen. Die Früchte des Schnapsbundes, die jetzt jedem in Gestalt von Verteuerung der meisten Volksnahrungsmittel und Genussmitteln fühlbar werden, und die bevorstehende sächsische Landtagswahl mit ihrem Vierklassenwahlrecht, das das arbeitende Volk von jeder Mitarbeit bei der sächsischen Gesetzgebung ausschließen soll, sind Grund genug, für eine imposante Versammlung zu sorgen. Jede über 18 Jahre alte Person von Tauscha und Umgegend ist eingeladen.

Madau. Geschlossen. Die Gemeindeverwaltung, die Sparkasse und das Standesamt sind Montag, den 20., und Dienstag, den 21. September d. J., wegen Reinigung der Diensträume geschlossen. Nur dringliche Standesamts-Angelegenheiten können an den beiden Tagen, in der Zeit von mittags 12 bis um 1 Uhr erledigt werden.

Feueralarm. Um Beunruhigungen vorzubeugen, gibt der Gemeindevorstand bekannt, daß die hiesige freiwillige Feuerwehr und die Pflichtfeuerwehr an den nächsten Tagen in den Abendstunden zu einer Übung gerufen werden. Zu diesem Zwecke werden Alarmsignale ertönen.

Scheubitz. Ein Opfer einer mangelhaften Erziehung ist der schon viermal wegen Diebstahls verurteilte 21 Jahre alte Arbeiter Simon aus Scheubitz, der jetzt abermals zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Simon, der von Jugend auf verwahrlost war, wurde, nachdem die Vorstrafen nicht die nach Ansicht der deutschen Richter „bessernde Wirkung“ gebracht hatten, endlich, aber leider zu spät, einer Fürsorgeanstalt übergeben, aus der er vor kurzem wieder entlassen worden ist. Ohne Mittel sah er sich wieder in die rauhe Wirklichkeit veretzt, ohne Aussicht, als „Gezeichnete“ lohnende Beschäftigung zu finden und sich ehrlich durchs Leben zu schlagen. In der Nacht zum dritten Pfingstfesttag brach er in einem Geschäft in Glesitz ein. Er hatte es dabei auf Geld abgesehen; da er jedoch keins in der Kasse fand, nahm er nur zwei elektrische Taschenlampen und ein Grammophon nebst 25 Platten mit. Auf dem Heimweg ließ er in der Freude seines Herzens den Musikapparat vor einem ihm begegnenden Bekannten, einem Postillon, spielen. Diese Unvorsichtigkeit führte später zur Entdeckung des anfangs nicht in seiner Person vermuteten Einbrechers. Vor seiner Verhaftung führte Simon indes noch einen zweiten Diebstahl aus, indem er in Wahren aus einer offen stehenden Baubude ein Fahrrad entwendete. Er hatte sich jetzt vor der Strafkammer in Halle zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen den „Frühverdorbenen“ vier Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Die Strafkammer billigte Simon aber mildernde Umstände zu und erkannte auf zwei Jahre Gefängnis ohne Nebenstrafen.

Gaußsch. Spülung des Wasserrohrnetzes. Freitag, den 17. September, von nachmittags 6 Uhr ab wird eine Spülung des Rohrnetzes der hiesigen Wasserleitung erfolgen. Das Wasser wird danach auf einige Stunden nicht einwandfrei sein. Es dürfte sich deshalb empfehlen, genügend reines Wasser vor Beginn der Spülung aus der Leitung zu entnehmen.

Gaußsch. Der Konsumverein für Gaußsch und Umgebung hielt im Neuen Gasthof zu Gaußsch seine Jahresversammlung ab. Der Geschäftsführer Schmalz erlittete zunächst einen ausführlichen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 670. Umgelegt wurden trotz der fühlbar gewordenen Krise in den 3 Verkaufsstellen 238 000 M.; doch verbleibt gegen das Vorjahr immer noch ein Rückgang in Höhe von 14 910 M. Die Fleischerei hat allein einen Ausfall von 8 548 M. zu verzeichnen. Der Geschäftsführer beleuchtete weiter die Folgen der erst kürzlich abgeschlossenen Finanzreform, die noch nicht voll in die Erscheinung getreten sind, da einzelne Termine des Inkrafttretens einzelner indirekter Steuern für die kommenden Monate vorgezogen sind. Welter gab er eine Uebersicht über die Entwicklung der Großeinverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Der Verein setzte im Berichtsjahre bei diesem Institut 40 100 M. um. Der Kassierer Bauer erläuterte den gebrauchten vorliegenden Rechenschaftsbericht und ersuchte die Versammlung, den Anlegung eines Grundstücks-Reservefonds ihre Zustimmung zu geben. Das geschah gegen wenige Stimmen.

Genosse Paul Schenk brachte noch einige Ergänzungen zum Geschäftsbericht und wünschte, daß den Verein getroffenen Unterstützungs-Einrichtungen mehr Beachtung geschenkt werde. In der Debatte wurden noch verschiedene andere Angelegenheiten erörtert. In den Ausschüssen wurden die Genossen Paul Schenk und Friedrich Kluthmann wiedergewählt. Als Ersatzleute wurden die Genossen G. Schmidt, M. Buse und D. Hilbert gewählt.

Wölflitz-Ghrenberg. Vermischt. Seit gestern früh wird ein sechsähriger Knabe aus der Eisenbahnstraße vermisst. Alle Nachforschungen sind bis jetzt erfolglos gewesen. Das Kind ist in der Entwicklung etwas zurückgeblieben aber kräftig gebaut. Der linke Arm ist etwas kürzer als der rechte. Die Augen sind blau, die Haare dunkelblond. Bekleidet war der Knabe mit grauer Hose und Jacke, rot- und blaugewürfelter Schürze und rot- und blaugelbten Strümpfen. Etwalige Wahrnehmungen über den Verbleib des Kindes sind im Gemeindeamt zu melden. — Steuerbücher. Im Gemeindeamt werden zur Bequemlichkeit für die Steuerzahler Steuerbücher ausgegeben, die die Fälligkeitstermine sämtlicher Staats- und Gemeindesteuern enthalten und für 15 Jahre eingerichtet sind. Die Bücher werden zum Preise von 16 Pfg. abgegeben.

Großhauher-Windorf. K a t u r l a d e n s c h l u ß. Mehr als zwei Drittel der beteiligten Inhaber offener Verkaufsstellen haben sich für die Einführung des Kauturladenschlusses erklärt. Auf Grund dieses Resultates hat die Kreisbauhauptmannschaft folgende Verordnung erlassen: Die offenen Verkaufsstellen im Handelsgewerbe in der Landgemeinde Großhauher-Windorf müssen auch in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Diese Anordnung tritt außer Kraft: 1. Bei unvorhergesehenen Fällen, 2. an allen Vorabenden von Sonn- und Festtagen, 3. an den letzten beiden Sonntagen vor Weihnachten, 4. fünf Tage vor Ostern, sechs Tage vor Pfingsten, 14 Tage vor Weihnachten und je am Tage vor dem Johannistfest und Neujahrstage, 5. an denjenigen Tagen, die die Amtshauptmannschaft Leipzig gemäß § 139a Absatz 2 Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung bestimmen wird. Die Vorschriften der §§ 139a und 139d des angezogenen Gesetzes werden durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt. Als beteiligte Geschäftsinhaber sind anzusehen alle Inhaber offener Verkaufsstellen im Handelsgewerbe in der Landgemeinde Großhauher-Windorf. Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen auf Grund gewärtiger Anordnung geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waren der darin geführten Art sowie das Festhalten von solchen Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe — sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen — verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Zuwiderhandlungen unterliegen der Strafbestimmung in § 148a der Reichsgewerbeordnung. Die Anordnung tritt am 1. November 1900 in Kraft.

Zwenkau. Die Expedition des Stadtrats sowie des Standesamtes bleiben wegen Reinigung Sonnabend, den 18. September geschlossen.

Zwenkau. Arbeiter! Parteigenossen! Freitag, den 17. September findet abends 8 Uhr im Adler eine öffentliche Versammlung statt. Sorgt dafür, daß dieselbe gut besucht wird. Alle Personen beiderlei Geschlechts über 18 Jahre haben Zutritt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stockholm, 18. September. Dem Vorwärts wird über die Situation in Schweden gemeldet: Die Erledigung der Konflikte außerhalb des Arbeitgebetvereins nimmt ihren ruhigen Fortgang. Die Bäckerunternehmer in Malmö haben ihre Forderungen zurückgezogen, so daß hier die Angelegenheit erledigt ist. In Stockholm werden Verhandlungen zwischen den Bäckermeistern und den Bäckerarbeitern geführt. Kleinere Demonstrationen fanden gestern Abend gegen die Streikbrecher statt. Die Straßenbahngesellschaften geben bisher nicht nach. Cederborg stützt immer noch die Gesellschaften in ihrem Vorhaben, indem er sie als nicht unter die Vereinbarung gehörend hinstellt. Das Mathausgericht hat den Genossen Gustafsson zu zwei Monaten Zuchthaus wegen seiner Demonstrationen bei Wikans verurteilt. Gustafsson hatte eine Resolution zur Annahme verlesen, die eine Mahnung an die Eisenbahner, sich dem Ausstände anzuschließen, enthielt. Der Umfang des Kampfes ist fortan unverändert. Das Bedürfnis nach Unterstützung ist naturgemäß ein großes.

Nur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Aussträgers, als auch der Name der Abonnenten vorzumerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unrichtige Zustellung, die wir direkt an die Expedition erheben, wolle man den Namen des Aussträgers mit angeben. Die Expedition.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.

Wissen Sie, wie Sie zu billigem Kaffee kommen?

Sehr einfach! — Sie nehmen halb guten Bohnenkaffee und halb Kathreiners Malzkaffee und kochen ihn nach folgender Vorschrift:

1 Lot Kathreiners Malzkaffee mit 1 Liter kaltem Wasser ansetzen, einige Minuten kochen lassen und dann mit dem kochenden Malzkaffee langsam 1 Lot gemahlene Bohnenkaffee überbrühen.

So erhalten Sie ein vorzüglich schmeckendes, billiges und — bekömmliches Getränk.

KIOS -Alson 2 Kurprinz 3 Bismarck 3 1/2 Pfg.
Nexas 2 Abu Sekkim 3 Jockey 3 1/2 Pfg.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

Gebt den Blinden Arbeit! Dem geehrten Publikum werden empfohlen: als Rohrstuhlbesetzer u. Bürstenmacher: Ehep. Peinisch, Sebastian-Bach-Str. 17. P. v. r. W. Paul, El. Köhner-Str. 55. Wirsing all. Art vorrät. Alara Bed. El. Josephstr. 31. II. Martha Kaminte, Schleiß, Brodhaustr. 40. Dsw. Ulrich, Neuschönef., Melanchthonstraße 3. II. r. P. Muhe, Kupfergasse 10. I. Als Klavierstimmer: A. Schulze, Bayerische Str. 44. S. II. Als ärztlich ausgebildeter und gepulvter Masseur: W. Breitschneider, Königsstr. 6. S. II. Th. Wunderlich, Eutritzsch, Wittenberger Straße 51. (S129)
Verein f. erwerbslohe, Blinde, Leipzig, Tauschaer Str. 6 (Hausväterheim).



Touristenaschen, Hundsfäden
zu Bergtouren unentbehrlich
empf. in größter Auswahl von 1.25 M an
sowie sämtliche [2574]
Reisefartikel und ff. Lederwaren
Windmühlen- Tauschaer
strasse 32 Karl Bleich Strasse 16
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schuh- und Reiseartikel.

Möbel
Anerkannt billigste Bezugsquelle, daher Brautleuten ganz besonders zu empf. Auch einzelne Möbel spottb.
L. LINDENAU
48 Mersburger Str. 48
Eduard Walther
Tel. 10213.
Transport frei.

J. Kindermann
9 Salzgässchen 9
Spezial-Geschäft
eleganter Herren-Kleider u. Monats-Garderobe.
Empfehle hochf. Perdest- u. Winter-Paletots, Jacketts, Rock-Anzüge, Beinkleider zu soi. Preisen. Auch w. el. Stad- u. Gesellschaft-Anz. verl.
Vogelfutter
Mürok, Same; 6 St., Gt., Markt 12.*

Sozialdemokratischer Parteitag.

Mittwoch, 15. September 1909.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Kommissionsbericht über Änderung des Organisationsstatuts nebst den Anträgen 9, 10 bis 298, 297, 298 und die Resolution 295.

ParteiSekretär Ebert: Ueber die Bedeutung der Parteiorganisation sind wir uns alle einig. Die Organisationsfrage ist stets mit großer Lebhaftigkeit, aber auch mit großer Sorgfalt behandelt worden. Im allgemeinen können wir von einer ruhigen, gelassenen, aber sicheren Entwicklung unserer Organisation sprechen. Der vorjährige Parteitag hat der Kommission bei der Aenderung des Statuts völlig freie Hand gelassen, aber im großen und ganzen konnte die Kommission sich auf Ausführung der in den Anträgen gegebenen Anregungen beschränken. Sie bestand aus 21 Mitgliedern, zu denen noch zwei Vertreter des Parteivorstandes traten. Ergebnis der Verhandlungen ist der am 10. Februar in der Parteipresse veröffentlichte Entwurf. Der Entwurf ist lebhaft erörtert worden, und hat auch einer vom Parteivorstand veranstalteten Konferenz der Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen vorgelegen. Dann hat die Kommission nochmals beraten und alle Vorschläge berücksichtigt. An den trefflich bewährten Grundlagen der in Jena geschaffenen Organisation sind keine wesentlichen Änderungen vorgenommen worden. Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Einfügung der Frauen in die Organisation, Änderungen des Wahlmodus, des Ausschlußverfahrens usw. Dazu treten formale Änderungen. Daß von nun an die Mitgliedschaft zur Parteiorganisation die Vorbedingung für die Zugehörigkeit zur Partei sein soll, ist nirgends angefochten worden. Die Änderungen zu § 2, daß künftig in mehrere Wahlkreise umfassenden Orten die Zugehörigkeit zur Wahlkreisorganisation örtlich geregelt werden soll, ist durch die Praxis geboten. Es gibt großstädtische Kreise, die die dauernde Mitgliedschaft der Parteigenossen der benachbarten Wahlkreise in Anspruch nehmen müssen. Weiter soll in § 2 bestimmt werden, daß in jedem Orte nur ein Ortsverein gegründet werden darf, während es bisher hieß, daß in allen Orten des Kreises Ortsvereine gebildet werden können. Den Ortsvereinen muß, wenn sie auch sehr gut Unterabteilungen der Wahlkreisorganisationen bilden können, eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben werden. Bildungsbestrebungen, Jugendbewegung, sozialpolitische Arbeiten stellen an das geistige Leben in den örtlichen Parteiorganisationen große Ansprüche. Die Anträge auf Einschränkung der Besugnisse der Ortsvereine standen zu sehr unter dem Eindruck eines gewissen Einzelvorkommnisses. Es genügt, wenn bestimmt wird, daß die Ortsvereine als Unterabteilungen der Wahlkreisorganisationen sich deren Beschlüssen zu fügen haben. Durch den Namen Ortsgruppe ändert man doch gar nichts. Also wozu eine gebräuchliche Bezeichnung abändern. Ueber § 4 ist heftig diskutiert worden; die Kommission hat aber zuletzt mit allen gegen vier Stimmen das Festhalten an der Fassung des ersten Entwurfs beschlossen. Es handelt sich um die Verpflichtung der Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, diesen eine Vertretung im Vorstand zu gewähren. Mehrere abgewandene Fassungen wurden vorgeschlagen. Wir sind aber im Einklang mit Leitern großer Bezirksorganisationen der Meinung, daß ein lauter Druck doch vielfach ausgedrückt werden muß, um die Vorstände zu bewegen, ihren kleinbürgerlichen Adam in der Hinsicht auszuweichen. Bei der großen Bedeutung der Frauenbewegung für unsere Partei ist es nötig, keine ausschließlichen Interessen zu lassen. Wir bedürfen zu unserer Aufklärungsarbeit unter den Frauen dringend einer Anzahl wohlgegebener Genossen. Die beste Schulung aber ist die Beteiligung zur praktischen Arbeit in den Organisationsvorständen. Ich möchte also dringend um Zustimmung zu der von uns gewählten Formulierung bitten.

Im § 5 ist die Bestimmung über die unentgeltliche Lieferung der Gleichheit an die Frauen wieder gestrichen. (Zustimmung.) Selbstredend ist es wünschenswert, daß die Organisationen ihren weiblichen Mitgliedern die Gleichheit zugänglich machen. Aber die Materie gehört nicht ins Gesamtstatut der Partei. Auch Genossin Jettin ist durchaus dieser Meinung. — § 6 bringt dann weiter die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrags. Eine große Anzahl Organisationen erheben so niedrige Beiträge, daß damit offenbar die Aufgaben der Organisationen nicht erfüllt werden können. Ueber die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrags war man einer Meinung. Unter 50 Anträgen wollen nur zwei den alten Zustand noch aufrechterhalten. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur über die Höhe des festgesetzten Mindestbeitrags. Eine erhebliche Minderheit trat für einen Wochenbeitrag von 10 Pfg. ein. Die Vertreter der Bezirke mit 20 Pfg. Monatsbeitrag bezeichneten das als einen zu großen Sprung. Der wöchentliche 10-Pfg.-Beitrag hätte für 60 Prozent der männlichen Organisierten eine Erhöhung bedeutet. Wir haben gar keine Veranlassung, in den Organisationen endlose, breite Beitragsdebatten zu entfesseln. Unser Vorschlag, einen Monatsbeitrag von 30 Pfg. zu normieren, wird für etwa 100 000 Organisierte eine Beitragserhöhung um durchschnittlich 10 Pfg. pro Monat herbeiführen. Das bedeutet für die Gesamtpartei eine jährliche Mehreinnahme von etwa 100 000 M., also immerhin einen ganz erheblichen Fortschritt. Ferner bedeutet unser Vorschlag Durchsührung der sehr nötigen Einheitlichkeit und Ordnung in unserem Beitragswesen. Er erleichtert die Kontrolle und stärkt dadurch schon die Einnahmen der Zentralkasse ganz erheblich. (Sehr richtig!) Selbstredend würden wir noch lieber den Wochenbeitrag von 10 Pfg. haben. Ich aber werde, wie gesagt, der Sturm zu groß, und so bitten wir denn den Parteitag, sich mit Annahme der Resolution 295 zu begnügen, die auf baldmöglichste Einführung des 10-Pfg.-Wochenbeitrags dringt. Für die weiblichen Mitglieder schlagen wir einen Monatsbeitrag von 15 Pfg. vor. — Ferner schlagen wir vor, im § 5 zu sagen, daß von den erhabenen regelmäßigen Mitgliederbeiträgen mindestens 20 Prozent an die Zentralkasse abzuführen sind. Damit soll dem weitverbreiteten Unfug vorgebeugt werden, daß ein niedriger Grundbetrag erhoben wird, um die Verpflichtung gegenüber der Zentralkasse möglichst niedrig stellen zu können, während die betreffende Organisation

dann noch einen Zuschlag erhält, von dem sie keine Prozente an die Zentralkasse abführt. Mehr zu zahlen steht den Wahlkreisorganisationen natürlich frei. (Weiterkeit.) Dagegen bitte ich dringend, alle Anträge abzulehnen, welche den Organisationen niedrigere Beiträge erlauben wollen. — Die Paragraphen über die Vertrauenspersonen können aufgehoben werden, da diese Institution durch das Vereinsgesetz hinfällig geworden ist. — § 8 schlägt ein einheitliches Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen vom 1. Juli bis 30. Juni vor. Das empfiehlt sich auch im Hinblick auf die Berichterstattung bei den Parteitagen. Entschieden bitte ich, die Normierung auf den 1. April bis 31. März abzulehnen. Bei der guten Einrichtung der Frageformulare reicht die Zeit vom 1. Juli bis zum Parteitag für die Berichterstattung völlig aus. Die bayrischen Genossen wünschen, daß die Kreisorganisationen nicht direkt an den Vorstand, sondern an die Bezirksorganisationen, diese wieder an die Landesorganisationen und erst die Landesorganisationen an die Zentrale berichten sollen: Nun ist gewiß zu wünschen, daß auch die Landesorganisationen, wo solche bestehen, Berichte erhalten. Die bayrischen Wahlkreisorganisationen sollen künftig zwei Berichtsformulare erhalten, damit sie sowohl an den Parteivorstand wie an den bayrischen Landesvorstand berichten. Genosse Kner, der dem bayrischen Landesvorstand angehört, hat sich in der Kommission mit dieser Regelung ausdrücklich einverstanden erklärt. Eine wichtige Aenderung im Organisationsstatut bringt § 7. Wir schlagen vor, daß künftig in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder 1 Delegierter, bis 3000: 2, bis 6000: 3, bis 12 000: 4, bis 18 000: 5, und über 18 000: 6 Delegierte gewählt werden können. Wir wollen natürlich nicht eine Verpflichtung, sondern nur eine Berechtigung einfließen, von dieser Vertretungsnormierung Gebrauch zu machen. Der lange aufrecht erhaltene Boden, jedem Kreise ohne Unterschied 3 Delegierte zuzubilligen, hat sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Wir haben Berechnungen angestellt, woraus sich ergab, daß in Nürnberg auf die erste Gruppe der Delegierten (aus den Kreisen mit 1 Delegierten nach unserm Vorschlag) 845, und auf einen Delegierten der 6. Gruppe (Kreise mit 6 Delegierten) 6172 Mitglieder entfallen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In Essen stellte die erste und zweite Gruppe, die nur ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder umfaßt, die Mehrheit, auf dem Nürnberger Parteitag sogar die übergroße Mehrheit der Delegierten. Von einer schematischen Regelung hat nun wir mit Rücksicht abgesehen. Auf dem platten Lande und den Kleinstädten ist die Organisation schwieriger durchzuführen, und wir haben Sorge getragen, den betreffenden Kreisen auf den Parteitagen einen möglichst weitgehenden Einfluß einzuräumen. Aber das darf nicht so weit gehen, daß schließlich die großen und starken Organisationen, die das Rückgrat der Parteiorganisation sind, von den kleineren und mittleren Organisationen geradezu erdrückt werden. Nach einer von uns aufgestellten Wahrscheinlichkeitsrechnung würden nach dem von uns aufgestellten Modus auf einen Delegierten in der ersten Gruppe 1105, in der zweiten 1000, in der dritten 2957, in der vierten 2414, in der fünften 2010 und in der sechsten 3000 Mitglieder entfallen. Wir glauben nach Lage der Dinge, das Beste mit diesem Vorschlage gefunden zu haben. Die von uns gewähltemäßige Steigerung bewirkt, daß selbst eine erhebliche Mitgliederzunahme eine wesentliche Verschiebung nicht herbeiführen sollte. Wir schlagen ferner vor, daß die Zahl der Mitglieder der einzelnen Organisationen nach den an die Partei abgegebenen Beiträgen berechnet werden sollen. Das wird uns auch eine kontingente, zahlenmäßige Feststellung der Wirkungen dieses Wahlmodus ermöglichen. Wir bitten Sie, sich mit dem § 7 in unserer Fassung einverstanden erklären zu wollen. — Dem Vorschlag, die Delegierten durch die Bezirksorganisationen, statt durch die Kreisorganisationen wählen zu lassen, kann die Kommission nicht beipflichten. Ebenfalls dem Vorschlag, die Wahlen zu den Parteitagen in Form der Urabstimmung vorzunehmen zu lassen. Das letztere würde in nicht wünschenswerter Weise vermindert auf den Besuch der Parteiversammlung wirken. Wer seine Stimme bei den Delegiertenwahlen abgibt, soll über das, was auf dem Parteitag vorgeht, unterrichtet werden. Nun, für einzelne Wahlkreise mag die Urabstimmung sich empfehlen; diesen mag man darin freie Hand lassen. — Würde dem Antrag stattgegeben, die Kosten der Gesamtdelegation zum Parteitag von der Zentralkasse tragen zu lassen, so würde das mehr Geld kosten, als die in Aussicht genommene Erhöhung der Parteibeiträge einbringt. Außerdem würde das dahin führen, daß auch künftig die kleinen Wahlkreisorganisationen die große Mehrheit auf dem Parteitag bilden würden. Wir können auch nicht einer Bestimmung zustimmen, daß etwa nur den kleineren Organisationen die Kosten ersetzt werden sollen. Das wäre ungerecht, und wo wäre da die Grenze? — Ueber den Passus, daß, wenn mehrere Delegierte zu wählen sind, unter ihnen möglichst eine Genossin sein soll, braucht nichts weiter gesagt zu werden. Lebhaft diskutiert ist worden über das Recht der Reichstagsfraktion zur vollberechtigten Teilnahme an dem Parteitag. Schließlich hat die Kommission aber doch mit großer Mehrheit beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, es bei dem bisherigen Modus zu belassen. Die Erfahrungen in anderen Ländern sollten uns auch veranlassen, keine Aenderung eintreten zu lassen. Die Fraktion nur durch eine Delegation vertreten zu lassen, ist außerordentlich schwierig. Andre wieder wollen zwar die ganze Fraktion zulassen, aber ihr nur eine beratende Stimme einräumen. Auch diesem Vorschlag kann die Kommission nicht zustimmen. Vollmar hat schon in Jena hervorgehoben, daß die Fraktion immer nur von ihrem Recht einen sehr mäßigen Gebrauch macht. Durchweg sei nur die Hälfte der Fraktionsmitglieder erschienen. Auch diesmal sind nur 28 von 49 Mitgliedern anwesend, obwohl doch von vornherein feststand, daß große Debatten über die parlamentarischen Vorgänge stattfinden sollen. Dazu kommt, daß innerhalb der Fraktion gewöhnlich sehr große Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Stimmen der Fraktion wohl nie geschlossen abgegeben werden. Man kann nicht einer wesentlichen Gruppe von Parteigenossen eine Art passive Rolle zuweisen. Man soll nicht zwei Klassen von Delegierten schaffen, sondern den Fraktionsmitgliedern das volle Recht der Teilnahme wie bisher lassen. Die Kommission schlägt ferner vor, daß Referenten des Parteitags als Parteitagsteilnehmer zugezogen werden können und will das nicht statutenmäßige, aber sozusagen gewohnheitsrechtliche Teilnahmerecht der Redaktion des Vorwärts wie der Neuen Zeit an Vertretern anderer Parteistatuten ausdehnen. Die Zugehörigkeit soll aber bei der großen Anzahl von Institutionen, die dabei in Betracht kommen, dem Parteivorstand überlassen werden, und die zugezogenen Vertreter sollen nur beratende Stimme haben. Die Änderungen im folgenden Paragraphen sind wesentlich formaler Natur. Die Kommission hat mit Mehrheit beschlossen, das Recht der Reichstagsfraktion auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zu streichen. Man hat ja doch niemals Gebrauch von ihm zu machen brauchen. Dagegen sollen künftig schon 10 Wahlkreisvorsitzende das Recht haben, einen außerordentlichen Parteitag zu beantragen. Im § 14 haben wir die in Nürnberg getroffene Vereinbarung über die Wahl einer Genossin in den Vorstand mit aufgenommen. Im § 19 wird dem Parteivorstand aufgegeben, in wichtigen Fragen die Vorsitzenden der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich zu hören und eventuell eine Konferenz dieser Organisationen ein-

zuberaufen. Selbstredend können diese Konferenzen nicht bindende Beschlüsse fassen. — Zu dem Paragraphen über die Kontrollkommission haben die Straßburger Genossen angeregt, in diese Kommission keine in Abhängigkeit von der Gesamtpartei befindlichen Personen zu wählen. Wir haben noch nicht gefunden, daß solche Genossen in der Kontrollkommission sich in der Vertretung ihrer Auffassung Beschränkung auferlegt haben. Man sollte der Straßburger Anregung um so weniger stattgeben, als man sonst, wie ja bisweilen in Gewerkschaften schon verlagert worden ist, zu einer ähnlichen Bestimmung über die Teilnahme an Parteitagen kommen könnte, was sehr bedenklich sein sollte. — Anträge, dem Vorwärts den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, sind aus sehr guten Gründen und im Einklang mit mehrmaligen Parteitagbeschlüssen von der Kommission einstimmig abgelehnt worden. — Die Frage des Ausschusses aus der Partei ist besonders eingehend geprüft worden. Das bisherige Verfahren belastete zu sehr den Parteivorstand. Wir hatten im letzten Jahre allein 80 Schiedsgerichtssachen zu erledigen. Die Kommission schlägt vor, künftig als erste Instanz die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen zu bestimmen. Als zweite Instanz schlägt die Kommission das Schiedsgericht in der bisherigen Fassung vor. Die endgültige Entscheidung des Parteitags wird man nicht aufhalten können. Die Kontrollkommission wird künftig nicht mehr bei dem Ausschlußverfahren in Frage kommen. Die Mitglieder der Kontrollkommission werden nicht böse darüber sein, im Gegenteil. — Nach der Interpretation von Vollmar als Kommissionsreferenten dürfen die Schiedsgerichte nur ausschließen oder freisprechen, nicht aber Rügen erteilen, von Vertrauensämtern ausschließen usw. Sie haben es aber doch getan, und die Vorsitzenden der Bezirksorganisation als alte Praktiker dringen mit aller Entschiedenheit darauf, daß den Schiedsgerichten künftig auch statutenmäßig dies Recht eingeräumt wird. Dafür schlagen wir vor, auch gegen Rügen ein Berufungsrecht einzuräumen. — Nicht angegriffen ist unser Vorschlag auf Erweiterung der Ausschlußmöglichkeiten. Die Kommission war aber in ihrer Mehrheit unserer Ansicht, daß eine solche Erweiterung dringend notwendig sei. Es müssen auch Sachen zum Ausschluß führen können, die, ohne einen Verstoß gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder eine ethische Handlung zu bedeuten, doch das Parteiinteresse in hohem Maße gefährden. Behauptet man von der einen Seite, wir wollten Regiererei treiben, so wird auf der andern unser Vorschlag Kaufschul genannt. Ein anderer, ein betriebamer Reichsleiter, sprach von „nörgelnder Neuerungsstimmung“, von einem „Wegweiser zur Spaltung der Partei“ usw. Wir haben nochmals über die Sache beraten, und ich bin einhellig beauftragt worden, zu erklären, daß es keinem Kommissionsmitglied einfällt, die Freiheit der Meinungsäußerung in der Partei anzugreifen zu wollen. (Bravo!) Wir haben uns nunmehr auf eine Fassung geeinigt, die, wie wir glauben, allen Einwendungen vorbeugt. „Auch kann der Ausschluß eines Mitglieds erfolgen, wenn es durch befristetes Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitags das Parteiinteresse schädigt.“ In bezug auf die Wiederaufnahme Ausschlußfälliger schlagen wir vor, daß die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, gutachtlich vor der Entscheidung zu hören ist. Wie der Antragsteller, so soll auch die Organisation das Recht haben, die Entscheidung des Parteitags anzurufen. Die bayrischen Genossen wollten nur dem Angeschuldigten das Recht einräumen. Sie sprachen von Einschränkung des staatsanwaltschaftlichen Berufungsrechts. Aber man kann doch nicht unsere Organisation mit der staatsanwaltschaftlich vergleichen, die das Organ der Klassenjustiz ist. Das Berufungsrecht liegt im Interesse eines geordneten Parteilebens.

Ein Antrag von Posen verlangt, Regelung des Verhältnisses der polnischen sozialdemokratischen Partei zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir empfehlen aber, es bei dem bisherigen Verhältnis, das nicht einseitig abgeändert werden kann, zu belassen, und die Posener Anträge abzulehnen.

Alle Einzelheiten des Entwurfs und der zahlreichen dazu vorliegenden Anträge zu besprechen, hätte sich in keiner Weise empfohlen. Die Kommission hat fleißig gearbeitet, um dem Parteitag ein möglichst fertiges Werk vorlegen zu können und ihm so seine Arbeit zu erleichtern. Wir bitten, unsere Vorschläge sachlich zu prüfen und hoffen, daß es durch die Verhandlungen gelingen möge, die Reichen unserer Organisationen enger zu schließen, ihre Schlagfertigkeit zu verbessern, und die wichtigste Waffe im Kampf, um unsere Politik möglichst wichtig zu gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Singers werden mit dem Referat sogleich sämtliche Anträge mit zur Generalsitzung gestellt.

Peus-Deffau regt zunächst an, nach dem Vorgang von Inhalt die Beiträge nach dem Einkommen der Mitglieder zu staffeln. Die Kreise sollen mit Recht die Kosten der Delegation tragen. Dann dürfen aber nicht die Bezirke sie übernehmen. Wir ist a. B. bekannt, daß m. E. unerschwinglicher Weise die Delegationskosten Berlins aus einer Kasse bezahlt werden. Die Vertreterkonferenzen sollten auch Beschlusstrast haben. Der Kontrollkommission sollte man unter gleichzeitiger Vertretung ihrer Mitglieder regionale Zusammensetzung geben.

Sindermann-Dresden bittet um en bloc-Aufnahme des Organisationsentwurfs. Die Staffellung der Beiträge würde zu Steuerhinterziehungsprozessen führen. (Weiterkeit.) Die besser gestellten Parteigenossen leisten sowieso außerordentliches.

Sittmann-Frankfurt a. M.: Der Entwurf bedeutet einen erheblichen Schritt vorwärts, wenn er auch noch nicht allen Anforderungen entspricht. Die Bezirksorganisation muß weiter ausgebaut werden. Dem Unfug, daß einzelne Wahlkreise sich ein besonderes Statut geben, muß gesteuert werden.

Möhlner-Magdeburg weist auf die guten Erfolge Magdeburgs mit dem 10-Pfg.-Wochenbeitrag hin und empfiehlt den Antrag 141, der die Einführung der Urabstimmung nach Bezirken und Listenwahl fordert. Mit dem demokratischen Proporzverfahren, das wir für alle Wahlen fordern, sollten wir doch bei uns selbst anfangen.

Dihmann-Danau: Wir sollten die Beiträge der weiblichen Mitglieder auf das allernotwendigste beschränken. Nach Ueberwindung der Krise werden gewaltige Mehreinnahmen der Zentralkasse zufließen. Wir sind der Ansicht, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft nicht mehr beschließende Stimme auf dem Parteitag haben soll. Die Delegierten der Organisation und nicht eine separate Gruppe wie die Reichstagsfraktion sollen auf dem Parteitag die Entscheidung fällen. Mit den Parteifunktionären sind übrigens nicht 23, sondern 31 Abgeordnete anwesend.

Dittke-Bader-Berlin: Ich bitte um Ablehnung aller Anträge, die die zwingende Bestimmung des § 4 über die weiblichen Vorstandsmitglieder beseitigen oder einschränken wollen. Auf die Genossen, die der Organisation der Frauen noch lässig gegenüberstehen, muß ein gewisser Zwang ausgeübt werden. (Sehr richtig!) Was die Beiträge der Frauen betrifft, so ist die Hauptsache die Aufklärung, nicht aber die Frage, ob 5 Pfg. mehr oder weniger Beitrag gezahlt werden soll. (Sehr gut!) In Berlin waren es nicht die Frauen, sondern die Männer, die für niedrigere Beiträge eintraten. Eine Degradierung der Frau ist es, wenn gesagt wird, der Mann zahlt den Beitrag für sie. Wir Frauen verdienen an dem Beitrag selbst und auch die nicht erwerbsfähigen Frauen ersparen ihrem Mann tausendfüßig die 15 Pfg. dadurch, daß sie die Kinder in unserm Geiße erziehen,

* Der Parteitag wolle beschließen, den wöchentlichen Beitrag für die Mitglieder beiderlei Geschlechts auf 10 Pfg. zu setzen und den weiblichen Mitgliedern die Gleichheit gratis durch die Organisation zu liefern.

Dem § 23 des Statuts ist folgende Fassung zu geben: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge des Programms oder einer ethischen Handlung schuldig macht.“ Der in dem Paragraphen enthaltene weitere Ausschließungsgrund soll wegen der großen Dehnbarkeit gestrichen werden.

Angesichts der fortgesetzten wachsenden Anforderungen an die materielle Leistungsfähigkeit unserer Parteiorganisationen empfiehlt der Parteitag, so bald wie möglich überall einen Wochenbeitrag von 10 Pfg. für männliche Parteimitglieder zur Einführung zu bringen.

(Sehr gut!) Lassen Sie es also bei dem Kommissionsvorschlag. Die einzelnen Kreise können ja einen höheren Beitrag nehmen. In Berlin, glaube ich, wird der Beitrag von 20 Pfg. für die Frauen bestehen bleiben. Was die Vierung der Gleichheit betrifft, so sind die organisierten Frauen so selbstbewußt, daß sie selbst das aufbringen wollen, was für ihre geistige Ausbildung notwendig ist. Die Frauen wollen die Gleichheit gern begreifen, und die Beiträge so gestalten, daß etwas für die Agitation unter dem weiblichen Proletariat übrig bleibt, damit die Frauen zielbewußte Sozialisten werden und die Jugend im sozialistischen Sinne erziehen können. (Lebhafte Beifall.)

Wassal-Ziegel zieht namens der Niedersächsischen Delegierten den Antrag 9 zurück, der durch die Erklärung Eberts erledigt sei, wonach die Ortsvereine sich den Beschlüssen der Kreiswahlvereine unterzuordnen haben.

Jorn-Hilf: An sich wären Wochenbeiträge das Idealste; sie sind auch dort angebracht, wo wöchentliche Zahlungen eingerichtet sind, nicht aber dort, wo, wie in Bayern, lasser werden muß. Ich bin deshalb beauftragt, gegen den Antrag auf einen Wochenbeitrag zu stimmen. Wir müssen angesichts der Depression froh sein, wenn wir mit einer 5-Pfg.-Beitragssteigerung bei den Mitgliedern durchkommen. Doch sind wir bereit, dieser Beitragssteigerung zuzustimmen. Die Anträge auf Übernahme der Delegationskosten auf die Parteikasse lehnen wir ab, dagegen sollen allerdings die Kreise, die nicht in der Lage sind, einen Delegierten zu senden, vom Parteivorstand unterstützt werden. Wir lehnen auch ab, daß Frauen in den Vorstand gewählt werden müssen. Wo befähigte Genossinnen vorhanden sind, werden sie auch in den Vorstand gewählt; ich sehe nicht ein, warum das ausdrücklich als Zwang ausgesprochen werden muß. Ich bin nicht damit einverstanden, daß die Anmeldung der Vorstandswahl in Ortsvereinen beim Parteivorstand zu dem Zwecke geschieht, damit der Parteivorstand als solcher mit den Vereinen direkt in Verbindung treten kann. Das würde nur störend wirken.

Friedrich-Zwickau: Im großen ganzen kann man dem Entwurf der Kommission zustimmen. Ich habe mich gefreut, daß den zehnjährigen Wünschen, die Rechte der Frauen im Vorstand zu beschränken, nicht Rechnung getragen ist. Die sächsischen Wahlkreise erheben mit drei Ausnahmen einen wöchentlichen 10-Pfg.-Beitrag. Wenn das in Sachsen möglich ist, wo das Geld zu Hause ist, warum sollte das nicht in anderen Gegenden Deutschlands möglich sein. Beanstanden möchte ich, daß man nach wie vor der Reichstagsfraktion die vollen Rechte auf dem Parteitag einräumen will. Bei der Debatte der letzten Tage hat die Reichstagsfraktion als solche keine Selbste gesponnen. (Widerspruch und Zustimmung.) Warum soll man der Reichstagsfraktion eine Extrawurst braten. (Sehr richtig!) Wir wollen doch die Zahl von 81 Abgeordneten nicht nur einholen, sondern überholen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn dann die ganze Fraktion anwesend ist, sein möchte, so ist das eine Privilegierung der Fraktion. Was den Ausschluß betrifft, so sollte man ein Wort finden, das zweifellos den Ausschluß festsetzt. (Wolmar: Kleines Sozialistengesetz.)

Gottschalk-Königsberg: Die Bestimmungen über die Delegation befriedigen nicht. Auch fernherhin wird die geographische Lage des Parteitagortes wesentlich mitbestimmend sein für die Zusammensetzung des Parteitages. Die benachteiligten kleineren Orte werden verhältnismäßig in viel größerer Zahl vertreten sein, als die entfernteren, nicht leistungsfähigen Orte. Ich empfehle ihnen daher den Grundgedanken des Magdeburger Antrags und des Königsberger Antrags. Das Ausschlußverfahren bedeutet in der veränderten Gestalt keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Bei dem Verfahren sollten wie bisher auch vom Angeschuldigten bestimmte Männer mitwirken.

Dr. Viehnecht begründet den Antrag 152. Genosse Ebert sprach von der Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung der Fraktion mit der Partei. Das ist richtig, gilt aber auch für die Vertreter der zentralen Presseorgane der Partei. Die Presse ist ein ebenso wichtiger Faktor in unserer Partei wie die Reichstagsfraktion (Sehr richtig!) und darum sollte, was den Mitgliedern der Fraktion 'redt' ist, auch der Vertreter der zentralen Presse billig sein. Nun sollen aber die Fraktionsmitglieder ihr Stimmrecht behalten, während die Vertreter der zentralen Presse keine erhalten sollen. Alles spricht für vollberechtigte Hinzuziehung von Vertretern der erwähnten Presseorgane mit Stimmrecht. Und es empfiehlt sich nicht die Hinzuziehung von dem Parteivorstand abhängig zu machen. Es war bedauerlich, daß im vergangenen Jahre Genosse Kautsky erst in einem andern Wahlkreis delegiert werden mußte, und daß sich allerlei Erörterungen in Presse und Versammlungen daran knüpften. Gewiß läßt sich die Zahl der Vertreter der Institutionen, die eventuell hinzuzuziehen sind, heute nicht begrenzen. Aber das ist kein Grund, die Degradation dieser ungenau wichtigen Parteiorgane aus dem Statut nicht zu beseitigen.

Singer teilt mit, daß noch ein Antrag 274 eingegangen ist. Hennig-Dalle behauptet, daß der Referent kein Wort über den Antrag 267 gesagt hat, der die Urabstimmung über die Beschlüsse des Parteitages einführen will. Wir verlangen im Einlang mit dem Charakter unserer Partei als demokratische Massenpartei, daß wichtige Beschlüsse des Parteitages, von denen nicht zweifellos feststeht, daß sie die Zustimmung der Parteigenossen haben, einer Urabstimmung unterzogen werden. Wir verlangen das Referendum für Staat und Kommune, warum sollen wir es nicht in unserm eigenen Hause einführen? Wir müssen die Garantie haben, Parteitagbeschlüsse den Massen zur Nachprüfung unterbreiten zu können. Denken Sie nur an die Erregung, die entstanden wäre, wenn in Nürnberg ein anderer Beschluß gefaßt worden wäre. Die Urabstimmungen sollen die Entscheidung auf die Massen abwälzen, da doch einmal die entscheidende Schlacht nicht von uns Vertretern, sondern von den Massen geschlagen wird. Die Massen müssen der entscheidende Faktor bei den Beschlüssen sein. (Zuruf: Undurchführbar!)

Schmitt-München: Wir wünschen in erster Linie, daß in § 4 die Bestimmung, daß weibliche Mitglieder den Organisationsvorständen angehören müssen, gestrichen wird. Wir tun das nicht aus Antipathie gegen die Frauen, denn wir haben sofort nach Beseitigung des Hindernisses Frauen in den Vereinsvorstand gewählt, aber der ganze Satz paßt nicht in das Statut einer Organisation, die für die Gleichberechtigung der Frauen ist. Dem Mindestbeitrag von 30 Pfg. stimmen wir zu. Ich betone bei dieser Gelegenheit, daß die gegen die Südbayern erhobenen Vorwürfe in bezug auf die materiellen Leistungen unberechtigt sind. Wir haben die Agitation aus eigenen Mitteln betrieben, es widerspricht uns, auf der einen Seite zu geben, auf der andern zu nehmen. Weiter wünschen wir, daß der Reichstagsfraktion das Recht gegeben wird, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Die Bestimmungen über das Ausschlußverfahren passen uns weder in ihrer ersten, noch in ihrer zweiten Fassung. Es ist von Genossen die Rede, die beharrlich Beschlüssen ihrer Parteioorganisation oder des Parteitages zuwiderhandeln. Solche Genossen sind an sich unmöglich, und es macht auf mich einen demütigenden Eindruck, daß wir solche Bestimmungen treffen sollen. Gerade in erregten Zeiten kann es vorkommen, daß tüchtigen Genossen, die den guten Willen haben und in bester Absicht einem Beschluß zuwiderhandeln, daraus Fingerringe gelegt werden. Auch die sonstigen Bestimmungen über die Schiedsgerichte sind so, daß wir schließlich vor lauter Schiedsgerichten zu keiner praktischen Arbeit mehr kommen. (Sehr wahr!)

Simon-Nürnberg: Ich warne vor der Einführung von Staffelbeiträgen. Der Hinweis auf die Gewerkschaften ist hinfällig, denn die Gewerkschaften zahlen für höhere Beiträge auch höhere Unterhaltungen. (Sehr richtig!) Auch der Antrag von Peus, daß die Bezirkskonferenzen bindende Beschlüsse fassen können, darf keine Folge gegeben werden, bindende Beschlüsse kann nur der Parteitag fassen. Ein Wochenbeitrag von 10 Pfg.

würde zur Folge haben, daß die Bezahlung der Hauskasserer und viel kostet, da wäre es praktischer, alle 14 Tage 20 Pfg. zu erheben. Diese Anregung können wir auf dem nächsten Parteitag weiter verfolgen.

Die Debatte wird vertagt. Peus (persönlich) erklärt, daß Genossin Baader seinen Ausführungen einen falschen Sinn untergelegt hat, er habe nicht gesagt, daß der Mann die Beiträge der Frau mitverdient. Im übrigen habe er mit seiner Kennerung über die Bezahlung der Delegationskosten aus einer Kasse nicht Berlin, sondern die Provinz Brandenburg gemeint.

Singer teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, nach Schluß der Generaldebatte den Entwurf nebst allen Anträgen einer Kommission zu überweisen. Schluß 7 Uhr.

Donnerstag, den 18. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Verlesung einiger Begrüßungsschreiben, darunter eines der sozialistischen Partei Frankreicht.

Ein genügend unterstützter Geschäftsordnungsantrag verlangt nochmalige Abstimmung über die Resolution 41 Berlin I (entschiedene Zurückweisung der Zumutung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit den Liberalen zusammenzugehen oder gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken). Die Unterzeichner des Geschäftsordnungsantrages haben, wie sie darin erklären, irrtümlich für diese Resolution gestimmt, weil sie der Meinung waren, daß es sich bei der zweiten Abstimmung über diese Resolution — bei der ersten war das Bureau zweifelhaft gewesen — bereits um den nächsten Antrag (Revision der Seemannsordnung) handelte.

Der Parteitag beschließt, eine nochmalige Abstimmung über Resolution 41, die nunmehr mit geringer Mehrheit abgelehnt wird.

Es wird darauf in der Beratung des Organisationsstatuts fortgefahren. Inzwischen sind noch die Anträge 275, 276 und 278 eingelaufen.

Veinert-Hannover: Nach Lage der Dinge wird man wohl zur Ablehnung aller schon in der Kommission behandelten Anträge kommen. Den Wünschen der Parteigenossen wird am besten Rechnung getragen, wenn das Statut in seiner Gesamtheit angenommen wird. Ich habe dennoch auftragsgemäß einen Antrag einzubringen, der jedoch bei der en bloc-Abstimmung wohl auch unter den Tisch fallen wird. Es handelt sich um die Wahl zweier Vorstandsmitglieder durch die Kontrollkommission. Die Statutenberatungskommission hat diese indirekte Wahl leider beibehalten, die unfer Auffassung eigentlich nicht entspricht. Ich möchte mich vor allem gegen die Resolution 205 wenden, die den Organisationen empfiehlt, sobald als möglich überall einen Wochenbeitrag zur Einführung zu bringen. Ich habe an sich nichts gegen die Erhöhung des Beitrags, aber ich bin dagegen, daß die Form vorgeschrieben wird. Nur bei 22 Prozent der Organisierten haben wir die Wochenbeiträge, und es geht doch nicht, der Gesamtheit den Willen von 22 Prozent auszuweichen. Man soll die Selbstverwaltung der Zweigvereine nicht derartig beschränken.

Vipinski: Das Statut nimmt die Kreisorganisation als Grundlage und baut darauf konsequent weiter. Das ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der früheren losen Organisation. Inkonsequenz aber ist, daß man der Fraktion zwar das Recht, Parteitage einzuberufen, genommen, ihr aber das Recht gelassen hat, vollständig auf den Parteitag anwesend zu sein. Man hätte ihr entweder nur beratende Stimme geben oder nur eine Delegation einräumen sollen. Indessen verzichte ich im Interesse der Gesamttannahme des Statuts auf Spezialwünsche. An sich würde ich für den Wochenbeitrag von 10 Pfg. sein, aber wichtiger ist, daß zunächst einmal der Grundgedanke eines Mindestbeitrages einheitlich für das Reich geregelt wird; damit die Hauptkategorie nicht mehr so ungenau werden kann wie jetzt. Peus, der so sehr für Staffelbeiträge schwärmt, ist dafür verantwortlich, daß im Dessauer Kreise nur 15 Pfg. monatlich erhoben werden, zu dem ausschließlichen Zweck, die Zentralkasse um ihren Anteil zu bringen. (Hört, hört!) Wir sind also für Annahme des Mindestbeitrags, aber auch für Annahme der Resolution, die den 10-Pfg.-Beitrag empfiehlt. — Daß von einigen Seiten verlangte proportionale Wahlrecht hat Sinn, wenn es sich um verschiedene Parteien handelt, nicht in einer einheitlichen Organisation. Wir haben doch in der Partei keine verschiedenen Parteien. (Zuruf: Doch!) Nein, wir haben nur verschiedene Ansichten in der Partei. (Sehr richtig!) Ich warne dringend davor, nochmals eine Kommission einzusetzen und empfehle en-bloc-Annahme. (Beifall.)

Weiters-Gießen: Ich muß Bedenken gegen die Beitragssteigerung geltend machen. Wir müssen auch dem ärmsten Arbeiter die Möglichkeit geben, in der Partei zu bleiben. Die pekuniäre Leistungsfähigkeit der einzelnen Genossen ist sehr verschieden. In dem Versuch der Höhererschraubung der Beiträge erkläre ich eine Schädigung der Organisation. Abzulehnen bitte ich den Antrag auf Übernahme der Delegationskosten für die kleinen Kreise durch die Zentralkasse. Wer den Parteitag beschließt, soll auch die Kosten tragen.

Dittmann-Solingen: Unzweifelhaft enthält der Entwurf große Fortschritte, wenn er auch nicht alle Wünsche befriedigt. Da wir uns in einem Uebergangsstadium befinden, kann man es billigen, daß man zugunsten der Frauen einen gewissen Grund ausläßt. Prinzipiell bin ich gegen das Stimmrecht der Fraktion. Wir müssen trachten, immer mehr dazu zu kommen, das Stimmrecht auf dem Parteitag ausschließlich den gewählten Delegierten zuzuerkennen. Für bedenklich halte ich die Entscheidung, daß immer mehr die Wahl der Delegierten losgelöst wird von den Erörterungen über den Parteitag (Sehr richtig!). In einem Orte wurde sogar der Referent für die Versammlung zur Wahl von Parteitagdelegierten ausdrücklich verpflichtet, keine Kandidatur anzunehmen. Das ist eine Gefahr für das geistige Niveau der Parteitage (Sehr richtig!). Die von der Kommission vorgeschlagene Proportionalvertretung halte ich für eine außerordentlich rohe Vertretungsform, die nur als Uebergangsform in Betracht kommen kann. — Die wichtige Frage der Urabstimmung über Parteitagbeschlüsse

* Vertichtigung! Resolution 42 (die bedauert, daß beim Kampf um die Organisationsreform Parteivorstand und Fraktion nicht zu schärferen Mitteln gegriffen hätten) ist nicht, wie gestern angegeben, angenommen worden, sondern, da sie nicht genügend unterstützt worden ist, gar nicht zur Abstimmung gelangt. Dagegen ist die Resolution 206 angenommen worden, in der die Fraktion aufgefördert wird, im Reichstage mit Nachdruck auf Revision der Seemannsordnung zu dringen.

** Antrag 275: Wird Antrag 141 abgelehnt, so müge der Parteitag beschließen: Der § 7, Abs. 1, des neuen Entwurfes ist dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegierten in den einzelnen Wahlkreisen durch Urabstimmung mittels Listenwahl erfolgt. In Kreisen, die mehrere Delegierte entsenden, ist die Anwendung des Proportionalwahlsystems zulässig. Werden mehrere Vorschlagslisten aufgestellt, so sind die Mandate entsprechend der für die Listen abgegebenen Stimmen zu verteilen.

Antrag 276: Den Wahlkreisen bis zu 1500 Mitgliedern können auf ihren Antrag die Delegationskosten von der Zentralkasse erstattet werden.

Antrag 278: Es wird beantragt, § 4, Absatz 2 des Organisationsstatuts wie folgt zu fassen: Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pfg. und für weibliche Mitglieder 10 Pfg. betragen.

ist zunächst noch nicht spruchreif. — Unter allen Umständen muß dem Parteitag pünktlich eine Uebersicht vorgelegt werden über die Finanzgebarung der gesamten Partei. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von Ebe-Breslau befürwortet und von Probst-München bekämpft wird, wird angenommen. Das Schlusswort hat der Berichterstatter.

Ebert: In der Debatte sind keine eigentlich wesentlichen Anregungen gegeben, die nicht schon in der Kommission ihre eingehende Erörterung gefunden haben. — Die Staffelleistung ist in der Praxis einfach undurchführbar; wenn sie den Gewerkschaften möglich ist, so liegen da die Verhältnisse ganz anders. Uebrigens ist es ja allen Parteigenossen unbenommen, über die Mindestbeiträge hinauszugehen. — An der Ausführung von 20 Prozent muß unbedingt festgehalten werden, um die häßliche und die Zentralkasse schädigende Einrichtung des Grundbeitrags zu beseitigen. Sollten nur von den Mindestbeiträgen 20 Prozent abzuziehen sein, so hätte die Parteikasse mit einem Einnahmeausfall von 40 bis 50 000 Mk. zu rechnen. Die Übernahme der Delegationskosten für die schwachen Wahlkreise ist einfach unmöglich. Viehnecht wünschte, daß die Vertreter der Kreise, des Vorwärts und der Gleichheit statutenmäßig vollberechtigte Teilnehmer des Parteitages sein sollen. Aber wo ist da die Grenze. Warum sollen da nicht Vertreter der Kommunalen Praxis, der Arbeiterjugend dasselbe Recht haben. (Zuruf: Der wahre Jakob. Weiter!) Den will ich gar nicht einmal anführen (Weiterkeit), trotzdem wir ja jedesmal Debatte über ihn haben, ohne daß sie irgend welche Wirkung auf die Redaktion ausüben (Weiterkeit und Zustimmung). Wenn wir nun drei Vertreter von Parteioorganisationen als vollberechtigt hierher setzen wollten, und daneben 6 oder 7 von anderen Parteioorganisationen mit nur beratender Stimme, so wäre das ein häßlicher Zustand. Die geforderte Urabstimmung könnte zu einer bedenklichen Lähmung der raschen Beschluß- und Aktionsfähigkeit der Partei führen. Der Parteivorstand überläßt sich grundsätzlich nicht (Große Weiterkeit) und es ist deshalb nicht notwendig, ihn erst noch an die Kette zu legen. Noch einige Worte zum Ausschlußverfahren. Gottschalk meinte, unser Vorschlag nehme dem Angeschuldigten Rechts-Garantien, weil er aus der Zusammenfassung der Bezirksvorstände keinerlei Einfluß habe. Aber die Bezirksvorstände würden hier doch nur als eine Art Borinstanz. Durch solche vorinstanzliche Prüfung ist ein großer Teil der Ausschlußangelegenheiten in bester Weise aus der Welt geschafft worden. Im übrigen bleiben doch alle Rechtsgarantien für die Angeklagten auch in Zukunft. Er bestimmt seine Beisitzer zum Schiedsgericht. Der Parteitag bleibt letzte Instanz. Schmidt-München kann unbesorgt sein, unsere Bestimmungen werden schließlich nicht Fußangeln für gewisse Leute in der Fraktion werden. Auch in der Zeit der Leidenschaft und der Kämpfe wird die Parteileitung sich der äußersten Loyalität befleißigen. Auch ich möchte Sie bitten, die Vorlage möglichst en bloc anzunehmen. Sie ist natürlich kein Werk auf ewig. Wir werden ja aber immer die Möglichkeit haben, etwa zutage tretende Mängel zu beseitigen. (Dravo!)

Peus (persönlich): Mir ist wiederum der Grundbeitrag von 15 Pfg. in Anhalt zum Vorwurf gemacht. Anhalt hat immer dem Parteivorstand gegeben, aber niemals von ihm verlangt. (Singer: das war nicht persönlich!) Aber wahr!

Weiß-Berlin: Peus schien den Eindruck hervorzurufen zu wollen, als ob irgend welche unkontrollierbare Mittel zur Verfügung der Organisation der Provinz Brandenburg stehen. Ich will daher kurz sagen, wie die Grundkosten der Delegationen der Provinz Brandenburg aufgebracht werden. Gerade so wie auch anderwärts gibt die Organisation Sammelstellen heraus, deren Gesamtertrag an die Bezirksorganisation abgeführt wird. Diese zahlt den einzelnen Delegierten ihre Unkosten. Dadurch werden die wohlhabenden Kreise der Provinz Brandenburg zugunsten der schwächeren herangezogen. Der Modus verdient Lob und nicht Tadel, aber Peus kann ja nicht anders und muß den Berlinern eins auswaschen.

Peus: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß aus solcher finanzieller Abhängigkeit auch eine moralische hervorgehen kann. (Zuruf: Unsinn! Richtiger Quatschtopf!) (Weiterkeit.)

Berichterstatter Ebert teilt noch kurz mit, daß die zurzeit schwebenden Ausschlußverhandlungen noch nach dem alten Modus erledigt werden sollen.

Der Antrag auf Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission wird abgelehnt.

Es liegt ein Antrag auf en bloc-Annahme des Statuts vor. Probst-München: Eine erhebliche Anzahl Delegierter aus verschiedenen Landesteilen hat große Bedenken gegen das Statut, namentlich gegen die §§ 23 und 26. Bei der Geschäftsliste des Parteitages wollen wir aber einer en bloc-Annahme nicht widersprechen.

Die Kommissionsvorlage wird mit erdrückender Mehrheit angenommen. Damit sind sämtliche dazu vorliegenden Anträge erledigt. Die Resolution 205 (Empfehlung des Wochenbeitrags von 10 Pfg.) wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Singer: Durch den soeben gefaßten Beschluß hat der Parteitag der Gesamtpartei eine neue Waffe geschnitten. Möge sie so siegreich sein wie die alte. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist die Beratung des Organisationsstatuts erledigt. Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung, die

Maifeier.

Mit zur Diskussion stehen die genügend unterstützten Anträge 51, 52, 259 und 277.

Singer schlägt vor, als Grundlage der Diskussion die Vorschläge zu betrachten, die in gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes und der Generalkommission aufgestellt worden sind.

Berichterstatter Parteikreis Müller: Daß die Maifeier in 20 Jahren noch nicht tot geredet und tot geschrieben worden ist, ist der beste Beweis für den gesunden Kern dieser Feier. Im nächsten Jahre wird dieses Schmerzenskind der Partei großjährig und da muß der Vater für eine ordentliche Ausstattung dieses Kindes sorgen (Weiterkeit), damit wir endlich um das Gerde über die Finanzierung der Maifeier herumkommen. Wir haben uns strikt an den Auftrag des Nürnberger Parteitages gehalten, die Unterstufungsfrage in erneute Ermägung zu ziehen. Die Frage der Abschaffung der Maifeier oder der Verlegung auf einen Sonntag scheidet also völlig aus. Wir sind gebunden durch internationale Beschlüsse, die zuletzt in Stuttgart gefaßt worden sind. — Die Maifeier von 1906 hat starke Ansprüche an die Parteikasse gestellt. Wir können also um die Unterstufungsfrage nicht herum, trotz der Genossin Luxemburg, welche die Vereinbarung, die wir Ihnen vorlegen, mit dem schönen Namen 'Mägdeburg' bezeichnet hat (Lachen). Wenn sich die Frage der Maifeier durch Zeitartikel lösen ließe, so hätte Deutschland die schönste und größte Maifeier der ganzen Welt. (Weiterkeit und Sehr gut!) Im ganzen unterscheidet sich die neue Vereinbarung nicht sehr stark von der Vereinbarung, die dem Nürnberger Parteitag vorgelegen hat, aber abgelehnt wurde. Der Nürnberger Parteitag hat aber nicht über die Vereinbarung im ganzen abgestimmt, sondern abgeweise. Die Absätze 1, 2, 3 und 5 wurden angenommen, Absatz 4 wurde abgelehnt. Da aber eine Vereinbarung nur im ganzen angenommen werden kann, so war damit die ganze Vereinbarung abgelehnt. — Ich wollte eigentlich nicht über die bereits in Nürnberg angenommenen Absätze ein Wort sagen, bin aber von einigen Delegierten auf eine Bestimmung des Absatzes 2 aufmerksam gemacht worden, die Bedenken hervorgerufen hat. Es heißt da: „Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Bestimmungen des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen.“ Nun wurde gesagt, das bedeute in der

Praxis Auslieferung der Maifeierfrage an die Gewerkschaften. Über unter den Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sind doch die Beschlüsse der verschiedenen Gewerkschaften über die Unterfertigung der Gewerkschaften, Arbeitslosen usw. zu verstehen. Diese Bestimmungen in ihrer Gesamtheit können doch weder in Beschlüssen von Parteitagungen noch von Gewerkschaftskongressen aufgenommen werden. In der Hauptsache steht in den Nürnberg bereits angenommenen Absätzen, daß die Vorbereitungen für die Maifeier von Partei und Gewerkschaft gemeinsam zu treffen sind, und was ich für besonders wichtig halte, daß die Maifeier nur am 1. Mai beangewandert werden darf. Dadurch wird damit aufgeräumt, daß wir bis in den Juni hinein Maifeiern erlebt haben. Neu gefaßt ist Absatz 4, der von den zu gründenden Bezirksfonds handelt. Die Anhänger eines Zentralfonds sehen darin einen Widerspruch zum Prinzip der Zentralisation. Wir haben von Partei wegen alles mögliche getan, daß das Prinzip der Zentralisation der Gewerkschaften allgemeine Anerkennung in der Partei findet; aber jede einzelne Aufgabe unserer vielgestaltigen gewerkschaftlichen und politischen Lebens kann doch nicht zentral geregelt werden. Es liegen keine Beschlüsse internationaler Kongresse oder der Parteitage vor, die jeden einzelnen politisch oder gewerkschaftlich organisierten Genossen absolut verpflichten, den 1. Mai zu feiern. Die Beschlüsse gehen dahin, daß dort gefeiert werden soll, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist. Es ist also durchaus geboten, auf die örtlichen und beruflichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die notwendige Konsequenz davon ist, daß auch zu den finanziellen Kosten die Bezirke und Orte herangezogen werden. Es ist ja noch nicht alles zentralistisch im gewerkschaftlichen Leben geordnet; ich erinnere an die sehr bedeutungsvollen Gewerkschaftsartikel, die auch nicht zentralisiert sind. Aber die Anhänger einer zentralen Regelung möchten einen riesenhaften Zentralfonds haben. Ueber einen solchen aber kommt niemals eine Vereinbarung der Partei und Gewerkschaften zustande. Davon hat sich auch der Parteivorstand überzeugen müssen, der ursprünglich einen Zentralfonds mit obligatorischen Beiträgen wünschete. Die Gewerkschaften erklären, daß die Einführung obligatorischer Beiträge die Agitation in schwarzen Gegenden, in denen zum großen Teil der 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht gefeiert werden kann, sehr schädigen würde. Außerordentlich schwierig ist gewiß die Abgrenzung der Bezirke. Meiner Ansicht nach können nicht die politischen Agitationsgebiete sondern müssen die wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete die Grundlage bilden. So gehören z. B. Hamburg und Altona wirtschaftlich zusammen, während sie in unseren Bezirksorganisationen selbstverständlich getrennt sind. Ganz hinfällig ist der Einwurf, den schon Begler auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress widerlegt hat, daß die Zentralisation der einzelnen Gewerkschaften in dieser Frage gänzlich ausgeschlossen sein sollen. Die Vereinbarungen wollen keinen Zentralvorstand der Statutenmäßig bei der Malausperrung Unterstützung zahlt, daran hindern. Wir müssen verlangen, daß die Genossen in den Gewerkschaften für Unterstützung der Maifeierausgesperrten auch durch die Gewerkschaften eintreten, und wir bedauern in diesem Sinne die geradezu rückschrittlichen Beschlüsse des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Uebrigens ist bis jetzt die Rasse auch des Metallarbeiterverbandes für die Maifeierausgesperrten noch nicht völlig ausgeschlossen — nach den Beschlüssen seiner diesjährigen Generalversammlung wird Arbeitslose die Unterstützung von der zweiten Woche an gezahlt — wohl aber gibt es eine ganze Reihe Gewerkschaften, die aus zentralen Mitteln noch niemals etwas für die Maifeierausgesperrten gezahlt haben. Bei den Gewerkschaften der Bauberufe haben früher nur die Lokalkassen an einzelnen Orten auf diesem Gebiete schon etwas getan. Wo die Unterstützungen der Gewerkschaften nicht mehr Platz greifen, wo es sich um Ausgesteuerte handelt, muß ferner dafür gesorgt werden, daß Maifeiermaßregeln unterstützt werden. Das kann in der verschiedensten Weise geschehen.

Unmöglich ist es möglich, für diesen Zweck, wie das früher war und zum Teil auch heute noch geschieht, daß man Malmarken ausgibt und daß für die Maifeier-Gewerkschaften ein bestimmter Extrabeitrag eingeführt wird, wenn die Gewerkschaften und die politischen Organisationen des betreffenden Bezirks das beschließen haben. Es ist nun gewollt worden, daß dieser Beitrag nicht als freiwilliger Beitrag deklariert werden soll, sondern daß die einzelnen Bezirke die Möglichkeit haben sollen, obligatorische Beiträge für die Maifeier-Ausgesperrten auszuführen. Das wäre wenig zweckmäßig, es würde nur Streit in die Organisationen bringen, und der Ausdruck: obligatorischer Extrabeitrag kann schon deswegen nicht Platz greifen, weil wir nicht dahin kommen dürfen, daß diejenigen, die einen derartig angeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, etwa deswegen aus der Partei oder der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Wir haben keine Ursache, solche neue Ausschlußgründe in die Partei einzuführen (Sehr richtig), sondern müssen dafür sorgen, daß diese Dinge in einer Weise geregelt werden, ohne daß das Ausschlußverfahren im Hintergrund droht.

Nun sind in letzter Zeit noch neue Vorschläge aufgetaucht, und unser wissenschaftliches Zentralorgan Die Neue Zeit hat ja auch dazu Stellung genommen. Man hat gesagt, es wäre sehr gut und glückselig, wenn man festsetze, daß alle diejenigen, die am 1. Mai arbeiten und nicht feiern können, ihren Tageslohn an eine große Zentralkasse, eine Propagandakasse für unsere Grundzüge, abführen sollen. Das würde ein sehr kurzes und schmerzloses Verfahren zur Befreiung der Arbeitsruhe sein. (Sehr gut!) Wohin kämen wir, wenn Ideale durch einen Selbstbeitrag abgelöst werden könnten! (Sehr richtig!) Wir kämen dazu, unsere Ideale auf dem politischen Markt zu herabgesetzten Preisen zu veräußern. (Sehr gut!) Das sind Vorschläge, die gar nicht diskutiert werden können, abgesehen von dem ungeheuren Streit, der in die Massen hineingetragen würde, wenn die Organisationen sich fortwährend mit der Frage der Abführung des ganzen oder halben Tageslohnes beschäftigen müßten.

Für den Fall, daß die freiwilligen Beiträge nicht für die Unterfertigung der Maifeier-Gewerkschaften ausreichen, ist die Vereinbarung vorgesehen, daß der Restbetrag auf dem Wege des Umlageverfahrens ausgebracht wird. In der früheren Fassung fand diese Bestimmung sehr viel Anfeindungen. Man befürchtete die Schädigung der Parteioorganisationen, die weniger Geld hätten wie die Gewerkschaften. Nach unserer gestrigen Fassung ist die Sache so, daß die Verteilung der Kosten zwischen politischer Organisation und Gewerkschaft sich danach richtet, wie viele der gewerkschaftlich organisierten zugleich in der Partei organisiert sind. Sollten sämtliche Ausgesperrten zugleich politisch und gewerkschaftlich organisiert sein, so würde Gewerkschaft und Parteioorganisation je die Hälfte tragen. Im Durchschnitt dürfte auf die Gewerkschaft drei Fünftel, auf die Partei knapp zwei Fünftel fallen. Die Summen werden sich also aufbringen lassen. — Nun können natürlich auch die neuen Vereinbarungen abgelehnt werden. Ich warne aber sehr vor den Folgen. Dann werden in der Praxis die Gewerkschaften allein die Unterfertigung der Maifeier-Gewerkschaften zu tragen haben, werden dann aber auch allein darüber bestimmen, in welchem Umfange die Arbeitsruhe Platz greift. Ueberlegen Sie sich ja, was Sie tun. Drei Jahre verhandeln wir über diese Sache. Soll dies widerliche Gezerre noch jahrelang fortgesetzt werden? (Leb. Zukt.) Damit wird der Maifeier tollfähr das Grab gegraben. Die Mehrheit der Zentralvorstände hat unserer Vereinbarung zugestimmt, die Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen beschließen. Unsere Vorschläge und Vereinbarungen sind nicht das absolute Ideale, aber sie sind das Bestmögliche. Meiner Ansicht nach ist der Weg der einzige, der in Betracht kommt. Der Genosse Beer aus Wien hat darauf aufmerksam gemacht, wie sehr bei dieser Frage die internationale sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach Deutschland blickt. Ich dachte dabei, o du glückliches Oesterreich. (Gelächter.) Destre-

reich hätte nicht eine so schöne Maifeier, wenn dort nicht die Einheit von Partei und Gewerkschaften in der Maifeierfrage vom ersten Tage an vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig!) Sorgen Sie dafür, daß endlich dieser Jantapfel zwischen Partei und Gewerkschaften aus dem Wege geräumt wird. (Leb. Beifall.)

Dittmann-Söllingen: Auch ich bin der Ansicht, daß wir hier die Unterfertigungsfrage zu behandeln und alle anderen Punkte auszuheben haben. Aber es ist nicht wahr, daß alle die Gegner der Vereinbarungen die Sammlung eines riesenhaften Zentralfonds wollen. Die Auffassung wird nirgends im Reich geteilt. Gewiß sind in erster Reihe die Kreis- und Bezirksinstanzen für den Umfang der Arbeitsruhe und für die Gewerkschaften-Unterstützungen verantwortlich, aber es bedeutet eine Verletzung des Zentralisationsprinzips, wenn Klipp und Klar eine Unterfertigung aus den Zentralkassen der Gewerkschaften und Partei ausgeschlossen wird. Gewiß hat die Deklaration des Genossen Müller der Sache ein anderes Gesicht gegeben. Aber dann braucht der Satz, daß die Ausgesperrten eine Unterstützung aus der Zentralkasse nicht zu beanspruchen haben, überhaupt nicht in der Vereinbarung stehen, sondern es sollte vielmehr heißen, Unterstützung aus der Zentralkasse wird nur gewährt, soweit Befehle der dafür maßgebenden Instanzen vorliegen oder herbeigeführt werden. Wohl hat Genosse Begler auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress betont, daß die Gewerkschaften nach wie vor den Mal-Gewerkschaften der einzelnen Organisationen Unterstützung gewähren können. Wohl hat man auf der Generalversammlung des Schuhmacher-Berandes sich ähnlich geäußert, aber daß die Sache doch nicht so ganz klar liegt, beweist die Beschlußfassung der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. In Zukunft wird sich jedoch kein Gewerkschaftsvorstand mit Recht auf diesen Satz der Vereinbarung berufen können. Ich habe das also noch einmal hier hervor, nachdem dieser Punkt vom Referenten klar gestellt ist, und verzichte nunmehr auf den Antrag 277, der die Streichung des Satzes will. Haben wir Bezirksfonds erst einmal gebildet, wird sich die Weiterentwicklung schon ergeben. Ich bitte den Referenten, uns noch mitzuteilen, wie er sich den Sinn des Nürnberger Beschlusses denkt, ob das eingehende Geld in die Bezirkskassen fließen soll oder nicht. Ich meine, es gehört in diese Fonds hinein.

Salmann-Medlinghausen: Gewiß ist die Unterfertigungsfrage schwierig. Aber daß sie der Arbeitsruhe den Garau macht, gebe ich nicht zu. Wenn die Ausgesperrten wissen, daß sie eine Unterstützung bekommen, erhält die Maifeier neues Leben. Etwas Vollständiges läßt sich nicht schaffen. Nachdem Partei und Gewerkschaften so gewachsen sind, können wir der Unterfertigungsfrage nicht mehr so dem Wege gehen. In rückständigen Bezirken haben wir mit der Maifeier ein sehr gutes Agitationsmittel in Händen. Wenn man sie freilich fortwährend zu diskreditieren sucht, hat man es nachher leicht, auf den Rückgang hinzuweisen.

Soffmann-Hamburg: Der Vereinbarung des Parteivorstands und der Generalkommission werde ich zustimmen, obwohl sie mir nicht zusagt. Aber wir müssen aus dem Dilemma herauskommen, daß sich ein großer Teil der Parteigenossen um den Parteitagabschluß, der die Arbeitsruhe für die wichtigste Feier des 1. Mai erklärt, einfach nicht gekümmert hat, sondern unanwesend ist, die Arbeitsruhe zu besetzen. Hoffentlich treten auf dem nächstjährigen internationalen Kongress in Kopenhagen die Gegner der Arbeitsruhe, die in Stuttgart nur verüßelt ihre Gegnerschaft zum Ausdruck gebracht haben, offen mit einem Antrag auf Befreiung der Arbeitsruhe auf, damit man dann wenigstens weiß, woran man ist. Müller irrt sich, wenn er meint, daß jetzt mit der Regelung der Unterfertigungsfrage die Sache endgültig geregelt ist; denn bei den großen Gewerkschaften, den Metallarbeitern, den Maurern, rechnet man gerade darauf, daß die Regelung der Unterfertigung durch die Partei der Arbeitsruhe den Garau machen wird. Eine der größten Gewerkschaften hat ja noch in den letzten Tagen erklärt, nicht mehr mitmachen zu wollen, und wenn die großen Gewerkschaften versagen, dann kann von einer Arbeitsruhe gar nicht die Rede mehr sein. Eins müssen wir jedenfalls fordern: daß bis zum internationalen Kongress, bis zur anderweitigen Regelung, diejenigen Parteigenossen, die einen anderen Standpunkt einnehmen, das Unterfertigen unterstützen. (Beifall.)

Schneppenhorst-Nürnberg: Seit dem Offener Parteitag, der dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses die Unterfertigungsfrage zu erörtern, ist die Maifeierbegeisterung auch beim Parteivorstand bedeutend herabgesunken. Nach meiner Auffassung hat die Generalkommission den Parteivorstand eingeweiht. Die Haltung dieser beiden Instanzen in den letzten Jahren mußte lähmend auf die Maifeier wirken. Ich erinnere nur an die Bremserkassette. So kann es nicht weiter gehen. Wir müssen heute schon Klipp und Klar erklären: entweder wir feiern den 1. Mai durch Arbeitsruhe oder durch eine Demonstrationsveranstaltung am Abend. Dadurch, daß man für die Arbeitsruhe agitiert und dann in den Werkstätten die Genossen dagegen auftritt, entsteht der Krakeel, der sich auf die Partei im Orte überträgt. Wer trägt die Schuld? Die, die systematisch darauf hinarbeiten, unsere idealen Grundzüge mit Füßen zu treten, das für Unstun zu erklären, wofür man seit Jahren auf eifrige Agitiert hat. Ich bin Anhänger der Arbeitsruhe, aber ich sage, besser als das, daß der Krakeel fortbesteht, ist es, wir feiern am Abend des 1. Mai. Der Krakeel wird auch nach der Vereinbarung fortbestehen, denn der Passus, daß es den einzelnen Organisationen überlassen ist, abends oder am Tage zu feiern, trägt den Keim der Zwietracht in sich. Erklärt der Parteitag heute sich für die Arbeitsruhe, dann haben wir eine einheitliche Demonstration, die die Massen viel besser begeistert, als eine partielle Arbeitsruhe, worüber bei dem Gegner und selbst in unseren eigenen Reihen nur geklagt wird.

Wöhler-Frankfurt a. M.: Es ist ein Fehler, daß die glühendsten Anhänger der Arbeitsruhe immer wieder die Demonstration am Abend der Uneinigkeit vorziehen. Nicht allein die Gewerkschaftsführer, sondern auch der Parteivorstand trägt Schuld an der Flauheit der Maifeier. Ich nehme an, daß die Maßnahmen des Parteivorstandes von einigen Gewerkschaftsführern diktiert sind. Es ist bezeichnend, daß heute schon einzelne Wahlkreise die Aufhebung der Arbeitsruhe beantragen. Durch Befreiung der Maifeier schädigt man den Idealismus der Massen. Die Polemik über die Gewerkschaftskongresshandlungen in Sachen der Maifeier, speziell die Art und Weise der Leipziger Volkszeitung, trägt auch nicht gerade zur Propagierung der Maifeier bei. Auch über den Beschluß der letzten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hätte man nicht so heftig diskutieren sollen. Für uns ist er doch nicht bindend, und es ist stark zu hoffen, daß er auf der nächsten Generalversammlung wieder aufgehoben wird. Aus reinem Idealismus läßt sich die Arbeitsruhe nicht mehr durchführen; nachdem durch die Unterfertigungsbeirathungen der Gewerkschaften die Proletarier in Massen schon zu Unterfertigungsempfängern erzogen sind, müssen wir auch die Opfer des 1. Mai unterstützen. Die Zentralverbände schädigen sich selbst, wenn sie den Ausgesperrten keine Unterstützung gewähren. Es ist befremdend, daß Genosse Dr. Kbler-Wien erklärte mußte: Ihr Deutschen hemmt uns, den 1. Mai so zu feiern, wie es notwendig wäre. Die Befürworter der Arbeitsruhe sollten nicht lagen: wir wollen lieber dem 1. Mai ein anständiges Begräbnis bereiten, als daß so fort gewurstelt wird. Ganz im Gegenteil, sie sollten die wankelmütigen Führer zwingen, daß sie der Massenbegeisterung Rechnung tragen. Schlimm ist es auch, daß Genossen, die immer den Idealismus predigen, noch nicht so viel Idealismus betätigt haben, um den Nürnberger Beschluß auf Abführung eines Tagesverdienstes Rechnung zu tragen. (Hört, hört!) Solange der Beschluß besteht, haben sich Anhänger oder Gegner ihm zu fügen. (Sehr richtig!) Wir sollten fröhlich sagen: Ob es zum Kampf kommt oder nicht, wir müssen am 1. Mai feiern. Der Zusammenstoß mit dem Kapitalismus kann doch nicht aufgehoben werden, darum sollten

wir den 1. Mai so feiern, wie es unserer Würde als Parteigenossen entspricht.

Schred-Vielefeld: Der Antrag 53, die Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen, kommt aus einem Wahlkreis, der seit Jahrzehnten sich bemüht hat, der württembergischen Form der Maifeier Rechnung zu tragen. Wenn wir mittlerweile zu einer anderen Erkenntnis gekommen sind, so darf man uns nicht bezichtigen, daß wir nicht wie alle übrigen das Wohlergehen der gesamten proletarischen Bewegung im Auge hätten. Die Forderung der Arbeitsruhe ist eine Frage der Taktik. Unsere Partei ist ein Produkt der Entwicklung und muß der Entwicklung Rechnung tragen. Der Entwicklung Rechnung tragen ist keine Selbstzweckerei oder Verletzung von Parteigrundsätzen. Die Arbeitsruhe ist nicht nur zurzeit unmöglich, sondern die Ansichten darüber gehen auch sehr weit auseinander. Der Beschluß von 1889 entspringt einem großen Gefühl; man soll aber nicht das Gefühl in einer großen Kampfbewegung ausschlagen lassen. Wir müssen aussprechen was ist: daß die Voraussetzungen für die ideale Form der Maifeier eben noch fehlen. Die heutige Arbeitsruhe mit ihrer schwachen Beteiligung ist kein würdiger Ausdruck der Massenforderungen des Proletariats. (Sehr richtig!) In absehbarer Zeit wird sich keine Besserung herbeiführen lassen. Die Preisgabe der Arbeitsruhe am 1. Mai bedeutet keinen Rückzug. Der Kampfcharakter der Bewegung wird gesteigert, wenn es, statt der wenigen Proleten Arbeiter, die durch Arbeitsruhe protestieren, Millionen und aber Millionen sich zu einer gemeinsamen wirkungsvollen Demonstration zusammen finden. Man soll nicht in unruhigen Schlächen die Kräfte verbrauchen, sondern die Kräfte konzentrieren, um den vollen Erfolg zu ermöglichen. In der Großindustrie ist eine Arbeitsruhe unmöglich. Das wissen alle. Dazu kommt die zunehmende Konzentration der Unternehmerorganisationen. Durch Ueberhöhung unserer Kräfte zerplitteln wir nur die Einmütigkeit der Arbeiterklasse. Das Gebot unserer Feinde über Abgehen von einer bisherigen Forderung darf und nicht beeinflussen. Die Angst der Abenddemonstration wird ihr Triumphgeschrei verkümmern machen. Die äußere Form der Maifeier ist nicht die Hauptsache. Nicht das Festhalten an der Tradition, sondern unsere Stärkung für die endgültige Revolution ist notwendig. (Bravo!)

Zubell-Berlin: Der Parteitag muß endgültig in dieser Frage die Stellung einnehmen, die der Maifeier im wahren Sinne des Wortes würdig ist. Wenn auf dem Wege fortgeschritten wird, den die Resolution des Metallarbeiterverbandes einschlägt, so hat die Maifeier den endgültigen Todesstoß erhalten. (Sehr richtig!) Die Maifeier erhält den Todesstoß, wenn den Gewerkschaften nach jeder Richtung hin auf diesem Gebiete freie Hand gelassen wird. Im nächsten Jahre findet der internationale Kongress in Kopenhagen statt, in der Nachbarschaft Schwedens, wo die Arbeiter jetzt seit sieben Wochen in einem schweren Kampfe stehen, und wo sie eine Woche ohne die geringste Unterstützung ausgehalten haben. Da muß der deutsche Parteitag erklären, daß an der 1889 festgelegten Maifeier und der Arbeitsruhe nicht gerüttelt werden soll. Die Abendfeier ist nicht die würdigste Feier. Der 1. Mai ist nicht ausschließlich der Erlämpfung des Arbeitstages gewidmet. Sehen wir nicht, wie jetzt überall in Preußen, in Sachsen, in fast allen Einzelstaaten in Deutschland um ein neues Wahlrecht gekämpft wird. Wir stehen in der Zeit der Eroberung der Straße, wir wollen uns nicht mehr das Recht auf die Straße entgehen lassen, ein Recht, das die bürgerliche Gesellschaft so lange in Anspruch genommen hat. Das Proletariat gehört auf die Straße. Ist nicht der 1. Mai der größte Demonstrationstag? Wir können nicht die Straße am Abend erobern. Wir müssen am nächsten Tage auf die Straße gehen. Auch der bürgerlichen Gesellschaft sind ihre heutigen Privilegien nicht in den Schoß gefallen. Auch sie hat kämpft und für ihre Ideale Opfer bringen müssen. Und wir Sozialdemokraten sollten kein Opfer mehr für den großen Gedanken des 1. Mai bringen? Wir werden noch manche und viele Opfer bringen müssen. Wir verlangen in unserem Antrag 53, daß der Nürnberger Beschluß über Unterstützung der Malausgesperrten erweitert werden soll. Es sollen alle organisierten Arbeiter herangezogen werden, die den 1. Mai nicht feiern, und sie sollen den Tagesverdienst vom 1. Mai für die Gewerkschaften abgeben. Wir wollen den darauf bezüglichen Teil unseres Antrags für heute zurückziehen, aber wir wollen, daß dieser Gedanke propagiert wird. Den übrigen Teil unseres Antrages halten wir aufrecht. (Lebhafter Beifall.)

Ripinski-Weipzig: Wenn es sich nur darum handeln würde, inwieweit die Partei neben den Unterstützungen, die die Gewerkschaft den Malausgesperrten zahlt, zu den Kosten heranzuziehen sei, dann wäre die Frage leichter zu lösen. Aber das ist ja nicht der Kern der Sache. Ich erinnere daran, daß das Bestreben, die Maifeier anders zu organisieren, von den Gewerkschaften unter dem Gesichtswinkel ausgegangen ist, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai ihre Disposition durchkreuzt und sie in ihrer Taktik lähmt. Nicht die Unterstützung ist die Hauptsache; die Sache ist die, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai aus dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften ausgeschlossen werden soll. Das ist der Angelpunkt der ganzen Sache. Auch heute sind die Voraussetzungen für die Arbeitsruhe am 1. Mai, wie sie im Sinne des internationalen Kongresses von Paris lagen, vorhanden, aber die Gewerkschaften versuchen, auf dem Gebiete der Unterfertigungsfrage hinten herum die Angelegenheit zu ändern. Aus der ganzen Vereinbarung zwischen Partei und Generalkommission, die nichts ist als eine gegenseitige Liebeserklärung, klingt die Resignation heraus, daß man auf die Arbeitsruhe verzichten möge. Eine Regelung der Unterfertigung in Partei und Gewerkschaft nach der Zahl der Mitglieder würde bedeuten, in die Parteioorganisation einen Gedanken hineinzutragen, der ihr bisher fremd war, nämlich die Verwendung der Parteigelder für Unterfertigungszwecke, die bisher zu Propagandazwecken verwendet wurden. Was den Ausgesperrten recht ist, ist den Arbeitslosen, den Kranken, den Witwen billig und da kommen wir konsequent zu dem Antrag, der in Anhalt gestellt ist. Ich stimme also gegen den Beschluß des Parteivorstandes.

Stubbe-Damburg: Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß in weiten Kreisen der Genossen, nicht bloß in den Gewerkschaften, sondern auch in der Partei, die Stimmung sich gegen die Maifeier richtet. Aus den Anträgen, wenn sie auch zum großen Teil nicht Unterstützung gefunden haben, geht doch hervor, daß man in weiten Kreisen die Maifeier befechten will, und auch die Vereinbarung zwischen Partei und Generalkommission ist dazu angelegt. Ich bezweifle sehr, daß es nach der Bestimmung im Absatz 4 der Vereinbarung überhaupt noch möglich sein wird, eine Maifeier zustande zu bringen. Was sollen die Parteigenossen an den einzelnen Orten z. B. für einen Beschluß fassen, um dem Beschluß, des Metallarbeiterverbandes Rechnung zu tragen, der zwar in seinen Statuten noch die Bestimmung hat, daß von der zweiten Woche an Unterstützung gewährt werden muß, aber auf seinem letzten Verbandstage sich entschieden gegen die Maifeier erklärt hat. Andere Organisationen werden auf ihren Verbandstagen wieder andere Beschlüsse fassen. In den neunziger Jahren sind wir sehr gut ohne Unterfertigungsfrage ausgekommen, und bis heute ist auch der Maurerverband damit ausgekommen. Wenn nur etwas mehr Idealismus zum Ausdruck käme, würde man ganz gut fertig werden. Freiwillige Beiträge lassen sich nicht durchführen und gegen den vorjährigen Beschluß, daß die Nichtfeiernenden einen Tageslohn abzuführen haben, hat sich weiter Widerstand bei den Beteiligten erhoben. Sie haben sich einfach geweigert. Einen Zweck hat nur die Einführung obligatorischer Extrabeiträge. Wir sollten die Entscheidung dem Kopenhagener internationalen Kongress überlassen; der nächste 1. Mai fällt auf einen Sonntag, da haben wir zwei Jahre Zeit. (Bravo!)

Bömelburg: Wer behauptet, daß die Unterfertigungsfrage nichts weiter bedeutet, als der Maifeier das Grab zu graben, ist mit den wirklichen Verhältnissen wahrlich schlecht vertraut. Wenn man sich sagt, daß die Arbeitsruhe Maßregelungen und

von längerer Dauer zur Folge hat, muß naturgemäß zur Unterstützung kommen. Wer sich in völlig unabhängiger Stellung befindet, wird ja niemals so fühlen können, wie diejenigen, die vom Unternehmer abhängig sind. Es ist sehr leicht, von Idealismus zu sprechen; ein Familienvater, der sich der Gefahr einer Maßregelung von längerer Dauer aussetzt, ohne die Gewähr, daß er von irgend einer Stelle unterstützt wird, würde leichtsinnig gegen seine Familie handeln. Das Opfer, das von den einzelnen verlangt wird, ist zu groß. (Sehr richtig!) Das kann der einzelne unmöglich bringen, und das kann auch die Arbeiterbewegung nicht von ihm verlangen. Ich bin überzeugt, wenn mancher, der ein scharfes Wort für die Arbeitsruhe gesprochen und die Feder dafür spitig gemacht hat, 50 Mk., 100 Mk. oder mehr opfern sollte, dann würde er sagen: Nein, das geht zu weit. (Sehr gut!) Die Unterstützungsfrage besteht ja schon, solange wir die Arbeitsruhe haben. Die ersten Jahre haben sich die Arbeiter an vielen Orten dadurch geholt, daß ihnen von den örtlichen Organisationen zum Teil Unterstützung gezahlt wurde, aber die Mittel der Organisation reichten nicht aus; es mußten außerordentliche Beiträge aufgebracht werden, die Schulden zu bedecken. Das hat einen Zankapfel gegeben, und so nahm man von den Unterstützungen Abstand. Ich könnte Ihnen nachweisen, daß da auch die Beteiligung an der Arbeitsruhe um ein bedeutendes zurückging. Wir mußten also die Unterstützungsfrage aufwerfen. Und darüber, wer zahlen soll, kann doch kein Streit sein. Die Mitarbeiter ist doch beschlossen von der gesamten Arbeiterbewegung, der politischen und der gewerkschaftlichen, auf den internationalen Kongressen. Die Frage geht also beide Teile an, und da kann man nicht sagen, die Partei beschließt, wie es sein soll, und die Gewerkschaften müssen zahlen. Da müssen sich Konflikte ergeben, wie wir sie seit einer Reihe von Jahren haben. Da kann man nicht sagen, die Gewerkschaftsführer sitzen auf ihren Geldsäcken. Nein, die Sache muß gemeinsam gemacht werden. (Sehr richtig!) Jeder Keimer unseres Partielebens wird zugestehen müssen, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft in den letzten Jahren viel besser geworden ist. Warum? Weil die Zentralen sich in wichtigen Fragen verständigen. Auch in dieser Frage müssen beide Teile in enger Fühlung miteinander arbeiten, dann bin ich sehr überzeugt, wird man über manche Schwierigkeit hinwegkommen. Es kommt nur darauf an, ob der Wille vorhanden ist. Allerdings, wenn die Buchdrucker kommen und sagen, erst wollen wir den Tag feiern, dann wollen wir auch noch den Tageslohn haben, und wenn sie sich dann noch darüber streiten, ob sie etwas abgeben sollen — Parteigenossen sind es nicht, die so etwas tun. (Lebhaftes sehr richtig!) Ich bebauere diejenigen, die einer solchen Handlungsweise noch das Wort reden. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Uns geht weiter nichts, als daß wir über die Mitarbeiter nicht mehr reden. (Heterkeit und Sehr gut!) Wir haben die Mitarbeiter tot geredet in Deutschland, ich wünsche, daß wir uns in Zukunft auf unseren Parteitagen damit wenig befassen und daß wir uns auch auf dem nächsten internationalen Kongress damit nicht befassen. In der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und General-Kommission ist ausgesprochen, daß die Arbeitsruhe maßgebend sein soll. Das ist eine Verbesserung. Deshalb sollen wir nicht mehr reden, sondern handeln. Dann werden wir auch das erreichen, was wir notwendig gebrauchen. Das ist das Beste, was es geben kann. (Die Redezeit ist abgelaufen. Lebhafter Beifall.)

Geistliche Königsgesellschaft: Ich kann die Ansicht des Genossen Kömmling nicht teilen, das über die Mitarbeiter weiterhin nicht gesprochen werden soll. Jedenfalls solange nicht, bis eine befriedigende Lösung der schwebenden Streitfragen stattgefunden hat. Diese kann ich in den vorgelegten Vereinbarungen nicht erblicken. Neben kleinen Verbesserungen finde ich eine direkte Verschlechterung darin, nämlich die Bezirksfonds an Stelle der Lokalfonds. Breslau z. B. und Königsberg können die Mitarbeiter durch Arbeitsruhe nicht mehr empfehlen, wenn sie für den ganzen Agitationsbezirk mit verantwortlich gemacht werden. Auch halte ich den Passus für bedenklich, daß die Gewerkschaften die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen haben, wenn sie in Anbetracht der Ausperrungen Lohnforderungen erheben. Ich bitte unseren Änderungsantrag anzunehmen. Ich hoffe, daß daran das Einvernehmen mit der Generalkommission nicht scheitern wird. Alle die, diebeantragungen, über die Mitarbeiter zu entscheiden, müssen auch zu den Kosten herangezogen werden, da dazu auch die Parteistellen gehören, müssen wir auch einen Teil der finanziellen Lasten übernehmen. Wir in Königsberg sind der Ansicht, daß bei kurzen Ausperrungen die örtlichen Organisationen allein die Kosten übernehmen. Eine ganze Anzahl Gewerkschaften, z. B. die Metallarbeiter, Goldarbeiter usw., geben obligatorische Namemarken aus, und da wird nun gesagt, die Partei könne keine Pflichtbeiträge einführen, denn sie werde doch im Nichtertragsfalle die Mitglieder nicht unterstützen wollen. Stellen wir uns doch nicht ein solches Armutszeugnis gegenüber der Gewerkschaftsbewegung aus. Die Partei wird doch tun können, was die Gewerkschaften vielfach durchgeführt haben. Die Opferwilligkeit für die Mitarbeiter wird noch außerordentlich unterschätzt, und die Erfahrungen mit dem Nürnberg Antrag machen mich nicht im geringsten feig. Die große Mehrheit der Arbeiter, die am 1. Mai in der Werkstatt frohden müssen, feiern mit uns mit Jugtrium im Herzen, daß sie nicht dabei sein können, und dieser Jugtrium wird sich umsetzen in Kampfschloffenheit und in die Entschlossenheit, Opfer zu bringen, um endlich aus der Knechtschaft herauszukommen. Für dieses Ziel einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten, werden die Genossen bereit sein. Es muß nur nicht der ganze Tageslohn sein, sondern ein anderer angemessener Beitrag. (Bravo!)

Darauf wird die weitere Debatte auf den Nachmittag vertagt.

Singer: Genosse Karoli macht mir in einem Schreiben einige Mitteilungen über die Ausführungen des Genossen Fischer. Ich kann nicht einem Mitglied des Parteitages sachliche Widerlegungen eines Redners zugestehen. Dagegen halte ich mich verpflichtet, mitzutun, daß Karoli feststellt, sowohl den betreffenden Artikel als auch sonstige Beiträge stets nur auf Verlangen der Redaktionen oder der Parteistellen geschrieben zu haben.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Aus der Partei.

Die gerüffelte Staatsanwaltschaft. Das Zeugniszwangsverfahren, das vom Schöffengericht Opladen (Kreis Solingen) am 30. Juli d. J. in zwei Privatklagen gegen den verantwortlichen Redakteur der Bergischen Arbeiterstimme in Solingen, Genossen Hans Deifel in Anwendung gebracht wurde, ist nunmehr auf die eingeleitete Beschwerde durch Entscheid der ersten Ferienkammer zu Düsseldorf zum Abschluß gebracht worden. Deifel sollte bekanntlich in zwei Privatklagen als Zeuge vernommen werden. Der vorstehende Richter und der Anwalt der klagenden Partei wollten von unserem Genossen wissen, wer ihm Material zu verschickenden Artikeln, die sich gegen einen katholischen Geistlichen richteten und in der Bergischen Arbeiterstimme vor circa fünf Monaten erschienen waren, geliefert habe. Deifel verweigerte mit dem Hinweis darauf, daß die fraglichen Artikel ja mit der zu verhandelnden Sache nicht das geringste zu tun hätten und nicht einmal mittelbar damit in Zusammenhang gebracht werden könnten, die Aussage. Auf Antrag des Anwalts der klagenden Partei nahm das Gericht den Genossen Deifel in beiden Fällen in eine Geldstrafe von je 25 Mk. Deifel erhob Beschwerde. Die Düsseldorf Ferienkammer I stimmte ihr in allen Punkten bei und hob beide Strafen wieder auf. In dem Entscheid wird u. a. ausgeführt: „Die Beschwerde ist begründet. Die Gründe einer strafrecht-

lichen verurteilenden Entscheidung müssen das zur Anwendung gebrachte Staatsgesetz bezeichnen. Die Vorschrift ist obligatorisch, ihre Nichtbefolgung muß deshalb zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung führen. Auch der § 59 Str.-P.-O. ist verletzt. Beschwerdeführer hat das Zeugnis mit Recht verweigert, da die Aussage ihm die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zugezogen haben würde. Beschwerdeführer hat keine Aussage als Zeuge gemacht, er konnte deshalb auch nicht zur Verurteilung angehalten werden, der Beschwerde war deshalb zu entsprechen.“

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 51. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Werttheoretisches. — Die politische Lage Ungarns. Von Dr. Varga. — Die Lage der Landarbeiter in Westpreußen. Von Dr. Wilhelm Grunach. — Die sechste internationale Gewerkschaftskonferenz. Von Josef Steiner. — Nochmals die bayerische Gemeindeverfassung. Von G. Kemmle. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Eduard Westermarck, Ursprung und Entwicklung der Moralbegriffe. Von G. Eckstein. Professor F. Trendelenburg, Ernährung und Volksnahrungsmittel. Von Lipkus.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Quer durch Leipzig.

Reichsgericht. 1888—1895 nach Plänen von Ludwig Hoffmann erbaut. Beschäftigung unentgeltlich, doch muß zuvor Meldung in der Kanzlei erfolgen.

Universität. Zwischen Augustusplatz und Universitätsstraße. Fassade am Augustusplatz 1891—98 nach Schinkels Entwürfen errichtet, im Giebelfeld, Relief von Rietschel, 1894—96 umgebaut und erweitert.

Neues Rathaus. Auf dem Areal der Pleißenburg. Erbaut 1899—1905 im Stil der deutschen Renaissance.

Altes Rathaus. Am Markt. Erbaut von S. Lotter 1550, erneuert 1907.

Fürstenaub. Grimmaische Straße. Erbau 1558 in edler deutscher Renaissance mit reicher Schnitzerei an den Türen. Neues Theater. Beschäftigung des Abends nachmittags von 2—4 Uhr, nach vorheriger Meldung beim Theaterinspektor.

Altes Theater. Am Fleischergäßchen

Schauspielhaus. Sophienstraße.

Zentraltheater. Am Thomasing.

Neues Gewandhaus. Täglich von früh 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr geöffnet. Eintrittskarten zu 1 Mark pro Person (für Vereine und auswärtige Gesellschaften bei Entnahme von mindestens 20 Billets zu 50 Pfg. pro Person) sind am Westportal zu lösen.

Neue Borse. Im italienischen Renaissancestil 1884—1887 erbaut. Beschäftigung nachmittags 9—4 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr. Eintrittskarten zu 50 Pfg. beim Hausmeister.

Das Zoologische Museum. Talstraße 33, ist jeden Sonntag von 11—1 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Sammlung der geologischen Landesuntersuchung. Talstr. 35, II, Sonntags von 11—1 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Archäologische und Ägyptologische Sammlungen der Universität (Augustusplatz). Im Sommersemester von 11—1 Uhr Sonntags geöffnet.

Botanisches Institut und Botanischer Garten der Universität. Almsstraße 1. Täglich geöffnet.

Städtisches Museum und Leipziger Kunstverein. Am Augustusplatz. Geöffnet an Sonn- und Feiertagen 10 $\frac{1}{2}$ —4 Uhr, Montags 12—4 Uhr, an den übrigen Wochentagen im Sommer 10—4 Uhr, im Winter (November bis März) 10—3 Uhr. Eintritt in das Museum Sonntags, Mittwochs und Freitags frei, Montags 1 Mk., Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pfg. An den Restsonntagen 25 Pfg. Der Eintritt in den Kunstverein beträgt für Nichtmitglieder 1 Mk.

Der Reichs Kunst-Ausstellung. Markgrafenstraße. Geöffnet von 9 bis 7 Uhr Wochentags und 11 bis 2 Uhr Sonn- und Feiertags. Eintritt 50 Pfg.

Gemälde-Ausstellung Mittenweg-Winisch. Grimmaische Str. 25, Ausgang Mittenweg 1/8, L. täglich von 9—7 Uhr abends, Sonn- und Feiertags von vormittags 11—3 Uhr nachmittags geöffnet.

Kunsthalle B. O. Weher u. Sohn. Schulstraße 8. Geöffnet Wochentags von 9—7 Uhr, Sonn- u. Feiertags v. 11—1/2 Uhr.

Grass-Museum. Museum für Väterkunde. Geöffnet an Sonn- und Feiertagen von 10 $\frac{1}{2}$ bis 3 Uhr, an den übrigen Tagen 10—3 Uhr, Montags geschlossen. Eintritt frei.

Grass-Museum. Kunstgewerbemuseum. Geöffnet an Sonn- und Feiertagen von 10 $\frac{1}{2}$ —3 Uhr, an den Wochentagen von 10—3 Uhr, Montags geschlossen. Eintritt frei.

Bibliothek und Zeichenkabinett an allen Wochentagen außer Montags von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Deutsches Buchgewerbe-Museum. Dolzstraße. Im Sommer geöffnet Wochentags von früh 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, Sonntags von früh 11—2 Uhr, im Winter hingegen nur bis zum Eintritt der Dunkelheit. Das Lesezimmer ist an Wochentagen (mit Ausnahme von Montag) von 9—2 Uhr und abends von 7—10 Uhr, sowie Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Dauernde Gewerbe-Ausstellung. An der Promenade. Reichhaltige und vielseitige Vereinigung gewerblicher Erzeugnisse und Neuheiten der versch. Art. Täglich geöffnet im Sommer von 9 bis 6 Uhr, im Winter von 9 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 6 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Die Sammlungen des Vereins für die Geschichte Leipzigs sind zurzeit geschlossen, sie werden ins alte Rathaus überführt.

Nikolaus-Museum im Gasthaus zum Napoleonstein. Ausstellung historischer Gegenstände aus der Zeit Napoleons I. Schillerhaus in Ostis, Mendestraße 42, täglich geöffnet.

Kaiser-Panorama. Reichstraße 20/21. Vorführung naturgetreuer Bildererien. Jede Woche eine neue Reise. Eintritt 30 Pfg. Vorzugskarten gültig.

Stadtbibliothek (im städtischen Kaufhaus), Universitätsstraße. Besessal geöffnet Wochentags und Donnerstags von 10 bis 1 Uhr, an den übrigen Tagen von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr. Bücherausgabe Mittwochs und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr, an den übrigen Tagen von 11 bis 1 Uhr.

Universitätsbibliothek. Beethovenstraße 6. Besessal ist geöffnet Wochentags von 9—1 und 8—6 Uhr. Bücherausgabe und Annahme von 11—1 Uhr und (mit Ausnahme Sonnabends) 8—5 Uhr.

Post, Telegraph, Fernsprecher. Die Leipziger Postanstalten haben Schalterdienst an Wochentagen von 7 Uhr (im Winter 8 Uhr) vorm. bis 8 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 Uhr (im Winter 8 Uhr) bis 9 Uhr vormittags und 12—1 Uhr mittags. Das Postamt Leipzig-Kleinposthof ist an Wochentagen von 1—2 Uhr nachmittags geschlossen.

Das Telegraphenamt und die öffentliche Fernsprechstelle im Postgebäude am Augustusplatz (Eingang Grimmaische Steinweg 1) sind ununterbrochen geöffnet; auch das Stadtfernsprechamt ist ununterbrochen im Betrieb.

Auskunftsstelle der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung. Grimmaische Straße 2, geöffnet Wochentags von 8 Uhr vorm. ununterbrochen bis 6 Uhr nachm., Sonn- und Feiertags von 10 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr vorm.

Büro der sächsischen Staatseisenbahnen. (Zentral Leipzig, Hof, Leipzig-Chemnitz und Leipzig-Meißen). Hauptstraße 2, (Hauptbahnhof, Abgangseite, d. Gebäude) in der 1. Bahnhofseinstiegsöffnung.

Auskunftsstelle der preussischen Staatseisenbahnverwaltung. Brühl 75 und 77, parterre im Laden. Geöffnet Wochentags von 8 Uhr vorm. ununterbrochen bis 6 Uhr nachm., Sonntags von 10 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr mittags.

Landgericht und Amtsgericht. Geschäftszeit vom 1. April bis 30. September von 8—1 und 8—6 Uhr, vom 1. Oktober bis 31. März von 9—1 und 8—7 Uhr, Sonnabends von 8—3 Uhr.

Unterschiedsamt Leipzig. Wilhelm-Schiffert-Strasse 6. Geschäftsstunden 8—1 und 8—6 Uhr, Sonnabends 8—3 Uhr.

Die Kassen der sächsischen Behörden sind geöffnet von 8 bis 12 $\frac{1}{2}$ und 8—8 $\frac{1}{2}$, Sonnabends 8—8 Uhr.

Städtisches Leihhaus. Expeditionszeit: Jeden Wochentag von früh 8 Uhr ununterbrochen bis nachm. 8 Uhr, während der Auktion nur bis 2 Uhr. Eingang für Pfänderverkauf und Herausnahme vom neuen Hofgebäude, für Einlösung und Verlängerung von der Nordstraße.

Städtische Markthalle. Rospitz 2. Geöffnet im Sommerhalbjahr Wochentags vormittags von 8 (im Winterhalbjahr von früh 7) bis 1 Uhr; nachmittags von 4—8 Uhr. Sonnabends und an den Tagen vor Feiertagen bis 9 Uhr.

Städtische Sparkasse Leipzig I. Nordstraße 2. Expeditionszeit: Jeden Wochentag. Einzahlungen, Rückzahlungen und Rückbildungen von früh 8 ununterbrochen bis nachm. 8 Uhr (im Januar nur bis 2 Uhr).

Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Bureau: Gellertstraße 7/9. Geschäftszeit von 8 bis 1 Uhr vorm. und 5 bis 6 Uhr nachm. Sonnabends ununterbrochen von 8—3 Uhr.

Denkmäler und Brunnen. Gellertdenkmal, nach Deser, in der südlichen Promenade. Leibnizdenkmal, im Universitätshof, von Hänel. Bachdenkmal, an der Thomaskirche, von Seffner. Theaterdenkmal von Rietschel, Ecke Promenade und Universitätsstraße. Rägdebrunnen am Rospitz. Mattenfängerbrunnen am Neuen Rathaus. Märchenbrunnen am Thomasing. Gellertdenkmal von Anauer und Böhmertdenkmal im Rosental. Mansfeld-Dittich- und Schoenlanddenkmal auf dem Südfriedhof.

Denkmäler und Brunnen. Gellertdenkmal, nach Deser, in der südlichen Promenade. Leibnizdenkmal, im Universitätshof, von Hänel. Bachdenkmal, an der Thomaskirche, von Seffner. Theaterdenkmal von Rietschel, Ecke Promenade und Universitätsstraße. Rägdebrunnen am Rospitz. Mattenfängerbrunnen am Neuen Rathaus. Märchenbrunnen am Thomasing. Gellertdenkmal von Anauer und Böhmertdenkmal im Rosental. Mansfeld-Dittich- und Schoenlanddenkmal auf dem Südfriedhof.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Revidierten Städteordnung alle Gemeindeglieder berechtigt, die

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbefehlten sind;
5. ein direkte Staatsinkommensteuer von mindestens 3 Mk. bezahlen;
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig bezahlt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsens bisher stimm-berechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmations-schein oder dergleichen);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreisbauhmannschaft die Aufnahme als sächsische Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Verheirateten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtschein von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursacht die Verbräunung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reich besteht ein Indigenat (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts usw. wie der Einheimische anzulassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbehörden des Heimatlandes ausgestellt werden. Dem Gesuch sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtschein), Militärapapier sowie 1.50 Mk. für Stempelgebühren.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schick es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar; schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch abschneiden und an die Segler verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Verschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adressen an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Arbeiter-Sekretariat

Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeiger Strasse 52. Auskunftsstelle für Rechtsfragen etc. — Sprechzeit nur an Wochentagen von 1/2 11 bis 1 Uhr und von 1/2 6 bis 1/2 8 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von vorm. 1/2 11 bis 7 Uhr abends. — Teleph. 5697

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalt

Freitag:
Speisekarte I (Sonnabend): Gutes Essen mit Schweinefleisch.
Speisekarte II (Zwischenspeise): Reis und Kohlrabi mit Rindfleisch.
Speisekarte III (Mittagspeise): Weizenkorn mit Schweinefleisch.
Speisekarte IV (Abendpeise): Saurebraten mit Schweinefleisch.
Speisekarte V (Mittagspeise): Weizenkorn mit Rindfleisch.
Speisekarte VI (Abendpeise): Weizenkorn mit Rindfleisch.

Die Lohnbewegungen, Streiks- und Aussperrungen im Jahre 1908.

I. Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Der Umfang und Erfolg der Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirkt in erster Linie bestimmt durch die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Mit der zunehmenden Ausdehnung der Gewerkschaften weicht sich naturgemäß auch die Zahl der Lohnarbeiter, die in Erkenntnis ihrer Klassenlage bestrebt sind, sich eine höhere Lebenslage zu erringen. Und diese Bestrebungen werden in um so größerer Maße von Erfolg begleitet sein, je härter die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ausgebaut ist.

Ohne Zweifel wird aber auch der Vollzug von Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erheblich beeinflusst durch den jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Konjunktur. Mit dem Aufsteigen der letzten wirtschaftlichen Prosperitätsperiode, die zugleich im Zeichen beständig steigender Lebensmittelpreise stand, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl und der Umfang der stattgefundenen Bewegungen, die im Jahre 1908, dem Jahre der höchsten Produktionsentfaltung, ihren Höhepunkt erreichten.

Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückschlag kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Kein Wunder! — Wurde doch das Jahr 1908 gekennzeichnet durch die tiefste Kurve des wirtschaftlichen Niederganges, welcher eine geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Während die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine starke Abnahme erfahren hat, ist andererseits die Zahl der Bewegungen gestiegen, die entstanden sind, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeitgeber das Jahr der wirtschaftlichen Krise in erhöhtem Maße benutzten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es zeugt von dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften, daß es diesen nicht allein möglich war, die Verschlechterungen erfolgreicher zurückzuweisen zu können als im Krisenjahr 1901, sondern noch darüber hinaus, trotz der ungünstigen Verhältnisse, Erfolge in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Die Zahl der Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung beträgt im Jahre 1908 5897. Im Jahre 1907 fanden dagegen 5053 Bewegungen statt. Es ist demnach ein Rückgang in der Zahl der Bewegungen von 2218 gleich 27,5 Proz. eingetreten. Doch ist die Zahl der Bewegungen noch höher als im Jahre 1905, welches 5650 Bewegungen aufwies.

In 3007 Fällen gleich 83,7 Proz. vollzogen sich die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und waren daran 440 434 Personen beteiligt.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 2050 mit 401 394 Beteiligten der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1907 um 1742 gleich 30,3 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 100 304 gleich 21,0 Proz. zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 282 gleich 106 Prozent und die Zahl der daran beteiligten Personen gar um 30 508 gleich 174,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 1655 Fällen gleich 54,2 Proz. mit 122 081 Beteiligten gleich 30,8 Proz. erfolgreich, in 930 Fällen gleich 30,7 Proz. mit 108 495 Beteiligten gleich 42,0 Proz. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. 83 Bewegungen waren am Jahresabschluss nicht beendet und von 10 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Diese 93 Bewegungen zählten 18 702 beteiligte Personen. Von den 548 Abwehrbewegungen war der Ausgang in 435 Fällen gleich 79,8 Proz. mit 36 491 Beteiligten gleich 75,8 Prozent erfolgreich, in 52 Fällen gleich 9,5 Proz. mit 3205 Beteiligten gleich 6,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos. Sowohl die Angriffs- wie auch die Abwehrbewegungen endeten im Jahre 1908 ungünstiger als in dem Vorjahre. Immerhin ist zu berücksichtigen, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch im Jahre 1908, trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur, außerordentlich groß sind, demgegenüber die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

II. Die Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Ungefähr in dem gleichen Verhältnis, wie ein Rückgang der Bewegungen eingetreten ist, hat sich auch die Zahl der im Jahre 1908 stattgefundenen Arbeitskämpfe — Streiks und Aussperrungen — gegenüber dem Jahre 1907 vermindert. Es fanden statt 2052 Arbeitskämpfe, dagegen im Jahre 1907 2792. Das sind weniger 740 Kämpfe gleich 26,5 Proz. Die Zahl der an Arbeitskämpfen Beteiligten ist dagegen um 154 147 gleich 54,8 Proz. zurückgegangen (von 281 030 in 1907 auf 126 883 in 1908). Es entfielen demnach im Jahre 1907 auf jeden Arbeitskämpfe 101 Beteiligte, 1908 dagegen nur 62 Beteiligte.

Von den 2052 Kämpfen waren Angriffstreiks 678 gleich 33,1 Proz., Abwehrstreiks 1117 gleich 54,4 Proz. und Aussperrungen 257 gleich 12,5 Proz. 1907 fanden statt: 1635 Angriffstreiks, 834 Abwehrstreiks und 323 Aussperrungen. Es waren beteiligt 1908 an den Angriffstreiks 30 187 Personen (1907 142 944), an den Abwehrstreiks 30 120 Personen (1907 33 348) und an den Aussperrungen 60 576 Personen (1907 104 738).

Die Zahl der Angriffstreiks hat sich um 957 gleich 58,5 Prozent und die Zahl der daran beteiligten Personen um 112 777 gleich 21,1 Proz. vermindert.

Es war von vornherein zu erwarten, daß unter den ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1908 die Angriffstreiks einen besonders starken Rückgang aufweisen würden. In solchen Zeiten sind die Chancen der Angriffskämpfe für die Arbeiter äußerst unsicher und die Kämpfe für die Arbeiter verlustreicher. Da ist es nur ein Gebot taktischer Klugheit, die Machtmittel der Organisation zu schonen, um sie in günstigeren Zeiten erfolgreicher zur Anwendung bringen zu können.

Von den 678 Angriffstreiks wurden 400 mit 17 968 Beteiligten geführt, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Im Verlaufe der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen wurden 177 Streiks mit 6826 Beteiligten geführt. Im Verlaufe der Arbeitszeit allein fanden 12 Streiks mit 351 Beteiligten statt. Von den Angriffstreiks insgesamt endeten 812 gleich 40,0 Proz. mit 10 848 Beteiligten gleich 35,9 Proz. erfolgreich, 175 Streiks gleich 25,8 Prozent mit 9813 Beteiligten gleich 32,5 Proz. hatten teilweisen Erfolg und 108 Streiks mit 8910 Beteiligten waren erfolglos. 4 Streiks waren am Jahresabschluss nicht beendet und von 21 Streiks blieb der Ausgang unbekannt.

Dabei die Angriffstreiks eine starke Verminderung erfahren, so hat die Zahl der Abwehrstreiks eine enorme Steigerung erfahren, die nur von den Krisenjahren 1901 und 1902 noch übertroffen wurde. 1907 fanden statt 834 Streiks, dagegen 1908 1117. Das ist eine Vermehrung um 283 Streiks gleich 33,9

Prozent. In dieser hohen Zahl der Abwehrkämpfe kommt die Sucht der Unternehmer zum Ausdruck, während der Zeit einer wirtschaftlichen Krise das Lebensniveau der Arbeiter herunterzubringen.

Nicht in dem gleichen enormen Verhältnis ist die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten gestiegen. Die 1907 geführten Streiks wiesen 33 348, dagegen die Streiks im Jahre 1908 36 120 Beteiligte auf. Die Beteiligungsdifferenz ist also nur um 2772 gleich 8,3 Proz. gestiegen. Wie aus diesen Zahlenverhältnissen hervorgeht, waren im Jahre 1908 die Abwehrstreiks nicht so umfangreich als im Vorjahre.

Von den 1117 Abwehrkämpfen des Jahres 1908 wurden 573 mit 16 050 Beteiligten geführt um Zurückweisung von Lohnreduktionen. Wegen Maßregelung fanden statt 179 Streiks mit 5724 Beteiligten.

Überaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 87 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren!

In 10 Fällen mußte gegen den Willen der Unternehmer verlangt werden, daß die Organisation gekämpft werden. In diesen Streiks waren 458 Personen beteiligt.

Von den gesamten Abwehrstreiks endeten 525 gleich 47,0 Prozent mit 16 185 Beteiligten gleich 44,8 Proz. erfolgreich, 139 gleich 12,4 Proz. mit 6808 Beteiligten gleich 18,9 Proz. teilweise erfolgreich und erfolglos 410 gleich 36,7 Proz. mit 11 822 Beteiligten gleich 32,7 Proz. 20 Streiks waren am Jahresabschluss nicht beendet und von 17 Streiks blieb der Ausgang unbekannt. An den letzteren 48 Streiks waren 1905 Personen beteiligt.

Getreu der bisher geübten Kampfsmethode hat das Unternehmertum auch im verflochtenen Jahre wieder zahlreiche Aussperrungen über die Arbeiterklasse verhängt, um diese seinem Willen gefügiger zu machen. Eine wesentliche Verschiebung in der Zahl der Aussperrungen zu den gesamten Kämpfen gegenüber dem letzten Jahre hat jedoch nicht stattgefunden. In ungefähr dem gleichen Verhältnis, wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen ist, haben sich auch die Aussperrungsfälle vermindert. Es fanden statt 1908 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten, dagegen 1907 323 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten. Das ist eine Verminderung der Aussperrungsfälle um 66 gleich 20,4 Proz. und ein Rückgang der Beteiligungsdifferenz um 44 162 gleich 42,2 Proz.

Das tiefste Kampfmittel des Unternehmertums erst seine eigentliche Bedeutung verleiht, ist die Zahl der Arbeiter, welche von solchen Maßnahmen betroffen werden. Geht doch die Taktik der Unternehmer dahin, die Aussperrungen möglichst umfangreich zu gestalten, um die Widerstandsfähigkeit der bei einem Kampf in Frage kommenden Gewerkschaft bald zu brechen.

Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Einen großen Anteil an dieser Steigerungsdifferenz haben besonders zwei Aussperrungen, von denen 20 100 Arbeiter der Werften betroffen wurden.

In 82 Fällen mit 4522 Beteiligten lagen den Aussperrungen Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden 52 Aussperrungen verhängt, an denen 3902 Personen beteiligt waren. In 13 Fällen mit 13 274 Beteiligten war ein Angriffstreik und in 24 Fällen mit 17 257 Beteiligten ein Abwehrstreik die Ursache von Aussperrungen. 21 Aussperrungen mit 433 Beteiligten dienten dem Koalitionskampf. 5 Aussperrungen mit 208 Beteiligten wurden verhängt wegen Verweigerung von Streikarbeit. Aussperrungen wegen der Meißler fanden 20* statt und wurden davon 9278 Personen betroffen.

Von den im Jahre 1908 stattgefundenen Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 gleich 21,0 Proz. mit 4928 Beteiligten gleich 8,1 Proz. erfolgreich und 84 Aussperrungen gleich 32,7 Proz. mit 20 241 Beteiligten gleich 48,3 Proz. teilweise erfolgreich.

Die Kämpfe des Jahres 1908 verursachten eine Gesamtausgabe von 4 477 039 Mk. Von dieser Summe entfielen auf die Angriffstreiks 1 081 709 Mk., auf die Abwehrstreiks 1 571 505 Mk. und die Aussperrungen 1 823 675 Mk. Von den Gesamtausgaben stießen aus den Kassen der Verbände 4 441 281 Mk. Im Jahre 1907 betrug die Ausgabe für den gleichen Zweck 12 304 082 Mk. Es ist also eine Verminderung in der Ausgabe für die Kämpfe von 7 827 043 Mk. eingetreten.

An den Kämpfen waren 40 Verbände beteiligt, davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 397, Holzarbeiter 243, Metallarbeiter 196, Zimmerer 199, Bauhilfsarbeiter 136, Fabrikarbeiter 101, Transporthilfsarbeiter 81, Brauereiarbeiter 71, Schuhmacher 53 und Steinarbeiter 52. Das sind zusammen 1460 Kämpfe gleich 71,8 Proz. der Gesamtzahl. Auf die übrigen 30 Verbände entfielen 583 Kämpfe gleich 28,4 Prozent. Mehr als 5000 Beteiligte hatten in den Kämpfen zu stehen die Verbände der Metallarbeiter 32 123, Textilarbeiter 17 492, Holzarbeiter 13 919, Maurer 11 065 und Fabrikarbeiter 6896. Von diesen 5 Verbänden waren zusammen 81 525 Personen gleich 64,3 Proz. der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 105 559 der Verlust an 2 045 585 Tagen Arbeitszeit und 7 923 540 Mk. Arbeitsverdienst festgestellt werden. Von den an den Kämpfen beteiligten 82 001 männlichen und 10 513 weiblichen Personen gehörten 83 412 männliche und 5503 weibliche Personen der Organisation an.

Von den am Schluß des Jahres 1908 beendet gewesenen Kämpfen wurden 1938 gleich 66,4 Proz. durch Vergleichsverhandlungen beendet.

III. Was durch die Lohnkämpfe erreicht wurde.

Es wurde schon erwähnt, daß die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung im Jahre 1908 ungünstiger verlaufen sind, als in den Vorjahren. Da auch die Zahl und der Umfang der Angriffsbewegungen einen Rückgang erfahren hat, so mußte mit einem stark verminderten Gesamtergebnis der Errungenschaften gerechnet werden. Diese Erscheinung gibt aber keine Veranlassung, die Wirksamkeit der Gewerkschaften in Krisenzeiten ungünstig zu beurteilen. Im Gegenteil! — Wir können aus der Statistik lernen, daß die Zeiten wirtschaftlicher Depression zwar einen ungünstigen Einfluß auf die Erfolge und Resultate der wirtschaftlichen Kämpfe ausüben vermögen. Die mehr oder weniger erfolgreiche Durchführung solcher Kämpfe ist jedoch auch in Krisenzeiten in erster Linie abhängig von der Machtenfaltung der Gewerkschaften.

Es wurde durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung erreicht insgesamt eine Arbeitszeitverlängerung für 59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 236 041 Personen im Betrage von 305 923 Mark pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielten 175 687 Personen.

Für jeden Beteiligten betrug im Durchschnitt die Arbeitszeitverlängerung 1905: 3 $\frac{1}{2}$ Stunden, 1906: 3 $\frac{1}{2}$ Stunden, 1907: 3 $\frac{1}{2}$ Stunden und 1908: 2 Stunden. Die Lohnerhöhung betrug für jeden Beteiligten 1905: 2,08 Mark, 1906: 1,86 Mark, 1907:

* Außer den Maiausperrungen, die der Metallarbeiterverband hatte und die in dieser Statistik nicht mit einbezogen sind.

1,92 Mark und 1908: 1,55 Mark. Die Durchschnittsraten des Jahres 1908 können mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse immerhin noch als erfreuliche Resultate bezeichnet werden.

Wie in den Vorjahren so wurde auch im Jahre 1908 der weitaus größte Prozentfuß an Arbeitszeitverlängerung und Lohnerhöhung durch die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung errungen. Und zwar bei der Arbeitszeitverlängerung, sowohl für Personen wie auch an Stunden, zu 89 Prozent der Gesamtzahl an Personen und Stunden; bei den Lohnerhöhungen zu 87,7 Prozent der gesamten Personenzahl und zu 85,3 Prozent der Gesamtsumme an Mark.

Gerade in diesem Moment kommt die wachsende Machtenfaltung der Gewerkschaften zum Ausdruck. Während einerseits die Gewerkschaften den Streik als das letzte Mittel betrachten, von dem nur dann Gebrauch zu machen ist, wenn alle friedlichen Mittel zur Erfüllung berechtigter Forderungen der Arbeiter versagen, wird andererseits der Unternehmer um so mehr versucht, eine Verständigung herbeizuführen, wenn er weiß, daß hinter den Forderungen seiner Arbeiter eine starke Gewerkschaft steht.

Betrachten wir nun das Resultat der im Jahre 1908 seitens der Unternehmer in so ausgiebiger Weise unternommenen Versuche, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es wurde abgewehrt: Arbeitszeitverlängerung für 2877 Personen in Höhe von 11 241 Stunden pro Woche, ferner Lohnreduzierungen für 23 552 Personen im Betrage von 52 278 Mark pro Woche; sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 30 474 Personen. Dagegen traten Verschlechterungen ein: Arbeitszeitverlängerung für 1007 Personen in Höhe von 3674 Stunden pro Woche, ferner Lohnkürzungen für 10 087 Personen im Betrage von 30 190 Mark pro Woche, sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 1583 Personen.

Am ungünstigsten haben die Unternehmer bei der versuchten Arbeitszeitverlängerung abgefeuert. Hier war es den Gewerkschaften möglich, den erheblichsten Teil der Verschlechterungen abzuwehren, während bei den Lohnkürzungen die Unternehmer etwas größeren Erfolg hatten als die Arbeiter. Nur für einen geringfügigen Teil von Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen nicht abgewehrt werden.

Das Resultat der Abwehrbewegungen zeigt, daß die Gewerkschaften auch in der Verteidigung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen trotz der Krise, und obgleich gewiß bei diesen Bewegungen die günstigen Chancen auf Seiten der Unternehmer waren, erfolgreiches geleistet haben.

Von den Errungenschaften entfielen auf die Aussperrungen: eine Arbeitszeitverlängerung für 1578 Personen in Höhe von 3740 Stunden und Lohnerhöhungen für 9793 Personen im Betrage von 13 135 Mark. Des Weiteren wurden bei den Aussperrungen abgewehrt: eine Arbeitszeitverlängerung für 219 Personen in Höhe von 809 Stunden und Lohnkürzungen für 1286 Personen im Betrage von 2876 Mark. Es trat ein: eine Arbeitszeitverlängerung für 116 Personen in Höhe von 208 Stunden und Lohnkürzungen für 290 Personen im Betrage von 503 Mark. Es war demnach auch bei den Aussperrungen die überwiegende Erfolgs auf Seiten der Arbeiter.

Bei den Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurden 1800 korporative Arbeitsverträge für 282 958 Personen abgeschlossen. Man kann den Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen nicht schlechthin als Erfolge der Gewerkschaften bewerten. Um feststellen zu können, inwieweit der Abschluß solcher Verträge eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedeutet, ist es notwendig, deren Bestimmungen zu kennen. Die Würdigung der Tarifverträge kann nur die Aufgabe einer besonderen Statistik sein.

Das Bild, welches wir an der Hand des reichhaltigen Zahlenmaterials von dem wirtschaftlichen Ringen der Arbeiterklasse in dem Krisenjahr 1908 entwerfen, ist nicht ganz so erfreulich, als wie wir es für die Vorjahre zeichnen konnten. Während die Arbeiterklasse unter den trüben Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise besonders hart um die Aufrechterhaltung ihrer Lebensbedingungen ringen muß, verschärft eine unfinnige Steuerpolitik die Leiden der Arbeiter. Wenn aber durch die Steuerpolitik des Staates zum Teil das illusorisch gemacht wird, was durch den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet an Verbesserungen der Lebenslage des Proletariats erreicht wurde, so ist das kein Beweis für die „Ausichtslosigkeit“ der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Es wird damit bestenfalls nur bezugt, daß die Arbeiterklasse leider auf dem Gebiete der Gesetzgebung noch nicht die Macht besitzt, um die Erfolge der wirtschaftlichen Kämpfe genügend sichern zu können.

Damit soll aber nicht behauptet werden, daß die Gewerkschaften bereits eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Macht besitzen. Zwar hat das Krisenjahr 1908 die Gewerkschaften besser gewappnet gefunden als die Krisenjahre 1901 und 1902. Aber noch steht ein großer Teil Arbeiter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterarmee Deutschlands fern. Diese großen Massen in das Heer der Klassenbewußten Arbeiter einzureihen, ist die dankbarste Aufgabe, die wir im Interesse des Befreiungskampfes des Proletariats erfüllen können. In diese Aufgabe nur halbwegs gelöst, so wird niemand mehr Ursache haben, über die „Ausichtslosigkeit“ der gewerkschaftlichen Bestrebungen zu klagen.

Die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats und deren Erfolge sind unentbehrliche Stappen auf dem Wege zur Befreiung der Arbeit aus den Fesseln der Lohnsklaverei!

C. Herrmann.



die Neue Welt, das illustrierte Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei, frei ins Haus zu erhalten, genügt es, dem Ausdräger oder der Ausdrägerin der Volkszeitung eine entsprechende Mitteilung zu machen.

Der Abonnementspreis der Volkszeitung erhöht sich dadurch im Monat nur um 10 Pf.

Die Neue Welt wird von den Genossen und den Frauen leider noch zu wenig beachtet. Wer das 8 Seiten starke Blatt unterhaltende und belehrende in gedrängter Form bietet.

Für die 10 Pf. im Monat hat der Leser der Neuen Welt außer dem durchweg gut ausgewählten Hauptroman (der jehige betitelt sich „Die Leute von St. Bonifaz“) mehrere Abhandlungen über technische, naturwissenschaftliche und Kunstfragen. Im Beilagen der Neuen Welt finden sich kleine Gedichte, Sittenbilderungen und Humoristika. Jede Nummer der Neuen Welt bringt eine oder mehrere Illustrationen.

Es kann also gesagt werden, daß zu dem genannten billigen Preise die illustrierte Wochenchrift Neue Welt alles aufweist, was für den Arbeiter dienlich ist und es sei deshalb auf sie zu recht zahlreicher Bestellung bei den Ausdrägern der Volkszeitung hingewiesen.



Erscheint 3 mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeiterschaft bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen



Abzahlungsgeschäfte
Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aquarion
A. Fischer, Promenadenstr. 10.
Arthur Helner, Reitzenhainerstr. 43.
Arthur Mühlner, Nürnberger Str. 21.

Bäckereien, Konditoreien
E. Albrecht, Li., Henriettestr. 11.
Adolf Braune, Li., Reuterstr. 39.
O. Hempel, Pausad., Johannist. 13.
Rob. Herold, Land., Reuterstr. 53.
W. Kabitzsch, Böhl.-Ehrb., Südstr. 34.
Otto Kind, Schl., Körnerstr. 59.
A. Kruczynski, Co., Biedermannstr. 65.
R. Pöhlke, Li., Henricistr. 12.
W. Popendlecker, Weinb. Str. 5.
K. Schröder, Li., Ecke Kaiser- u. Gießerstr.

Beerdigungsanstalten u. Sargmagazine
W. Fuchs, verw., v., Bogislavstr. 28.
Hübner & Schill, Bornaische Str. 33.
Hugo Irmerl, Körnerstr. 64.
Ernst Koenze, Lindenauer Str. 5.
E. Merkel, Zweinaundorfer Str. 12.
Gehr. Reiche, Zeechocherstr. 11.
Otto Rühl, Li., Marktstr. 8.
W. Steingruber, Co., Eisenach. Str. 34.
Wurzner Str. 41, Zweinaund. Str. 13. 15% R.
M. Verbeek, Kirchstr. 82.

Berufskleidung
H. Heerde, Bayerische Str. 34.
Ludw. Holthausen, Schönefeld,
Sonnt. v. 11-2 Uhr geöffnet.
Herm. Voigt, Böhlitz-Ehrenborg.

Bettfedern, Betten
Ad. Rirschberg, N., Reichstr. 30.
H. Oldag, Südstr. 2.
A. Petzold, Li., Birkenstr. 12.
J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1290.
G. Straube, Hedwigstr. 16.
Th. Truß, Hospitalstr. 20.

Bildereinrahmungen
Otto Steln, Co., Pegauerstr. 24.
M. Tüpe, Floßpl. 25. Tel. 11030.
Spez.: Arbeiter-Sinnsprüche.

Brauerien, Bierhandlg.
Brauerei Burghausen-Leipzig,
empfiehlt Genossensch. m. b. H.,
empfiehlt ihre vorzügl. Biero.
Markenstädter Brauerei
Liefert erstklassige Biero.
Neumann & Co., Schönau
Brauerei
Nickau & Co.,
Gohlis.
J. Pottkämper, Buttritzsch, empfiehlt
best. Malz u. Hopfen gobr. Biero.
C. Schubert, Porter- u. Flaschen-
bierhandlung, Südplatz 5.

F. A. Ulrich,
Trinkt Biero von:
Gehr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz.
Vereins-Bier-Brauerei
zu Leipzig.
Dampfbrauerei Zwenkau A. G.
Zwenkau.

Briketts, Kohlen
G. Behr Nachf., Oskar Schönau,
Li.-Vo., Kirchstr. 100 (a. Viad.).
Br. Berger, Stött., Hauptstr. 60.
Ernst Claß, Josephinenstr. 31.
O. Dorn, Neu-Mockau.
O. Frelberg, Co., Pfingststr. 19.
R. Frelberg, Kochstr. 13, Glückauf-
Brik. v. Bitterf. 50 Ztr. 865 Pf.
Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 30.
Rob. Hahn, Tauchaer Str. 47.
G. Kirschbaum, Li., Queckstr. 3.
R. Kretschmar, Co., Möck. Str. 8.
Leipzig Kohlenkonlor
Bill. Bezugsquelle f. Heizungsamat.
R. Morgenstern, Koch-Str. 25.
Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31.
B. Riedberger, Schönof., Südstr. 11.

Hermann Matz & Co.
Erlenh. Bahnhof Tel. 10937
Plagwitz Bahnhof Tel. 10938
Eisenach-Allee 40.
Stötteritzer Bahnhof Tel. 13694
Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Pausad.-Sommerf.
H. Schlichting, L.-Thonberg
Reitzenh. Str. 18.
Carl Schneider Nachf.,
Eutr. Str. 20, Freiladebahnhof.
A. Schwarze, Anger, Mölk. Str. 14.
B. Uhlig, Eutr., Dolitzscher Str. 58.
L. Volgt Nachf., Co., Hall. Str. 31.
Wagner & Parthaus, Wurz. Str. 142
Theod. Winkler, Eutr. Str. 20.

Butterhandlungen
Großmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.
J. Hartkopf, Commeniusstraße 8.
F. Klotzer, St., Chr.-Weiße Str. 11.
Hugo Kröber, Schönof., Leipz. Str. 46.
Butler-Kunze, Zeitzerstr. 51.
O. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.
J. H. Müller, Stötteritzer Str. 8 b.
F. Rückert, Li., Aurelienstr. 40.
Paul Steinbach, Torgauer Str. 13.
„Kauf Traubenbutter“
D. G. Vogel, Go., Lindenth. Str. 17.
A. Zieger, Klzsch., Dietskaust. 34.

Cacao, Schokolade
M. Bercht, Plgw., Zeechoch. Str. 34.
Alb. Görtner, Eisenbahnstr. 128b.
Otto Hörtzsch, Hauptgeschäft:
Fillalet: Gundorfstraße 2,
Gutmuthstraße 10, Markt 2.

Franz Keilhold
Hospitalstraße 14
Taubchenweg 18.
Bekannt seit vielen Jahren
durch seine vorzügl. Kukuaos,
Schokoladen und Mischungen.

E. Spieler, Mügges Nachf.,
Klzschn., Dietsk. Str. 2.

M. Thierbach, Karl-Heino-Str. 113
Verk. v. echt bayr.
Malz a. München, 1/4 Pfd. 20 Pf.

Cigarrenhandlungen
Fürst Potemkin-Cigaretten.
Arbeiter-Genossensch.-Zigarro, zu
hab. Tauchaer Str. 19/21
Franz Bauer, Taubchenweg 66.
G. Bauer, Co., Mousdorfer Str. 62.
A. Bibel, Ecke Kreuz- u. Langs Str.
Max Bösch, Nürnberger Str. 60.
R. H. Büttner, Nürnberger Str. 41.
Alfr. Dietze, Co., Pegauer Str. 24.
O. Döhler, Grözschn., Hauptstr. 41.
Fr. Eschke, Reudn., Rathausstr. 40.
Gehr. Felber, Zig.-Fabrik, Verk. d.
eig. Detail-Gesch., Blücherstr. 21.
M. Gellner, Pl. F.-Aug-Str. 27 a. Blf.
A. Gräßner, Li., Burgaunstr. 13.
Paul Grimm Nachf., Gartenstr. 13.
Jakob Held, Pl., Gießerstr. 23.
Herm. Kopp, Zeitz. Str. 34b.
C. Heyner, Bayr. Str., Ecke Sophienh.
H. Holmann, Leutzsch, Hauptstr. 11.
I. guto W. Jacob, Blücherstr. 47.
Zigarro W. Jacob, Ecke Berl. Str.
C. Juch, Breite Straße 8.
M. Köhler, Li., Gundorf Str. 23.
Otto Kolbe, Stött., Leipz. Str. 1.
R. Kompisch, Co., Lindenth. Str. 28.
Rud. Kühn, Li., Kanzlerstr. 40.
A. Lange, Li., Lützen Str. 103.
Herm. Mennicke, Windmühl-
straße 21.
V. Milantowski, Li., Litz. u. Dg. St. E.
Fritz Model, Dresdner Str. 49.
G. Morgner, Co., Waisenhausstr. 20.
Fritz Müller, Co., Pegauer Str. 45.
M. Mühlpfordt, Windmühl-
straße 17.
N. Müller, Li., Ecke Litzsch. Str. 24.
W. Müller, Eu., Delitzsch. Str. 24.
Oskar Pöhl, Eisenstr. 28.
M. Rothe, Tauchaer Straße 48.
Art. Rühl, Stött., Kreuzstr. 14.
H. Runkel, Pl., Lauchstädterstr. 15.
H. Sperber, Pl., Weidenfels. Str. 21.
G. Vogel, Schleußig, Jahnstr. 23.
Carl Wagner, Co., Pegauer Str. 23.
Alb. Weber, Pl., Weidenf. Str. 28.
H. Weber, Li., Gutmuthstr. 39.
E. Wich, Volk., Kirchstr. 44/46.
M. Wisotzky Nr. Vo., Ewaldstr. 16.
P. Wünschmann, Leu., Leibnizstr.

Damen-Konfektion
E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.
J. Krug, Johannsplatz 1/2.

M. Richter, Damen-Konfekt.,
Kinder-Konfekt.,
Spez. Riecke, Blus.
Plagwitz, Zeechoch. Straße.

Drogen, Farben
M. Aumann Nachf., Eisenstr. 23.
Carola-Drogerie, Li., Gund. Str. 38.
Carola-Drogerie, Riebeckstr. 30.
Curt Fritzsche, Möck., Wolfstr. 4.
E. Friedrich, Schönof., Leipz. Str.
Hartig, Li., Odermann, EkeLütz. Str.
Richard Heindl, Dufourstr. 24.
C. Heydenreich, St. Privatstr. 25.
L. O. Kaspar, Neht. Pl., Zeech. Str. 30
Stött., Eichstädtstr. 23.
Kurt Kiltner, Kolonialw. 10% R.
Krüll & Baumann, G. Aeuß. Hil. Str. 19
Curt Kunde, Stött., Eke Hauptstr.
A. Marek, Eisenbahnstr. 144.
Marlen-Drogerie, Lange Str. 32a.
Merkur-Drog., R., Dresdn. Str. 33.
Münster-Drog., U. Münsterstr. 20.
M. Naumann, Windmühlstr. 46.
Ost-Drogerie, Sell., Eisenstr. 150.
F. A. Peter, N., Neustädterstr. 13.
Reichs-Drog., Ranfische Gasse 7.
Franz Saltemmacher, Mockau.
H. Schuhmanns, Elisabethstr. 2.
G. Sell, Vo., Kirchstr. 43, Ecke Rabet.
M. Springer Nr. Li., Gundrf. Str. 37.
Bernh. Stehl Neht., Li., Markt.
Fr. Wittich Neht., Windmühlstr. 19.
A. Wünsch, Mö., Halleische Str. 25.
O. Zölsch, Christ.-Weiße-Str. 10.

Eisen- und Stahlwaren
E. Claus, Eutr., Wittenbg. Str. 34.
A. Farnor, Leutzsch, Hauptstr. 12.
Fedor Grob, Li., Josefstr. 33.
H. O. Hartung, Pl., Mersob. Str. 28.
E. Heinke, Eisenbahnstr. 98.
Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 33.

E. Hüscher, Schl., Körnerstr. 58b.
A. Hoppe sen., Zeechocherstr. 32.
A. Klitger, Co., Lothringer Str. 59.
Karl Koch, Klzsch., Hirzelstr. 12.
Conr. Kuntze, Delitzscherstr. 44.
M. Lange & Bieger, Eisenbahnstr. 45.
R. Lausch, Tauchaer Str. 6.
Julius Linke Nachf., Johannsplatz 5.
Alwin Minkwitz, Eisenhändler,
Stött., Hauptstr. 37, a. Rathaus.
M. Nietzsche, Kuchengartenstr. 10.
Gehr. Pilz, Taubchenweg 70/72.

Alwin Richter,
Dresdner Straße 36
L.-Anger, Breite Straße 22.
Eligio Sunda, Nürnberger Str. 9.
Seldel & Busch, Reitzenh. Str. 1.
A. Seyffarth, Co., Bornaische Str. 17.
Paul Vogel, Anger, Schirmerstr. 1
Lederausschn., Drogen, Farben.
A. Werner, Möck., Halleische Str. 12.

Färberien, Wäschereien
Paul Illmer, Weidenföler Str. 17,
Stö., Hauptstr. 57, Sophienstr. 6.

Hugo Luckner
Läden in allen Stadtteilen.
J. Lilders, Lindenau, Luppenstr. 4.
G. Samhammer, Eisenstraße 3,
Barfußgasse 11.

Fahrräder, Nähmaschinen
W. Bauer, Ang., Zweinaund. Str. 27.
G. Darnstädt, Li., Aurelienstraße
Ecke Mersob. Str.
Domasch, Pleischerplatz 1b.
E. Eisenreich, Gautzsch, Koh. Str. 58e.
W. Frenzel, Kaiserstr. 1 (Lützen. St.)
K. Gürtel, Markranstädter, Leipz. Str.
Haub. Spez.-Haus f. Fahrrad-Zube-
hör, Rep.-Werkst. Johannipl. 3.
O. Haubner, Grözschn., Mittelstr. 9

Bravour-Räder
Klarner & Eckhardt
Eisenstraße 12.
Klinge & Uhlmann, Eisenstr. 68.
C. Kuhnert, Stö., Wasserturmstr. 24.
M. Kühn, Li., Kulturstr. 15.
A. Lindner, Zwink., Lpz. Str. 164.
W. Patzschke, Oetzsch u. Gr. Städt.
P. Pohlitz, Bayerische Str. 7.
E. Sachse, Li., Demmeringstr. 32.
J. Schmittmann, Kzsch., Dietskaust. 4.
H. Steinhardt, Klzsch., Gießerstr. 67.
L. Stopp, Schleußig, Körnerstr. 70.
Paul Weirauch, Li., Lützen. Str. 40.
G. Winterstein, E., Wilhelminenstr. 11

Fischhandlungen
F. Baumann, Windmühlstr. 30.
F. Bester, Li., Morsoburg. Str. 75.
M. Beyer, Dresdner Straße 24.
F. Brocke, Dollak., Kreuzstr. 52.
Fischhalle Delphin, Bayerische Str. 23
Fischhaus Hausa, Wurzner Str. 2.
F. Tauchaer Straße 3.
B. Grosse, Nürnberger Str. 5.
E. Hahn, Co. Auß. Halleische Straße.
O. Harz, Eisenbahnstr. 22.
Müller, E., Zweinaund. Str. 10.
Pausdorfer Fischhalle, H. Oetzsch.
I. Schluß, Fischhalle, Körnerstr. 70.
E. Schmidt, Co., Auß. Hall. Str. 52.
Seesteln, Schirmerstr. 12.
E. H. Schubert, Kolonnenstr. 10.
Westv. Fischhalle, K.-Heino-Str. 69

Fleischereien
R. Abitzsch, Li., Leutzsch. Str. 17.
W. Apitzsch, Co., Lindenth. Str. 12.
A. Arnold, Sell., Wurzner Str. 107.
G. Bellwenger, Li., Gund. Str. 13.
Berneckner, Paul, Südstr. 21.
K. Felster, Ang., Zweinaund. Str. 20.
G. Frank, Zweinaundorfer Str. 8.
A. Fröhlich, Grözschn., Hauptstr. 38.
Louis Grübler, Pl., Klingenstr. 2.
Alfr. Hahn, Li., Morsoburg. Str. 46.
W. Hähnel, Klzsch., Windfr. Str. 83.
O. W. Hesse, Co., Mousdorfer Str. 63.
O. Lanzendorf, Klzsch., Dietskaust.
A. Minnert, Lou., Barneck. Str. 20
G. Pommer, Stött., Leipz. Str. 20.
Joh. Reith, Pl., Zeechoch. Str. 44.
Max Rothe, Sternwartenstr. 57.
O. Rudolph, Grözschn., Hauptstr. 27.
Edm. Tamm, Eu., Delitzsch. Str. 64.
Karl Timler, Stünz, Schulstr. 1.

Galanterie, Luxuswaren
Arbeitsl. Leute verdienen sof. Geld
durch d. Verk. auf tägl. Bed.-Art.
b. A. Lahl, Sternwartenstr. 14.
Otto Paschmann, Nürnberger Str. 33.

Grammoph., Sprechmasch.
A. Ferrari, Li., Lützen Str. 16.
G. Morgner, Co., Waisenhausstr. 20.
E. Sachse, Li., Demmeringstr. 32.

Gravler-Anstalten
Stempel-Haus, Hainstraße 19.

Gummiwaren
Irrig., Mutter-Spritz-,
Leibbind., Unterlag.,
Damenbind., Verband-
watte usw. sowie alle Art.
z. Krank- u. Wochentpl.,
hyg. Bedarfsart. Diskret.
Versand nach auswirts.

Carl Klose, Leipzig, 6, Hainstr. 10.
auf Verl. gr. 2. Gesch.: Querstr. 4-6.
Dresdner Str. 60, I.
Frau O. Kahle,
Marie Körtling,
Pl., Zeechoch. Str. 37,
neb. Westendhallen.

Haus- und Küchengeräte
Blasberg & Co., Dorotheenstr. 2.
Holzw., Leiterweg.
Rudolf Ernst, Lou., Hauptstr. 25.
Paul Jentzsch, Pausad.

O. Lang, Böhlitz-Ehrenborg.
Lange & Bieger, Eisenbahnstr. 45.
Otto Pauling, Bayerische Str. 42.
A. E. Schlimmann, Eu., Wilhmin. Str.
M. Wölke, Co., Pegauer Str. 21.
Ldw. Wünsch, Sell., Wurz. Str. 67.

Horren-Artikel
Otto Gräfe, Körnerstr. 68.
Joh. Köst, Kreuzstr. 46.
Max Schott, Zweinaund. Str. 13.

Herren-Garderobe
E. Breitenborn, Eisenstr. 59/61.
Gerzons Modenhaus, Kirchstr. 67.
Abonnenten 10% Rabatt.
A. Glitz, Grözschn., Hauptstr. 38.
H. Günther, Schindrm., B., Bergstr. 25.
J. Herzer, Nürnberger Str. 35.
Hinkel, Dresdner Straße 58.
Ludwig Holthausen, Schönefeld,
Sonntags von 11-2 geöffnet.
J. Joske Nachf., Nürnberger Str. 7.
R. Martin, Pl., Karl-Heino-Str. 30.
R. Neumann, Brühl 27.
Rich. Otto Nachf., Nürnberg. Str. 25.
Reichstr. 33/35.
v. Gelegenheits- u. Partipost. in
Herr.-Knab- u. Arbeits-Garder.

Hüte, Mützen
Dietsch-Diesing, Auß. Hall. Str. 56.
W. Gierach, Stött., Hauptstr. 67.
H. Helze, Kurprinzstr. 4.
Helbig, P., Möck., Halleische Str.
F. Hertling, Co., Bornaische Str.
F. Franz Hohmann, Albertstr. 5.
H. Hrehe, Leutzsch, Hauptstr. 82.
Martha Jäger, R., Reitzenh. Str. 23.
Anna Klaus, Eisenbahnstr. 32.
A. Kluge, Taubchenweg 43.
R. Lotze, Co., Lindenth. Str. 10.
Magazin z. Pfau, Reichstr. 29/31.
R. Schulze, Li., Mersob. u. Aurel. Str. E.
W. Siegel, Li., Kulturstr. 3.
J. Stenzer, Ranfische Gasse 2.
C. H. Wolf, Li., Kulturstr. 6.

Kaffee und Tee
Aug. Hofmann, Johannsplatz 4-5
Fernspr. 12003.

Kaufhäuser
M. Abraham, Co., Auß. Hall. Str. 118

Kaufhaus Brühl
G. m. b. H.

Kinematographen
Carola-
Die gläserne Wand, Nikolastr. 10
(Metropol-Theater), Ritterstr. 9.
Die weiße Wand, nur Krystall-
Palast, Palais
Der Weltspiegel, Li., Kaiserstr.
Schmidts Flora-Theater, Weissf. Str.

Koffer, Lederwaren
K. Blah, Wdmstr. 32, Tauch. Str. 16.
L. Dillinger, Reichsstraße 36/38.

Kolonialwaren
Rich. Ahuert, Co., Hall. Str. 74.
M. Berger, Stött., Leipziger Str. 34.
R. Bierich, Riebeck-Str. 32.
G. Bochmann, Hedwigstr. 11.
Herm. Boy, Mariannestr. 81.
Edmund Börner, Bogislavstr. 2.
J. Fr. Canitz, Li., Kulturstr. 22.
Karl Dähne, Grözschn.-Windf.
Paul Dietz, Brandvorwerkstr. 15.
H. Dietzsch, Sellerh., Eddelbstr. 2.
G. C. Elserbeck, Kirchstr. 40.
F. Hahnemann, Kirch- u. Eisb. Str. E.
Ed. Hädge, Weidenföler Str. 47.
Otto Häbler, Wurzner Str. 29.
H. Hentschel, Li., Gund. Str. 44.
C. Heydenreich, St. Privatstr. 25.
R. Hunger, Turnerstr. 20, E. Windmst.
Paul Jentzsch, Pausad.

Korbwaren, Kinderwagen
M. Herrmann, Möck., Hall. Str. 94.
Fopp, Panorama, Roßplatz.

Kranken-Bedarfs-Artikel
E. Friedrich, Schönof., Leipz. Str. 8.
P. Liedtke, Li., Dreilindenstr. 5.
Georg Valentini, Nürnberg. Str. 51.

Kurz- und Wollwaren
Aug. Besser, Pl., Zeechoch. Str. 40.
Aug. Beyer, Vo., Mariannenstr. 84.
Martha Fiedelsen, Pausad.

Lederhandlungen
R. Benke, Müngzasse 28.
A. Funk, Li., Holteistr. 28.
Aug. Funk, Vo., Hildgardstr. 40.
H. Martin, Gr. Fleischergasse 21.
E. Pätzsche, Neusch., Konradstr. 33.
R. Schmidt, Co. Auß. Hall. Str. 6 H. P.

Manufakturwaren
R. Hofmann, Stö., Wassert.-Str. 20.
J. Krug, Johannsplatz 1-2.
A. Lumpisch, Böhl.-E., Leipz. Str. 57.
A. Neubert, Bogislavstr. 11.

Möbelmagazine
O. Arnold, Klzsch., Klingenstr. 35.
G. Bergmann, Sell., Bautzm. Str. 1.

Die essentialen Möbelhallen,
Windmühlstr. 25, I.
C. Bretschneider, vis-a-vis Krystallp.
W. Brendel, Nürnberger Str. 16.
Herm. Dietrich, Li., Mersob. Str. 83.
Herm. Fentus, Co., Hall. Str. 100.
C. F. Gabriel, E. Reichstr. u. Goldg.
Otto Helme, Klzsch., Gießerstr. 87.
J. Hörtzsch, Nürnberger Str. 54.
Alfr. Jentzsch, Möbelh., Burgstr. 9.
Krause, Humboldtstr. 18.
Leipzig Spezial-Möbel-Lackiererei

Rich. Vieweg, Ludwigstr. 70
Paul Lendel, Li., Aurelienstr. 4.
W. Mansch, Markranstädter, Markt.
E. Pauster, Pl., Mersob. Str. 18.
G. Panzer, Co., Reginenstr. 1.
Herm. Pfefferkorn, Grözschnoch.
G. Pöhl, Rabet 7.
Arno Pöhner, Co., Pegauer Str. 36.
Wilh. Rabald, Wurzner Str. 47.
Wilh. Röhner, Schl., Jahnstr. 19b.
Georg Starke, Pl., Zeechoch. Str. 37.
Rich. Steiger, Li., Burgaunstr. 7.
Uslaba Möbelmagazin, Pausad.

A. Vieweg, Stötteritz,
Mittelstr. 18.
Möbelmag. West, Westpl. Eing. Ko-
lonnadenstr. 34, I.
H. Wunderlich, Ang., Breite Str. 17.

Molkereien
Ernst Beyrich, Sidonienstr. 9,
Boosstr. 4, Go., Gohlisstr. 63.
O. Bischof, Lange Straße 17/19.
Jos. Fritsch, Klz., Wigandstr. 22.
E. Gerstenberger, Pl., Alte Str. 28.
Richard Voigt, Eisenbahnstr. 00
Katharinenstr. 6.

Musik-Instrumente
A. Zuleger, Königsplatz 6.

Obst, Grünwaren
Gust. Brade, Zeitzer Str. 37b.
H. Kühn, Ang., Zweinaund. Str. 0.
Thüring. Apfel-Zentr., Querstr. 6.
R. Zeller, Gohlis, Reginenstr. 2.

Optiker, Mechaniker
Wilh. Müllitz, Kolonnenstr. 32.

Papier- und Schreibwaren
O. Burkhardt, Schön., Leipz. Str. 66.
Pl., Zeech. Str. 30.
C. Jungmann, Linden., Kaiserstr.
O. Knobl, E. Hammer- u. Born-Str.
Rob. Korb, Zweinaundorfer Str. 5.
P. Poltz, Möck., Leipz. Str., Zigar.
A. Richter, Schönof., Hauptstr. 17.
J. Schüllermann, Schönefeld.
R. Teutsch, Li., Kanzlerstr. 2.
E. Vetter, Li., Gundorf Str. 23.
A. Voigt, Li., Gundorf Str. 44.
M. Wetzel, Li., Uhländstr. 6.
A. Zschorn, Klzsch., Dietskaust. 73.

Photographen
G. B. Gübler, Eu., Wilhelminenstr. 4.
R. Liebscher, Pl., Zeechoch. Str. 25.
Franz Nöbler, Pl., Frießelstr. 5.
P. Petersmann, Klz., Dietskaust. 13.
W. Schwaarschmidt, Nürnberg. Str. 49.

Putz, Modes
E. Dietrich, Co., Bornaische Str. 42.
Dresd. Huffabrkg., Eisen. Str. 115.
A. Franz, Grözschn., Hauptstr. 23.
Marg. Friedrich, Tauchaer Str. 9.
E. Hübner, Hildke, Eisenbahnstr. 9.
E. Knusel, Eu., Delitzscher Str. 25.
Schoen, Aug. Klz. Windmühl. Str. 84.
Mel. Schneider, Li., Gund. Str. 3.
H. Schwarz, Klzsch., Dietskaust. 32.

Roßschlächtereien
A. Glöbler, Stö., Leipziger Str. 44.
Hummel, Lou., Barneck. Str. 27.
Herm. Koch, Klzsch., Hirzelstr. 10.
O. Kranz, Plgw., Lauchstädterstr. 24

Schirme, Stöcke
Hahndorf, Li., Kulturstr. 4.
Marie Körtling, Pl., Zeechoch. Str. 37,
neb. d. Westendh.
J. Mielentz, Auß. Halleische Str. 68.
M. Milker, Neusch., Eisenbahnstr. 38.
Math. Missbach, Zeitzer Straße 37,
vis-a-vis Volksh.

Schleifereien
L. H. Gasch, Hainstr. 12.
Kemper, W., Eisenbahnstr. 21.
Ernst Priort, Co., Bornaische Str. 8.

Schnellbeschl.-Anstalten
F. Lohmann, Ang., K.-Krauso-Str. 2.
F. Schlotz, Vo., Natalienstr. 20.
Osw. Weinhold, Schleußig, Jahn-
straße 7, Ecke Körnerstr.

Schuhwaren, Schuhmacher
A. Abelmann, Eisenbahnstr. 60.
G. Albrecht, Nürnberger Str. 33.
H. Bannass, Pl., Karl-Heino-Str. 47.
W. Bautz, Wurzner Str. 16a.
Ernst Becker, Ranst., Steinweg 29.
Karl Behrend, Li., Habelstr. 25.
W. Bertram, Thonb., Stött. Str. 14.
Arthur Beyer, Auß. Hall. Str. 64.
W. Böhm, Schönof., Hauptstr. 10.

Robert Böhme
Kleinzechoch., Dietskaust. 74
Schleußig, Körnerstr. 44.
L. Borfied, Zeech. Str. 22, Mühlstr. 31.
Frdr. Brähne, Neusch., Kirchstr. 80.
Br. Büttner, Reitzenhainer Str. 34.
R. Büttner, Sell., Wurzner Str. 81.
Berth. Dröhs, Südstr. 31.
Oskar Frauendorf, Li., Mersob. Str. 41,
Ecke Aurelienstr.

H. Gimpel, Neureudn., Stött. Str. 5
K. Harting, Co., Bornaische Str. 32.
P. R. Hartwig, Eisenstraße 11.
L. Hellmann, Möck., Lpz. Str. 18.
Richard Hennig, Gautzsch.
W. A. Hennig, Nürnberger Str. 10,
Ecke Johannsgasse
Schulwaren, Bestllg. u. Reparatur.
Ernst Herrmann, Li., Gund. Str. 8
A. Kaiser, Kolonnenstr. 20.
A. Kern, Schuhmacher, Pausad.

Rosenberger, P. Gohlis, Linden-
thaler Str. 16.
B. Ruhland, Zeechocherstr. 57.
R. Rumler, Li., Josephstraße 43.
Herm. Schlotz, Dresdner Str. 69.
Fr. Schilling, Li., Aurelienstr. 57.
A. Schneider, Li., Gundorf Str. 10
Carl Scholz, Buttritzsch,
Magdalenenstr. 29.
P. Scholz, Wahren, Hall. Str. 60.
J. Stechmüller, E. Siem.-u. Gießerstr.
E. Teichmann, Co., A. Hall. Str. 110.
Herm. Warmuth, Leu., Grenzstr. 3.
W. Woldner, Neusch., Wurz. Str. 26.
E. Wislky, Stött., Mölkauer Str. 1.
F. Wittig, Gabelbergerstr. 19.

Tapeten, Linoleum, Wachs.
Loyer & Hennig, Brühl 25.
Süßmann-Krause, Querstr. 1.
Ad. Tröger, Co., Lindenth. Str. 20

Teppiche, Gardinen
Engels, Hainstraße 28, Portieren
und Möbelstoffe.

Uhren, Geldwaren
Paul Biedermann, Li., Markt 12.
O. Blockhaus, Vo., Wurzner Str. 17.
Lindenau.
Gg. Bruchmann, Demmeringstr. 52.
O. Geelhaar, Pl., Zeechoch. Str. 52.
R. Goppert, Pl., Zeechoch. Str. 25.
Herm. Grabe, Kurprinzstr. 16.
P. Hagemann, Kohlgrabenstr. 52a.
Otto Haedcke, N., Eisenbahnstr. 0.
H. Hennings, Böhlitz-Ehrenborg.
Hilbert, Leutzsch, Hauptstr. 27.
E. Holzmann, Königsplatz 4.
Louis Keller, Kolonnenstr. 24.
Rich. Köppe, Pl., Zeechoch. Str. 55.
A. Kresse, Dresdner Str. 62.
M. Kemski N., Rabat. Städtliche
Nürnberg. Str. 6. Waren sowie Re-
paraturen ohne Preisauflage.

Vereins-Artikel
H. Lintzmeyer, Bayerische Str. 81.
Rich. Lipski, Ektorstr. 14.
M. Tautz, Reichstr. 15, Kochs

1000 Mark Belohnung
 zahle ich demjenigen, der mir nachweist, dass ich höhere Preise als nebenstehende pro Zahn mit Kautschukplatte fordern. 1,80 Mk. Zähne sind die best. existierenden amerikanischen mit echten Platinstiften, welche bei der Konkurrenz mit 3 Mk., 4 Mk. und noch mehr berechnet werden. Nach 12jähr. Fachtätigkeit bin ich in der Lage, meine Patienten durch persönliche Behandlung vollkommen zufrieden zu stellen und gebe gern für meine Arbeiten **10 Jahre schriftliche Garantie.**
Zahnziehen schmerzlos à 1 Mark
 Wenn nicht nach Wunsch schmerzlos, kostenlos. Gewähre event. gern 2 oder 3mal Zahlung. Man bemühe sich vertrauensvoll nach meinem Atelier. — Sprechzeit: Wochentags von 8-8 Uhr. Sonntags von 9-2 Uhr. Auswärtige Patienten werden in 1 Tage behandelt.

1000 Zähne 1800 M

Zahn-Praxis „Reform“ Dorotheenplatz 2 Inhaber: G. Mewald

Preise:
 Zähne m. Kautschukplatte 1 Mk.
 1,80 Mk. pro Zahn.
 Zahn- oder Wurzelziehen kostenlos.
 Umarbeitung schiesstsch. Gebisse pro Zahn 1 Mk.
 Fervortönen 1 Mk.
 Zahn- oder Wurzelziehen in örtlicher Betäubung 1 Mk.
 Reparaturen von 1 Mark an.
 Kammern u. Befest. kostenlos.
 Goldklamm., 14 karätig, 2 Mk.
 Sement-Flombe 2 Mk.
Spezialität:
 Plattenloser Zahnersatz.

Zur Aufklärung!
 Künstl. Zähne mit Platinstiften werden in Fabriken (deren größte in Amerika gibt) hergestellt; ich kann mithin nur dieselben Zähne verarbeiten, welche die Konkurrenz führt und gibt es keinen Unterschied bis zum Preis. Nachweis, verarbeitet ab, eine hier Firma für den Preis von 3 u. 4 Mk. Zähne m. Eisenstift, welche z. Kaue unbrauchbar sind u. nach kurz. Zeit abbrechen. — Kostenlose Auskunft Unzufriedenen und Geschädigten. (2888)

Arbeiter-Theater-Vorstellungen.
 Altes Theater:
 Sonntag, den 19. September, nachmittags 1/3 Uhr
Die Zähmung der Widerspenstigen.
 Lustspiel von Shakespeare.
 Sonntag, den 26. September, nachmittags 1/3 Uhr
Viel Lärm um Nichts.
 Lustspiel von Shakespeare.
 Leipziger Schauspielhaus:
 Sonntag, den 26. September, nachmittags 3 Uhr
Clavigo. Von Goethe.
 Garten-Ausgabe von Wittwoch, den 15. September ab. Karten sind in den bekannten Stellen zu haben. (1820)
 Doppelpflege 1,20 Mk. Einfache 60 Pfg. III. Rang 15 Pfg.
Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.
 Die Theater-Kommission.

Hölzels-Extrakte zur Selbstbereitung
 aller Liköre und Branntweine
 COGNAC-ROUM: 2222
 Louis Hölzel
 Leipzig



sind keine künstlichen Essenzen, sondern **reine Naturprodukte.** Sie erhalten damit **hochfeine Getränke** und **sparen Geld.**
 Zu Fabrikpreisen erhältlich bei Herren:
 W. Schmidt, Sophien-Elisenstr. 13.
 Max Naumann, Windmühlenstr. 46
 W. Landmann, Promenadenstr. 24
 Adolf Marek, E. Elisen-Körnerstr. 11.
 L. Paul Dürre, Gundorfer Str. 38
 J. F. Canitz, Kulturstr. 22
 G. A. Stark Nachf., Josephstr. 81
 Selterh., Oskar Döge, Wurzn-Str. 88
 Reudnitz: Otto Barrot, Kronenstr. 42
 W. Kohrssen, Unt. Münsterstr.
 Schl.: Ferd. Schütze, Köhneritzstr.
 Co.: F. A. Hentschel, Pegauer Str.
 Kitzsch.: Lützkendorf, Dieskaustr.
 Ernst Noa, Wiganstr.
 Neust.: J. A. Peter, Neustädter Str.

Monatsgarderobe
 10 Herren können sich 10 hochlegant u. sehr billig kleid. Neue u. wen. getr. Anzüge, Fracks, Hosen, Sommerpalet., Gesellschafts- u. feine 10 Grosse nicht kleine 10 (Soltes Kreis.) Schaul. (Nicht verwechseln!) im Hause d. städt. Speiseanstalt II.

Schuhwaren-Haus
 und Reparaturwerkstelle
 Rich. Rumler, L.-Lindenu
 Rich. Rumler, Josephstr. 43.

Kleinzschocher
 Größtes 4000*
Schuhwaren-Lager
 und Reparaturwerkstelle
Christian Gähel
 Diebstaustraße 11.

Herm. Strauss aus Solingen, zur Messe 4. Reihelka, gr. Post-Ep.-Bohrer, m. 1000 St. Spig., Vöfel., Nagel- u. Zentr.-Bohrer, St. 53 gr. Post-Werkzeuge, 800 D. u. Mess. u. Gabeln, Ebenh. m. H. Gehl., St. 203.

Bürgerliches Gesetzbuch
 30 Pfg.
 Volksbuchh. Leipzig u. Filialen

Goethe. Faust I. und II. Teil.
 Liebhaber-Einbd. 1 Mk.
 Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Grundlegende sozialistische Broschüren.

Wir empfehlen den Genossen zur Anschaffung:

Ignaz Auer: Von Gotha bis Wyden	20
Wilhelm Bracke: Nieder mit den Sozialdemokraten	10
August Bebel: Unsere Ziele. 50 Seiten	30
— Akademiker und Sozialismus	20
J. Dietzgen: Die Zukunft der Sozialdemokratie	20
Paul Fischer: Marx'sche Werttheorie. 50 Seiten	30
Hermann Greulich: Die materialistische Geschichtsauffassung	25
Wilhelm Liebknecht: Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen	25
— Wissen ist Macht, Macht ist Wissen. 72 Seiten	30
Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 70 Seiten	40
Ferdinand Lassalle: Ueber Verfassungswesen. 90 Seiten	50
— Offenes Antwortschreiben. 72 Seiten	40
— Die Wissenschaft und die Arbeiter. 56 S.	40
Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital	25
— Das kommunistische Manifest	20
— Grundsätze u. Forderungen der Sozialdemokratie. Ergänzt z. Erfurter Programm.	10
Karl Kautsky: Die historische Leistung von Karl Marx	30
— Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. 80 Seiten	40

Neuere sozialistische Schriften:

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. 104 Seiten	50
Julian Borchardt: Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. 64 Seiten Großformat	40
Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Zweite ergänzte Auflage.	40
Paul Lensch: Sozialistische Literatur	15

Alle Ansträger der Zeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
 Abteilung Buchhandlung
 Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 und die Filialen und Filialgeschäfte der Vororte.

In unserem Verlage **soeben erschienen:**
Neu! Die Brandschatzung Neu!
des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland
 von J. Karski. 90 Seiten stark. Broschiert Preis 50 Pfg.
 Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor:
Die Finanzwirtschaft Deutschlands, die indirekten Steuern Deutschlands:
 Einfuhrzölle, indirekte Steuern auf Lebens- und Genussmittel, wie Salz, Zucker, Bier, Branntwein, Wein, Tabak; ferner: Grund-, Gewerbe- und Verkehrssteuern, der Steuer-Raubzug im Jahre 1909.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.
 Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Str. 19/21.
 Die Broschüre kann auch bezogen werden durch sämtliche Filialen und Filial-Geschäfte der Vororte, sowie die Austräger der Volkszeitung.

Richard Lange
 Kleinzschocher
 10 Dieskaustr. 10
 empfiehlt sämtliche Artikel zur **Wochen- und Krankenpflege**
Hygienische Frauenartikel.
 NB. Dauernde Ausstellung von **Spielwaren aller Art.**

Neu! Soeben erschienen:
Aus der Tiefe
 (Arbeiterbriefe).
 30. Tausend.
Preis 1 Mark.
 Dieses Buch hat überall im In- und auch im Auslande ein gewaltiges Aufsehen erregt!
 Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Leipzig**
 Tauchaer Str. 19/21 und deren Filialen.

Ihre Anzüge
 m. wie „neu“ gereinigt u. gebügelt, Anzug 2,50 Mk. Abholung u. Zustellung frei. Postkarte genügt an Wilscherei, „Undino“ Döllitz-Leipzig.

Rat
 in all. Rechtsang., Schriftl. Gebett., Steuerrech., Schuld- u. Pfandsch., Gesuche, Eingaben, Testamenten, u. dgl. Paul Kalar, Reichstr. 22, II.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.
 Unsere herrlichen Orte werden gebietet, beim Einziehen von Wohnungen (z. B. auf die Wohnungsangelegenheit der Behr. Hofkassa) zu begleiten.

Zentrum.
 Bayrische Str. 74, II. M., freundl. Schlafstelle für Herrn zu verm.

Osten.
 Schönefeld, Dimpfstr. 40, kleine Parterre-Wohnung mit hellem Hausmannsposten per 1. Oktober zu vermieten.

Westen.
 W. Lauchstädter Str. 46, II. M., 11. Logis, St., Sa., K., 1.10. 3. v. m.

Lindenau.
 Wohnungen von 230 Mk. an, sofort oder später zu verm. Näh. Burgstr. 26, Zwischent. 115., od. d. den Panzerten Deumeringstr. 78 u. Wilmundstr. 13. (10424)

Vorkäufe und Käufe.
Süßes Wein
 vom Joh. & Peter 60 Pfg., empfiehlt Barofsky, Kitzsch., Dieskaustr. 69.

Billige Margarine
 höchste Qualität, 62 Pfg. pro Pfund, nur frische Ware. 10 Markthalle, Stand 114.

Gesundheits-Bonbon
 beste Qualität, empfiehlt Ernst Krieg, Bäckerei Sittlerstr., Wilscherei Straße 5.

Restaurationsgrundstück
 in lebhafter Kleinstadt in der Provinz Sachsen, das in ein **Gewerlichshaus** umgewandelt werden soll, trauheitshaber unter günstigsten Bedingungen billig veräußert. Dazu gehören Vereinszimmer, Saal, Restaurationsgarten und Regelpark. Voranschichtlicher Umsatz 500 bis 600 bestellter Lagerbier. Preis 48000 Mk. Anzahlung 8 bis 10000 Mk. Offerten unt. N. 84 an die Expedition dieses Blattes.

Damen-Monats-Garderobe
 A. Schröter, Alexanderstr. 17, II. Gelegenheitskauf in herrsch. getr. Dam.-Garderobe all. Art, alles bill. **Mess-Sonntage geöffnet.**

Herrsch. getr. Damen-Garderobe, Jackets u. 75 Pfg. an, Blusen u. 50 Pfg. an, alles billig, auch neue Sachen. Konsumwaren verkauft* **Sporling, Windmühlent. 45, I. I.**

Für Mutters Liebling
 empfiehlt der **Baby-Bazar**
 seine sämtl. Artikel in größt. Auswahl bei billigsten Preisen. Bettfedern u. fert. Betten v. bill. d. best. **Paul Prinsky, Lindenau 2726*** Gundorfer Straße.

Bettfedern — Reinig. u. Verkauf **G. Funke, Neub., Riechstr. 7a. ***

Bettwäsche
 Dowlan-Kissen 1 Mk. Bezug 4 Mk., Bettuch 2 Mk. fertig genäht, reell und billig. **Elisabeth Heidorn** Leipzig, Dorotheenstr. 2.

Möbel vert. bill. Teilg. gef. St., Merseb. Str. 62.*

Neue Wirtschaft verkauft Kleinzschocher, Maxstr. 8, pt. 1.* Elegantes Plüschsofa für 30 Mk. zu vert. Markt 2, 1/2 Treppe. Gebr. Sofa, Bettst. m. M., Kinderrtt., Splg., Spgschr., Näht., Kcht., Nümm., Büchschr. spottb. z. vk. U. Hölzest. 15h.

Musik-Instrumente
 Reparaturen, Saiten und Bestandteile. **M. Bauer, Lindenau Josephstr. 38. ***

Gute Nähmasch. u. n. u. all. App. bill. G. u. Neuf. Hallische Str. 74, I. I. Eleg. Freil.-Rad m. Glocke, Pumpe, 45 M. G. u. Neuf. Hallische Str. 74, I. I. Unterhalt. Kinderwagen bill. z. vt. Döllz. Probstheider Str. 12, pt. v. Eleg. Kindw. u. Sportw. m. G. u. n. Sofa b. z. v. U. Flemingstr. 9, III. v. Ganz neuer Kinderwagen zu vert. Kleinsch., Antonienstr. 32, II. I. Hand-u. Geschäftswagen bill. Volk., Rabel 50.*

Aquarien
 u. Zubehör liefert enorm billig **A. Glaschker, Tauch. Str. 26.** Zinstr. Preis. u. Anleitg. frei.*

Leiterwagen
 extra stark, sehr billig. (15613)* **Blasberg, Dorotheenstr. 2,** Eingang Thomasing. Hand-u. Geschäftswag. bill. A., Wörthstr. 17.* Nähm. z. t. gef. Peterssteinweg 10, I.

Kartoffel-Vorkäufe.

Kartoffel-Ausgabe
 weiße und rote Winterware, nicht mit Schund gedüngt, täglich von 8 Uhr an, am Leitern Bild-Portiger Wege. (16404)*

Rittergut Plauszig.

Kartoffel-Ausgabe!
 Große weiße Winterkartoffeln gibt täglich hinter dem Herrenhaus, am Feldschennweg, aus **Rittergutsökonomie Pausdorf.**

Winterkartoffeln
 weiße Königin (ohne Schunddüngung), gibt vom 8.—20. September alle Tage nachmittags am Denkmal aus (15917)* **Rittergut Breitenfeld.**

Arbeitsmarkt.

Stellen-Angebote
 Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der **Leipziger Volkszeitung.**

Tücht. organisierter **Barbiere** o. **Rost u. Vogls** gesucht. Off. unt. N. 85 an d. Exp. d. Bl.

Zurück G. Jentzsch
 (Institut für Naturheilkunde)
Plagwitz, Karl-Heine-Str. 53
 Fernsprecher 8198.
 Sprechzeit: 8—9, 1—3, Sonntags 8—10 Uhr. Dienstags und Freitags auch abends 7—8 Uhr.

Wohrere Betonpoliere
 m. Erfahrung i. Tiefbau u. Eisenbetonbau, möglichst mit eigenen Arbeiterkolonnen, werden für sofort nach Oberhiesleben gesucht. Off. u. „Beton 40“ an Rudolf Mosse, Gleiwitz O. S. (10497)*

Kistenmacher gesucht.
 Seitenstr. 6, am Westplaz.

Unterricht.

Einzel-Tanzunterricht erteilt **Curt Welz, Rajsch, Parigstr. 2.** Näh. Sonnabendmorgen. Zitherunterricht i. Kurf. sw. Eing.-Unt. M. Bauer, Pl., Annelienstr. 17, p.

Vermischte Anzeigen.

Frack- u. Gehrock-Anzüge verleiht **Müller** Emilienstr. 53, Ecke Windmstr.

Möbeltransporte werb. jed. Zeit zuverlässig u. billig von 5 Mk. an ausgeführt **Schwendorferstr. 23, H. I. u. Neumarkt 25, K. I.***

Möbelfuhren
 übernimmt bei allerbest. Ausführung zu äußerst billigem Preis **Gust. Behr, Stötteritz, Hofer Str. 6,** ab 25. 9.: Reudnitz, Rodolstr. 10. Komme sofort. Karte od. Tel. 5240.

Möbeltransporte
 auch mit Rollwagen. Auswärtige Transporte. Lagerung **Hans Eißner** Rosenthalerstr. 11, I. (10497)*

Möbel jeder Art werd. **billigst lackiert.** Leipzig. Spez.-Möbel-Lackiererei **Ludwigstraße 70. (16344)**

Strümpfe u. **ausg. u. bill. angefr. Masch.-Strümpfer.** Elisabeth Müller, L., Merseb. Str. 39.

Die schwierigsten **Fahrrad-Nähmasch.-u. Wringm.-Reparaturen** erh. Sie gut und billig ausgeführt im **Meteor-Fahrradhaus** **Gohls, Neuf. Hallische Str. 74.** Laufd. 2,50, Schlauche 2,50, Seiten, Laternen und alles **Zubehör staunend billig.**

Extrablatt dieser Nummer: **Von der Firma J. Sondheim, L.-Neustadt,** ein Prospekt für die Abonnenten in Leipzig-Off. (16442)



Reisebilder aus Spanien.

Von
M. Andersen-Negß,
Die Zigeuner.

4) Es ist ein kalter Morgen gegen Ende Januar — Freitag, der Markttag der Zigeuner. Der Schnee der Sierra ist in der letzten Nacht bis zur obersten Stadtbrenne herabgetropfen, die Springbrunnenbecken in Alhambra's Obengarten tragen klümmtes Eis. Die breite Alhambra, einstmal der Schauplatz der glänzenden maurischen Mitterspiele, liegt verödet.

Aber oben an der einen Ecke des Platzes, auf dem kleinen Markte, herrscht reges Leben. Da sitzen die alten Zigeunerweiber mit ihrem König und Pflaster und Blechgerät, wärmen die blauen Finger über der Kohlenpfanne, die sie im Schoße halten, und stoßen von Zeit zu Zeit einen schrillen Refrain aus. Sie zupfen mich am Ärmel, während ich vorbeigehe, und fordern mich zum Kaufen auf. Ich lehne es mit einem wohlwollenden Lächeln ab, aber nichtskleinerer fällt ein Regen von Schimpfwörtern über mich herab: „Gu, Mosju, que sea es! Wie garstig er ist, psst!“ Abstoßende schmutzige Gesichtsergrünungen über den Wangen hervor, und häßliche Bemerkungen fallen hinter mir.

In meinem Eifer, um die Ecke zu kommen, stolpere ich über den nackten verzwergelten Weinstumpf eines Zigeunertrümpels, den er gerade vor sich hin in die Luft hält, um Mitleid zu erwecken.

„Germano — Bruder! gib mir einen Schilling um Gottes Barmherzigkeit willen.“

„Ich gebe dir zwei, wenn du deinen Weinstumpf in einen Strumpf stecken und nicht so offen zur Schau stellen willst. Du verschaffst dir selbst eine Lungenentzündung und anderen einen zweifelhaften Genuß.“

„Sombro que si — das ist wohl wahr, Mann! Aber dann gibt man mir nichts.“

„Ich denke, man gibt dir dann mehr.“

„Nein, denn dann sehen sie ja nichts. Und die Leute wollen für ihr Geld etwas sehen — will man das nicht auch dort, wo du zu Hause bist? Sie schauen alle mein Bein an, und da gibt es immer einen oder den andern, der mit der Hand in die Tasche fährt. Die Damen sehen es auch, aber nur von der Seite, denn sie wollen nichts geben.“

„Stehst du, du bist ihnen zu brutal!“

„Nein, das nicht, aber sie sind geizig — wie alle Weiber. Aber dann strecke ich den Strumpf so weit vor, daß sie mit dem Aelch daran streifen; da etzeln sie sich und werfen mir eine Münze zu, damit ich es nicht wieder tue. — Soll ich also nicht deinen einen Schilling behalten und das Bein draußen lassen — Bruder, Edelmann?“

„Weinetwegen . . . Lebe wohl, Freund.“

„Geh mit Gott, Zenorito.“

Witten vor der Treppe der Domkirche liegt ein Esel, alle vier Beine von sich, den Hals über das Pfalter gestreckt und mit geschlossenen Augen. Er ist unter einer zu großen Last Holzstücke umgelunken. Der Treiber nimmt ihn die Last nicht ab, sondern schiebt ihn mit seinem schweren Stiefel in die Weiche und schreit: „Auf mit dir, Esel, wech, Hundstot!“ Aber der Esel rührt sich nicht, und nun beginnt er zu weinen.

Zwei Zigeuner kommen hinzu. Sie helfen dem Bauern nicht, sondern schimpfen über das Tier, sie wollen sich die Verzweiflung seines Herrn zunutze machen, um es für einen Pappentitel zu erschleien. Der Handel ist bereits in gutem Gang, als ein Priester die Treppe der Kathedrale herabkommt und dem Bauern besteht, den Esel zu entlasten. Dieser erhebt sich mühsam; er hat vom Fall Wunden auf den Knien und auf der Brust, und sein Rücken ist von dem ewigen Melken der Last aufgeschunden. In diesen Wunden braucht man bloß mit einem spitzen Stoch zu stoßern, und er jagt weiter, bis er stürzt. Er ist so müde, ein so stinker kleiner Esel, und seit er wieder auf den Beinen steht, will der Bauer von Verkauf nichts mehr hören. Dagegen verkauft er den Zigeunern die Holzstücke für eine Bagatelle — um sie nicht wieder aufladen zu müssen.

Man kann, um den Weg abzuschneiden, durch die große Kathedrale gehen; dies tun auch die meisten, und der Boden ist hier auf der einen Seite ganz abgetreten. Die Priester, die vor dem Altar knien, wüßten jeden Augenblick bei dem Laut der raschelnden Räder den Kopf drehen.

Dann eine lange enge Gasse, von schweren Balkons überhangen — die Schreibergasse. Die Strahenschreiber sitzen bei ihren Pulken und hauchen auf die erstarrten Finger; es ist keine Nachfrage. Nur bei einem Pult steht ein junges Mädchen und diktiert: mit besos y mil carinos, tausend Küsse und tausend Umarmungen; all dieser Ueberfluß soll in ein einziges Briefstück.

Die Mitte der Gasse liegt in ungangbarem Morast, und auf dem Jahrmarkt haben Schuhmacher, Schneider, Tischler und viele andere ihre Werkstätten aufgeschlagen. Ein Mauerer rührt auf dem bloßen Pfalter Kalk zusammen; man muß einen Fuß mitten hineinsetzen, um darüberzukommen, und das tut einer nach dem andern, ohne zu mußen. Hier sitzt ein Schuhmacher und nimmt einem jungen Mädchen, dessen Fuß im Schoße haltend, Maß zu schneuen; dort hockt eine Familie und verzehrt die Nüsse im Nussstein, ihr Frühstück, das auf dem Pfalter aufgeschichtet ist; drüben an der Mauer wehelt ein Mann das Hemd, während ein Weib vor ihm steht und die Aede ausbreitet, in einem verzweifelten Versuch, ihn zu verdeden.

Die Gasse verengt sich und verschwindet unter der Aufeisenswölbung des alten maurischen Torres Elvira. Da draußen liegt der Marktplatz der Zigeuner, ein langer Streif Sanderde, ausgegürtet zu einer Spitze, die an das Tor der Stervarena stößt. Auf der einen Seite liegen zahlreiche Weinstümpfe, auf der andern erhebt sich der Berg mit der Weberinnenstadt Albacín und darüber den Höhlen der Zigeuner.

Zaphaste Bauern stehen auf dem ganzen Plage, verschrumpt, blaugefroren, mit einem Tropfen unter der Nase, und halten ihre Tiere, die um jeden Preis angebracht werden müssen, beim Kopfe. Das Bewußtsein ihrer Bedrängnis, vereint mit der Kälte, die noch nicht aus der Luft gewichen ist, verleiht ihnen ein klägliches Aussehen totaler feilischer Verkommenheit. Triefjüngige Zigeuner schlendern von Gruppe zu Gruppe, belauern die Schwächen der Tiere und taxieren die Armut ihrer Besitzer, um sich später beider Umstände zu ihrem Vorteil zu bedienen.

Auch gehen Zwischenhändler umher, naive Spazier in langen Mänteln; sie sind mit dem Morgenzuge aus den Dassenstädten gekommen und trachten sich den Anseheln gewiegter Kaufleute zu geben. Die Bauern werfen ihnen sehnsüchtige Blicke nach und machen ihnen Zeichen, zu kommen und zu kaufen. „Kaufe mir etwas ab, Freundchen“, sagt ein kleiner Bauer zu einem langen Zwischenhändler. Damit keiner von

und von diesen da gepreßt wird.“ Und er deutet auf die Zigeuner.

Aber seine erpürmlichen langhaarigen Tiere, die den ganzen Winter von Malsstroß und trockenen Bergdisteln gelebt haben, fesseln nicht leicht die Blicke des Kaufstümpen, denn da drüben halten die Zigeuner mit Gruppen kleinerer Esel, die in seinen Mustern geschoren sind, und einladender Maultiere mit einer roten Trodel über der Stirne. Kein Spalter kann diesem Anblick widerstehen, hat er auch ein Dutzendmal erfahren, daß der Esel trügt.

Denn jedes Kind weiß davon zu erzählen, welche optischen Täuschungen ein Zigeuner hervorzubringen vermag, wenn es sich darum handelt, einem Käufer ein unanrührbares Tier anzuhängen. Man kauft hier die niedrigsten Esel und Maultiere, die sich nachher als gestickt erweisen und beinahe wie eine Nähmaschine zu zerlegen sind. Mittels Arsenik und heimlicher Kräuter werden die Tiere aufgeschläft, daß sie wohlgenährt aussehn, den Kopf hochtragen und die Aufmerksamkeit der Käufer auf sich ziehen. Tags darauf aber sind sie wie Lumpenbündel zusammengefallen, ihre schöne mausegraue Farbe geht ab und hinterläßt ein fahles, graugrünliches Fell, von dem große Stücke, die bloß auf die aufgetriebenen und runden Stellen aufgeklettert waren, wieder herausfallen. Und was den Schwanz betrifft, so kann man auch den oft nach Belieben abnehmen und wieder ansetzen.

Die Zigeuner werden einstmal, wenn sie in der andalusischen Bevölkerung ganz aufgegangen sind, einen eigentümlichen Beitrag zu deren Charakter geben, so wie sie ihn jetzt schon — durch ihr ausgeprägtes Handelsinstinkt — zu deren Volkstümlichkeiten liefern.

Der Andalusier selbst hat in dieser Hinsicht keine Talente; er kann zwanzigmal den Kürzeren ziehen, ohne daraus Klüger zu werden. Seine Niederlagen schreibt er den Zaubermitteln des Zigeuners zu, und denen ist ja kein Teufel gewachsen, wäre er auch noch so klug. Er ist vollkommen bar jedes allgemeinen Schätzungstalent, alles sätzt sich ihm nach seinen persönlichen Gefühlen; er urteilt, wägt und handelt nach unmaßgeblichen Gründen, nach dem Jir und Wider seines eignen Jchs. „Sein Gesicht gefällt mir, er soll den verlangten Preis für seine Ware haben!“ ist ein Ausspruch, den man oft hört. Aber hängt ein Handel hängt davon ab, ob ein Gesicht sympathisch ist oder nicht, so ist er jedenfalls ungernehmlich von der Jungferlichkeit des Widerparts. Ein Tier hat in den Augen eines Spaniers stets genau die Eigenschaften, die der berechnende Zigeuner — je nach der Natur der Situation — ihm beilegt. Denn in diesem schönen Lande hat jedes große und runde Wort Goldeswert, und die meisten Worte liefern den besten Beweis.

Und der Zigeuner hat weniger Gewissen und mehr Ueberredungskunst als ein westfälischer Pferdehändler. Er schlenkert in überlegener Ruhe umher, die Hände in den Taschen, läßt bald hier und verkauft eines seiner Tiere den Zwischenhändlern, macht bald eine Promenade über den Platz, um nach den Preisen zu fragen. Nach seinem höhnlischen Gelächter zu schließen, sollte man meinen, die Bauern seien unerschämte in ihren Vorberungen; hier verlangt einer 10 Duros (ca. 40 Mk.) für einen guten kleinen Esel; dort steht das hübscheste andalusische Fohlen um 170 Mk. Die mageren schlechten Tiere kann man vollends um billiges Geld kaufen.

Rings um die Freischenden haben sich kleine Gruppen gebildet. Die Zigeuner sehen lässig umher mit langen Felleisen in den Händen; hier und da hat einer die Viehschere rückwärts in der Schärpe stecken. Nachdem alles Schlichte, was von einem Tiere zu sagen ist, gesagt worden ist, macht der Käufer ein Angebot und sucht gleichzeitig unter allerlei Vorwänden den Bauern einen Duro zuzustrecken; dies ist das Handgeld, und gelangt es ihm, dem Bauer die Münze in die Hand zu drücken, so ist der Handel abgeschlossen. Aber der Bauer weiß es zu vermeiden; so oft er ihm das Geldstück in die Hände steckt, fällt es platzt zu Boden. Da kommen zwei lange Gassenbuben hinzu, zwei Zigeuner; der eine stellt sich auf Seite seines Stummelverwandten, der andre auf die des Bauern. Sie piffen abwechselnd die beiden Handelnden einander in die Arme, oder machen unter höchstlichem Geschrei den Gegner und seinen Klienten herunter — oder der Advokat des Verkäufers nimmt Käufer und Verkäufer um den Hals und zieht sie beiseite, während der andre Advokat hinterherläuft und alle drei an den Mänteln reißt. Es ist für den Unterteiligten ein tödlicher Anblick; der Bauer aber erinnert an einen Sterbenden, der die Kadavere wartend über sich kreisen sieht.

Noch ist Widerstandskraft in ihm, und der Kaufe verzichtet sich. Später kommt er zurück, und da steht der Bauer noch und hält seine Tiere beim Kopf, so bedrückt und versunken in seine Gedanken an Steuer und Abgaben, daß man ihn mit einer Nadel stechen kann, ohne daß er es spürt. Seine Preise sind noch weiter herabgegangen, und ehe der Abend kommt, kaufen die Zigeuner sein Tier um ein Drittel des Wertes.

Nächstes Freitag kann er, wenn er will, herauskommen und seine Tiere, jeht wohlgeputzt und geschoren und munter und ausgekragt, zu hohen Preisen in die Hände der spanischen Zwischenhändler wandern sehen. Dann stößt er ein caravala aus, hebt einen zerlauten Zigarettenstumpf auf, dreht sich eine Zigarette daraus — und der Handel ist vergessen. Und nächstmal geht es ihm ebenso.

Mitten zwischen Gruppen von Eseln und Maultieren sitzt ein altes Zigeunerweib ohne Nase, den Schoß voll kleiner roter Ferkelchen. Der Handel geht reißend, und jeden Augenblick wird ein Ferkel entfernt unter so lautem Gequie, daß die Esel schreien wie gesprungenes Metall und die schlanken andalusischen Pferde nervös zusammenzucken. Mäken an Mäken mit der Alten sitzt ein Zigeuner aus der Sierra mit bloßen Füßen, eine Pferdebedeckung um den Hals gewickelt, und bietet spitzmäulige kleine Wölfe feil. Die Zwischenhändler rennen mit flatternden Mänteln umher, die Zigeuner blingeln lächelnd mit ihren wimperlosen Augen, und die Wasserverkäufer — nächst den Bettlern Granadas unentbehrlichste Wesen — kreuzen den Platz wie Schwärme nach allen Richtungen, die Gläser in der Hand und das Korbbestück auf dem Rücken. „Aqua! hier ist Aqua! Frisches gutes Wasser, Schneewasser, Eiswasser!“ Nur die Bauern stehen unbeweglich mit einem Tropfen unter der Nase und halten den Kopf ihrer abgemagerten Tiere; sie haben hinter einer stummen und beharrlichen Obstruktion Zufuß gefunden, die sie rettet — bis auf weiteres.

Die Landstraße auf und ab fährt ein Eisenmonstrum, das der Lokomotive eines Dampfdrehwerts gleicht. Es ist mit fünf kleinen Eseln in langer Reihe bespannt, oben sitzt ein Zigeuner, der die Esel mit lauten Zurufen antreibt und dabei in einem Kessel rührt, dahinter geht ein altes Weib und stoßert

im Feuer herum und singt sein caliente! caliente! weit in die Luft hinaus. Da bekommt man warmes Frühstück um 5 Cent: Linsenflöhe so hellrot wie neugeborene Mäuse und Speckschwarten mit den Borsten drauf — eine ganz Handvoll von jedem, tropfend von dem leckersten heißen Öl und sofort zum Dimunterfrühstücken.

Von Albacín herab klappern unablässig die Weibstühle, und noch höher droben, vor den Erdböhlen, steht eine alte Zigeunerin und hängt rote Fäden auf den Kastus zum Trocknen. Die Farbe hebt sich wie eine klangvolle Fanfare gegen den lichtgrünen Felsen und den blauen Himmel.

Jah schlendere in die Anlagen jenseits der Landstraße hinein, setze mich auf eine Bank und blide hinaus auf das Gewimmel des Marktplatzes. Die Mittagsstunde ist vorüber. Die Sonne scheint so warm, daß sie Bettler um Bettler aus den feuchtesten Gäßchen hervorlockt. Sie spazieren ein paarmal über den Platz, steuern jedoch auf mich los und legen sich endlich im Rasen zur Ruhe, die Decke um den Kopf gewickelt; da liegen sie wie schnarrende Lumpenbündel — Sinnbilder praffender Armut. Granada hat ihrer so viele, daß sie einander anbetteln, und sie sind so stolz, daß sie Gottes Segen auf einen herabwünschen, ob man ihnen etwas gibt oder nicht. Die Sonne häßelt sie und seht ihre halbnaekten Glieder warm; die Menschen sehen sie mit milden Augen an, und wer etwas hat, gibt ihnen, ob sie nun darum bitten oder nicht.

Da geht eine vornehme Dame vorbei mit einem Kinde an der Hand; das Kind deutet auf einen der Schlammrunden und sagt: „Mutter, sieh, da liegt ein Bettler.“ — „Nein, mein Kind,“ antwortet die Mutter, „das ist ein Bruder — ein armer Bruder.“ Der Aufseher sagt sie nicht einmal hinaus, obwohl sie mitten im Rasen liegen, mit dem Kopf auf den Blumenbeeten.

Der Tag sinkt, die Bauern haben endlich nachgegeben und rüsten zum Heimweg oder verschwinden in den zahlreichen Weinstümpfen. Die Zigeuner ziehen mit den verhehlten Tieren ab, hinaus zu den Höhlen im Berg der Barmherzigkeit, wo die große Verwandlung stattfinden soll von abgeradert und hinsichtlich zu feurig und unabhängig — alles bis zum nächsten Freitag.

Auf dem Platz beginnen einige Refruken zu exerzieren und jagen die letzten Marktkente fort, da und dort steht noch ein armer Teufel oder ein Rüter und wühlt in einem Refrukt-haufen.

Auf dem Grabenwall der Landstraße haben sich einige Zigeunerweibchen niedergelassen. Sie schwagen durcheinander und verzieren die verschwonnenen Flüge zu breitem Grinsen und sonderbar affenartigen Grimassen. Die eine legt der andern den Kopf in den Schoß und läßt ihn abfuchen, guckt unter den geschäftigen Nägeln der Freundin neugierig den Vorbeigehenden nach, laut Pinienkerne und plaudert schmachtend und zugleich mit einem Ausdruck tierischen Wohlbehagens. Wie die Affen im Zoologischen Garten.

Dr. Eugen Rey f.

Was könnte ich dem Verstorbenen Besseres nachsagen, als wenn ich berichte, wie wir ihn immer nannten: „Unser guter Doktor!“ Was war er? Was hat er geleistet? Er war ein stiller Gelehrter, unser Dr. Eugen Rey (geb. 18. Februar 1838, gestorben 30. August 1909) und ein guter Mensch. Als studierter Chemiker leitete er anfangs eine heimische Fabrik, später eine Naturalkienhandlung, die wohl noch vielen alten Leipziguern in Erinnerung ist und von der man noch die Spuren in fast allen Museen und Vogelkammern findet. Dieser Berufswechsel hatte seinen Grund in der unendlichen Liebe zur Natur, die ihn bis zu seinem Tode nicht verlassen hat. Wie rührend war es doch, den ans Krantenbett gefesselten 71 jährigen Flagen zu hören, daß er nicht sehen könne, wie der Garten ergrünte und was seine Kottschwämmchen und andere gestiebene Lieblinge in der Laube dieses Jahres machten. Vor allem war es die Vogelkunde, die von jeder seine ganze Liebe und Hingabe besaß, und der er sich von jenem Berufswechsel an immer intensiver widmete. Sie war der Inhalt seines Lebens. Als Spezialität wieder hatte sich Dr. Rey die Dologie oder Eierkunde gewählt, und so wurde er eine der berühmtesten Autoritäten auf diesem Gebiete und wurde, wie selten, einhellig als solche anerkannt. Das bekannte Eierwert: Die Eier der Vögel Mitteleuropas ist die Frucht seines intensiven Studiums und seiner prächtigen Sammlung. Von seinen vielen Arbeiten und Forschungen auf diesem Gebiete sind vielleicht die allgemein interessantesten und beachtenswertesten die über den Kukud. Rey hat wohl die größte Kukud-eierkammer zusammengedrückt, die existiert, im ganzen circa 1100 Stück. Der Wert dieser Sammlung läßt sich gar nicht schätzen, weil es eben Unika sind, die nie wieder so zu beschaffen sein werden. Denn nicht wohl- und sinnlos sind diese vielen Eier zusammengekauft, sondern die Lebensgeschichte vieler Dugende von einzelnen bestimmten Kukudweibchen prägt sich in der Sammlung aus; hat doch Dr. Rey es fertiggebracht, alle Eier eines und desselben Weibchens nicht bloß während eines, sondern während einer ganzen Reihe von Jahren aufzufinden und an diesem unerforschlichen und absolet einwandfreiem Material all die Fabeln, die über die Lebensweise des Kukuds herrschen und vielfach leider noch herrschen, zu zerstören. Diese Untersuchungen, wahre Muster unendlicher Geduld, Liebe zur Sache und Ehrlichkeit sind niedergelegt in dem Büchlein Kukud und Neues vom Kukud des Kukud. Man sieht schon daraus, wie der Verstorbene arbeitete: er begnügte sich damit, eine Einzelfrage vorzunehmen, dieselbe aber verfolgte er so lange und mit solcher Ausdauer und Gründlichkeit, daß wir ihn immer für das Non plus ultra penitlich exakter Arbeit hielten. Diese Ehrlichkeit äußerte sich auch in seiner Beurteilung anderer: er war skeptisch in hohem Maße und verließ sich nie auf andere Leute, ehe er sie nicht bis auf Herz und Nieren geprüft hatte. War irgendeine Kleinigkeit unklar, er ging ihr nach, ohne ein Wort zu sagen, und mit Hartnäckigkeit verfolgte er die Sache, bis sie klar lag. In der letzten Zeit seines Lebens beschäftigte er sich mit Untersuchungen über die Verdauungsprozesse und die Nahrung der Vögel; vor allem studierte er die Frage, welche Vögel zur Verdauung Sand und Steine bedürfen, was für welche und wieviel. Auch bei dieser scheinbar lächerlich kleinlichen Arbeit kam er zu schönen Resultaten, die in vielen Publikationen in ornithologischen Fachzeitschriften veröffentlicht sind. Ja, zuletzt hatte der Forscher solche Übung, daß er allein an den Magensteinchen sofort sehen konnte, ob der Magen etwa von einer Lerche oder einer Ammer stammte.

Man darf aber ja nicht denken, daß Dr. Rey deshalb überhaupt kleinlich war. Genau das Gegenteil war der Fall. War er doch ein Freigeist durch und durch, der stets für Vernunft und Fortschritt gestritten hat. Die Liebe zur Natur und ein edler Idealismus war seine Religion, die Vernunft sein Gesetz. Dabei

war er mehr ein Christ der Tat als mancher sogenannte Christ. Wenn der freireligiöse Pfarver, der ihm die Grabrede hielt, als Motto das Dichterverwort wählte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, so kam es allen Fremden so vor, als sei dies schöne Gesetz der Nächstenliebe so recht verkörpert gewesen in unserem „guten Doktor“. Wo er helfen konnte, da tat er es, aber ohne ein Wort zu sagen, mit einer Selbstverständlichkeit, die uns um so bewundernswürdiger vorkommt, als sie heutzutage fast ein unbekanntes Ding ist. Er war einer von jenen unendlich feinen Menschen, die in der Not sofort mit der Tat bei der Hand sind, ohne nur ein einziges Wort zu sagen. Wenn je ein Mensch gut gewesen ist, so war er es. Natürlich ist seine Güte auch ausgenutzt worden, wie es ja immer geht. Dr. Mey gab so lange, bis ihm dann endlich auch einmal die Ausnutzung seiner Güte mißfiel zu viel wurde. Seitdem war er schwer zugänglich und sah sich erst lange seine Leute an. Wer aber erst einmal seine Freundschaft hatte, der hatte in ihm einen Schatz. Man wollte kommen, wenn man wollte, mochte wünschen, was man wollte, wenn es in seiner Macht lag, so war man sicher, daß er auf der Stelle Rat oder Abhilfe schaffte. Als Privatgelehrter, der gerade ausreichend hatte, um bequem seinen wissenschaftlichen Neigungen nachzugehen, hatte er sich ein Arbeitszimmer eingerichtet, wo man einfach alles haben konnte, denn der alte Herr war auch ein wahrer Tausendfüßler, der ein sabelhaftes technisches Geschick hatte. Dort zu sitzen, mit ihm zu basteln oder zu plaudern, war Verone für uns Jungen.

Bei der unendlichen Liebe zur Natur kam es nicht wundernehmen, daß der Verstorbene ein vortrefflicher Jäger und Schütze war. Das war ja bei seinem Beruf als Ornithologe eine unumgängliche Verbindung. Bis in seine letzten rüstigen Tage ging es wöchentlich ein- oder zweimal hinaus auf die Kränzhütte und außerordentlich groß ist die Zahl der von ihm erlegten Raubvögel. Dabei war er aber auch hier objektiv und ehrlich genug, die üblichen Lebensarten vom „edeln Weidwerk“ als eitel Selbstbetrug zu erkennen. Wie er hier trotz aller Leidenschaft kalt und objektiv blieb, so auch in der Frage des Vogelschutzes. Wenn jemand die Vögel liebte, so war er es. Wie rührend war es doch immer, wenn er die in seinem Garten wildlebenden Vögel im Freien so weit zählte, daß sie ihm die Wehrtümer aus der Hand nahmen, oder wenn er einen der trotz ihrer Frechheit so außerordentlich schwer zu zähmenden Spagaz so weit brachte, daß er ins Zimmer kam und durch eine Stucht von Zimmern folgte, um dann schließlich mit dem ergatterten Wissen denselben Weg zurückzunehmen. Trotzdem verurteilte unser alter Freund all den übertriebenen Unfug, dessen sich die Tierhändler heute vielfach schuldig machen, aufs schärfste; denn mit Recht meinte er, daß das der guten Sache nur schade.

Mit einer wunderbaren Ironie verstand er, solche Ausschweifungen in ihre Grenzen zurückzuweisen, wie er denn überhaupt der Dummheit gegenüber außerordentlich scharf werden konnte.

Als Mensch war der Verstorbene eine wahre Perle. Als Gesellschafter war er einzig, wenigstens ihn zuletzt seine Schwermüdigkeit ein wenig störte. Sein Humor war das köstlichste, was ich je gehört habe. Er konnte stundenlang die fröhlichste Laune um sich verbreiten und das bis in die letzten Wochen seiner Gesundheit. Ja selbst auf seinem Marterlager, wo ihm ein hochgradiger Rheumatismus unaußhörliche Schmerzen bereitete, verließ ihn sein göttlicher Humor nicht ganz, wenigstens und dieser Galgenhumor ins Herz schnitt.

Es war ein kleiner Kreis, der sein Vertrauen hatte, aber wir, die wir dazu gehörten, haben nur ein Gefühl: den besten Freund verloren zu haben, den es je gegeben hat. Ein gerader, ehrlicher, deutscher Mann, ein guter, wahrhaft edler Mensch ist von uns gegangen, wieder zur Mutter Natur zurückgekehrt, die ihm ihr Bestes gab: Befriedigung in der Beschäftigung mit ihr.

Kunstchronik.

Berliner Theaterbriefe.

I.

(Das Lebensfest. Muffet. Gretchen.)

Die Herrschaften sind wieder von der Reise zurück. Man fängt an, wieder ins Theater zu gehen. Die Theaterdirektoren tragen der Uebergangsstimmung, d. h. den noch hochsommerlich gestimmten Gefühlen des pp. zahlungsfähigen Publikums Rechnung und versuchen es zunächst mit leichter Kost.

Das Berliner Theater eröffnete den Reigen. Seine beiden geschäftsführenden Direktoren, Reinhard und Vernauer, hatten nach hundert mehr oder weniger geeigneten Vorstellungen der alten Posse einer von unsrer Lust *Karl Märlers Lebensfest* neu einstudiert und ließen es zur Premiere avancieren, da sie einige Hauptrollen neu und gut besetzen konnten.

Der Dichter dieser fragwürdigen Komödie ist zum Schwandbühler geworden — aus Scham über seine Not. Er hatte genug. Die bürgerliche Gesellschaft hätte ihn verhungern lassen, solange er sich — wie er meinte — an existenz Problemen versuchte. Seine ersten Arbeiten, Satiren und Tragödien, blieben unbeachtet. Jetzt fabriziert er allein oder in Gemeinschaft mit einem Kompagnon lustige Schwänke, die die Gesellschaft höhnen, deren Gesinnungslosigkeit ihrer Korruptiertheit entspricht und deren Schnoddrigkeit sie beschützt.

Das Lebensfest. — Volkenträger. — Im Klubfessel. — Das Blumenfest kann, kann Muffet auch und besser. Nur wenn sich in ihm der Satiriker regt, dann sieht sich das Kadelburgische Publikum abgehoben. Muffet ist vielleicht noch ein ein wenig zu schwer. Er weiß zwar, was zieht, und er wählt meist ein Willen, das seiner Wirkung sicher ist. Hier im Lebensfest: eine Daghauer Malerkolonie. Berlins unerwiderte Liebe zu allen Münchenerischen, hier kann sie sich ausleben. Wie steigen wie Maler empor, entzünden sich und verpuffen, und zum Schluß wird Ker an nichts glaubende Dichter — einem hochgeehrten Publikum zuliebe — auch noch sentimental, sentimental er vermutet, daß dieses Publikum Sentimentalität für Poesie zu nehmen gewohnt ist.

Man spielte diese schnoddrige Posse voll übermühter Einfälle stotter herunter, und die bizarre, nervöse Komik seines Schuf mit den amüßlichen Leistungen der andern für zwei Stunden eine ausgelassene Heiterkeit.

Im Königl. Schauspielhaus war man weniger vergnügt. Ein Dichter kam zum Wort. Alfred de Musset. Obgleich ihn Paul Lindau arg verstimmt hatte, er kam schließlich — Mitte des zweiten Akts — doch selbst zum Wort. Und nun zeigte sich etwas sehr Interessantes: das Publikum, das die Clownerien des Bearbeiters Lindau im ersten Akt höchst beifällig aufgenommen hatte, blieb stumm und langweilte sich zu Tode bei dem entzückend graziösen Dialog zweier Liebenden. Man spielte *richtig mit der Liebe*: dieses lyrische Gedicht taugt nicht für ein hochtheatralisches Publikum; ich habe eine solche strenge Wertschätzung wohlkulturer Bürger noch nicht gesehen, sie prüften vor Tadel bei jedem Wort, und das Wissen eines Komikers ruft nachsalven hervor, die Schönheiten einer leidenschaftlichen Seele sind ihnen ein verlegtes Buch, und ein geistreiches Wort beunruhigt ihr Gehirn. Auf der untersten Stufe des dramatischen Humors fühlen sie sich wohl, und der Zirkusclown befreit alle ihre Anipröße.

Nun kommt ein feinerer Künstler, ein Künstler, dessen Kultur sich in jeder Zeile, in jedem Verse, den wir von ihm besitzen, offenbart. Alfred de Musset, der Freund George Sands — wie begegnet ihm das preussische Hoftheaterpublikum? Es zischt ihn an. So geschah im Herbst des Jahres 1900.

Ein paar Tage später. Ein andres Publikum. Die Berliner Bebewelt. Im Residenztheater.

Man spielt einem mit großem Tamtam angekündigten Schwan zwei Wiener Autoren: Gretchen von Davis und Pippich. Man rechnet auf Anstandslosigkeit und kleine Privatitäten. Man macht die Rechnung ohne die Autoren. Sie hatten einen guten Einfall: sie wollten in amüßlicher Weise die Fragwürdigkeit eines Erziehungsheims für gefallene Mädchen und reizige Sinderinnen demonstrieren. Schön. Es ergeben sich ganz lustige Situationen, als Serenissimus zum Besuch dieses von gräßlicher Protektion errichteten Instituts erscheint. Wenn aber schließlich eine Evidenz mit bloßem Sexualwitz immerfort als Spitzentüppeln bezeichnet wird, und wenn die Hauptdarstellerin, das Gretchen, ihre ganze Schalkhaftigkeit und ihre Indezzenz in die Verführung legen soll, daß sie nichts als Spitzentüppeln will, so wird einem das auf die Dauer zu saß. — Das Stück enthält einige groteske Typen, nach deren Originalität ich nicht fragen würde, wenn die Atmosphäre des Schwan's mehr reizte und sich das Ganze übermühtiger, lustiger, meinetwegen freier gebärdete. Aber das Stück wirkt zum Schluß sehr — trotz der ausgezeichneten Charakteristik Alexanders, der den Serenissimus spielte.

Das sind die verheißungsvollen Anfänge des Theaterwinters. Wilhelm Herzog.

Neues Theater. Freitag: *Tantris der Narr*. Sonnabend: *Der Bajazzo*; *Versegelt*; *Vier slavische Tänze von Dvorak*. Sonntag: *Mignon*. Montag: *Einame Menschen*. — Altes Theater. Freitag: *Die Barfußgängerin*. Sonnabend: *Der Kaffeebinder*. Sonntag, nachmittags 1/2 3 Uhr: *Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der Widerspenstigen Zähmung)*, abends 1/2 8 Uhr: *Die Barfußgängerin*. Montag: *Die Dollartprinzessin*.

Die Ausgabe der Billets zum Extraabonnement auf den Abbelungenszyklus, der nächsten Dienstag beginnt, erfolgt nur noch morgen von 10 bis 3 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters. Für das Extraabonnement sind ermäßigte Preise festgesetzt, auch kommen die Vorverkaufsgeldbühren in Wegfall. — Direktor Volkner hat Sudermanns neuestes Drama *Strandbänder* für das Stadttheater erworben. Das neue Stück wird Anfang Januar in Szene gehen.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2 8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend: *O diese Leutnants!* Sonntag, nachmittags 1/2 3 Uhr: *Vorstellung für den evangelischen Arbeiterverein (Der Kaufmann von Venedig)*, abends 1/2 8 Uhr: *O diese Leutnants!* — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasturm). Freitag: *Der lustige Krieg* (halbe Preise). Sonnabend, nachmittags 1/2 3 Uhr: *Schillerfest (Juni)*, abends 8 Uhr: *Ein Herbstmanöver (Erstaufführung)*. Sonntag, nachmittags 1/2 3 Uhr: *Vorstellung für den Gewerbeverein S. D. (Der Raub der Sabinerinnen)*, abends 1/2 8 Uhr: *Ein Herbstmanöver*.

Vollenberg-Theater. Freitag: *Der Hüttenbesitzer*. Sonnabend: *Kean*.

Albertheater (Stadt Mühlberg). Gastspiel des Berliner Thalia-Ensembles. Abend für Abend: *Krone und Fessel*.

Naturwissenschaftliches.

Michael Faraday, Naturgeschichte einer Kerze. Sechs Vorlesungen für die Jugend. Mit einem Lebensabriß Faradays, herausgegeben von Dr. Richard Meyer. Mit 35 Abbildungen und einem Bildnis Faradays. Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis 2.50 Mk. — Man nennt unser Zeitalter das des Dampfes und der Elektrizität. Allenthalben ragen riesige Schornsteine empor und zeigen, daß Dampfmaschinen von Hunderten von Pferdekraften rastlos tätig sind. Ein unentbehrliches Verkehrsmittel ist die elektrische Straßenbahn, auf elektrischem Wege werden in den Benzinfahrzeugen die Gasgemische zur Explosion gebracht, hundert und aber hundert Kilometer weit bringt uns elektrischem Wege das gesprochene Wort. Wunder umgeben uns ringsum. Und wenn wir danken wir die Kenntnis der Dampfmaschine? James Watt, den klappernden Deckel eines Teetopfes beobachtend, spürte den geheimnisvollen Kräften nach, die den Deckel immer wieder hoben, und erfand dann die Dampfmaschine. Also nicht das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit und Forschung, sondern das Zufallsprodukt eines spielerischen Experimentes, dessen Folgen nicht im geringsten geahnt wurden, ist die Erfindung der Dampfmaschine. Sonderbar und hochinteressant ist es, daß die Erfindung der Induktionsströme, die den Aufschwung der elektrischen Industrie bedeutet, ebenfalls von einem Dilettanten gemacht worden ist, nämlich von Faraday. Der allerdings schon etwas von Faradays Bedeutung auf wissenschaftlichem Gebiete gehört hat, wird die Bezeichnung Dilettant für den Forscher für falsch erklären. Und doch ist Faradays Werdegang zum Forscher der eines laienhaften Liebhabers. Ursprünglich war der Gelehrte nämlich Buchbinderlehrling. Dabei hatte er nun Gelegenheit, mit Vätern der mannigfachen Art zusammenzukommen. Er konnte aber niemals ein Buch von außen betrachten; vor allem Werke chemischen Inhalts zogen ihn mächtig an. Er versuchte, geschickte Experimente mit den beschriebenen Mitteln nachzumachen und erwarb sich allmählich ziemlich große Vorkenntnisse. Nun sah er ein, daß er seinen Beruf als Buchbinder verließ hatte, und er bot seine Dienste dem Direktor am chemischen Laboratorium der Royal Institution in London an. Der machte ihn auf gut Glück zu seinem Assistenten. Mit wahren Feuereifer war nun der junge Mann bestrebt, zu lernen und sich auszubilden. Mit innerem Widerwillen ließ er sich sogar zu untergeordneten Dienstleistungen mißbrauchen, aber er hielt aus, um weiter lernen zu können. Gar bald hatte er sich gründliche Kenntnisse erworben und wurde nach dem Tode Davys dessen Nachfolger als Direktor des Instituts. Hier war es seine Hauptaufgabe, durch leichtverständliche Vorträge die Kenntnis der Naturwissenschaften auch den Laien etwas zu ermöglichen. Einem solchen Vortragszyklus verdanken wir auch das in fünfter Auflage vorliegende Werkchen: Die Naturgeschichte einer Kerze. Die Nachschrift eines Zuhörers, nicht eigene Aufzeichnung Faradays ist das Büchlein. Es kommt also die ganze Klarheit des Faraday'schen Vortrags und die Leichtverständlichkeit seiner Ausführungen besonders gut zur Geltung. Es ist bei populären Vorträgen sehr beliebt, einen einfachen Vorgang von vielen Seiten zu betrachten und auf diese Weise wissenschaftliche Hypothesen klar zu machen. In geradzum meisterrichter Weise hat das Faraday mit seiner Kerze getan, um die er die sechs Vorträge gruppiert hat. Einen ganzen Abriß der Chemie und Physik, wenigstens soweit diese Gebiete den Laien angehen, gibt Faraday, und zwar mit einer ungemein klaren und zwingenden Beweisführung. Die Experimente, die er zur Erläuterung vorführt, sind meist so einfach, daß eine große Anzahl davon schon von Schulknaben ausgeführt werden kann. Für die Jugend ist dieses Werkchen ja in erster Linie bestimmt, aber auch ein Erwachsener wird wohl kaum das Buch aus der Hand legen mit dem Gefühl, ein Schulbuch gelesen zu haben. Auch das Interesse schon vorgeliebter Leser wird von der ersten bis zur letzten Zeile gefesselt. Bemerkenswert ist auch der beigegebene Lebensabriß Faradays, der uns die Entwicklung des berühmten Mannes zeigt und auf seine Bedeutung als Pfadfinder der Wissenschaft besonders hinweist. Dem Werkchen ist auch in seiner neuen Auflage eine recht weite Verbreitung, die seinem Werte entspricht, zu gönnen.

Prof. Dr. W. Rigula, Deutsche Moose und Farne. Mit 50 Textabbildungen. Stuttgart, Verlag von Strecker u. Schröder. Preis geheftet 1 Mk., gebunden 1.50 Mk. Riefach ist die Ansicht verbreitet, daß nur die Blütenpflanzen Beachtung verdienen, die Kenntnis der blütenlosen Pflanzen aber dem Nichtfachmann ein Buch mit sieben Siegeln sei, dessen Erschließung eine mit großen Schwierigkeiten verbundene und zudem unantworbare Arbeit sein müsse. Und gerade die Kryptogamen bieten durch ihre Vielgestaltigkeit und ihre ungemein mannigfache Entwicklungsart ein gar dankbares Beobachtungsgebiet. Man darf allerdings das Studium der niederen Pflanzen nicht in der Weise unserer Altväter betreiben, indem man sorgsam die Exemplare einträgt und sauber gepreßt und etikettiert in einem Maritimenkasten verbirgt. In ihren wechselnden Lebensvorgängen wollen die Pflanzen beobachtet sein, wenn Genuss aus der Beschäftigung mit ihnen entspringen soll. In besonderer Maße verdienen die tierischen Moose und die formenreichen Farne das Interesse auch des Laien. Man braucht nur das Büchlein von Dr. W. Rigula, dem Professor an der Forstakademie in Eisenach zur Hand zu nehmen, um fast auf jeder Seite neue, unbekannte Tatsachen gesammelt zu finden. Nur selten weiß der Laie, daß man bei Moosen und Farne zwei ganz verschiedene Arten von Individuen unterscheidet, nämlich solche mit geschlechtlicher und solche mit ungeschlechtlicher Vermehrung. Ja, es ist das Verhältnis dieser beiden Generationen sogar ganz genau geregelt, indem stets aus den ungeschlechtlichen Sporen die geschlechtliche Generation hervorgeht, deren Same wieder ungeschlechtliche Pflanzen liefert. Ein regelrechter Generationswechsel ist also ausgebildet, und zwar ein obligatorischer (gezwungener, unumgänglicher); denn niemals kann aus eine Sporengeneration, also eine ungeschlechtliche, wieder eine ungeschlechtliche folgen. Interessant ist ferner, daß wir unter der Farne *Flanze* die ungeschlechtliche Generation verstehen; auf der Unterseite der Bedel beim Ader- oder Wurmsarn z. B. stehen die Sporenbekäfer und entlassen die ungeschlechtlichen Fortpflanzungsgeißeln. Die Moospflanze dagegen stellt die geschlechtliche Generation dar. Getrennt in verschiedenen Behältern bilden sich männliche und weibliche Geschlechtszellen aus und aus der befruchteten Eizelle entsteht die ungeschlechtliche Generation. Sie wird durch die locker auf den Geweben aufliegende Moospolyp dargestellt, die eine Fülle winziger Sporen, also ungeschlechtliche Fortpflanzungsgeißeln bildet und sie manchmal durch besondere Einrichtungen den Winden übergibt zur weiten Verbreitung. Interessant ist die Tatsache des Generationswechsels an sich, besonders fesselnd sind aber die kleinen Besonderheiten, die sich bei verschiedenen Arten herausgebildet haben. In Rigulas Büchlein sind sie klar und ansprechend geschildert. Die Abbildungen von der Hand des Verfassers sind recht gut. A.—x.

Ein Schweizerischer Nationalpark. Aus der Schweiz von der Frankfurter Zeitung geschrieben: Schon wiederholt sind Notizen durch die Blätter gegangen über die Pläne der Schweizerischen Naturschutzkommission, die in verschiedenen Gegenden der Schweiz Urwald-Reservationen schaffen will. Auf der Jahresversammlung des Schweizerischen Forstvereins in Frauenfeld hat man Näheres über den Stand dieser Angelegenheit hören können. Es besteht die Absicht, an verschiedenen Punkten des Landes, im Hochgebirge, in den Voralpen, im Jura, auf der Hochebene und am Südschloß der Alpen Reservationen anzulegen, in denen dem pflanzlichen und tierischen Leben volle Freiheit gelassen und durch keine Menschenhand mehr berührt in das Walten der Natur eingegriffen werden soll. Der Plan hat in den Gegenden, die in Betracht kommen, Verständnis gefunden, und es ist bereits ein Konzeptionsvertrag aufgestellt worden, der mit den betreffenden Gemeinden abgeschlossen werden soll. Die Reservationen werden je nach den klimatischen Verhältnissen verschieden ausfallen; in der Hauptsache wird es sich dabei um das pflanzliche Leben handeln, so daß man auch schon von Urwald-Reservationen gesprochen hat. Im Schweizerischen Forstverein hat man allerdings an dieser Bezeichnung Anstoß genommen; Urwälder "Wälder" man nicht "gründen", hat es geheißen, und der Name Waldreservations genügt auch. In einem der in Aussicht genommenen Punkte hat man nun aber doch etwas mehr im Auge, als eine bloße Waldreservations, im bündnerischen Scarlial. Da soll ein Gypsfeiler der schweizerischen Reservationen, ein eigentlicher Nationalpark entstehen, in dem auch die Tierwelt berücksichtigt werden soll. Das Scarlial ist ja das einzige Gebiet der Schweiz, wo noch Büren vorkommen, keine Zeitungsbüren bloß, sondern leibhaftige Tiere von Fleisch und Fell und Blut. Das Scarlial ist ein Seitental des Unterengadins; es zweigt bei Schuls gegen Süden ab, eng, felsig, schluchtartig. Drei Stunden weit hinten liegt das pugige Dörfchen Scarl; es ist das ganze Jahr durch bewohnt, im Winter allerdings bloß von zwei Familien, dem Wirt und dem Grenzwachter, der auch die Post besorgt. Der Grenzwachter hat das ganze Jahr nicht viel zu tun; es kommen höchstens Schaffherden von Tirol herüber — die zahlreichen österreichischen Schmuggler, die von Scarl aus über hohe Schleichpfade den Weg nach Taufers suchen, geben den Schweizerzöllner nichts an. Der Wirt hat im Sommer viel zu tun in seiner Alpina; die Ausflügler von Schuls kommen oft herauf und auch Touristen, die ins Rätikon oder nach Taufers in Tirol wollen. Der Wirt zur Alpina in Scarl ist ein Original; er bringt keinem Gast mehr als einen halben Liter und morgens in aller Herrgottsfröhe krommelt er seine Gäste aus dem Bett, denn er kann das lange Schlafen nicht leiden. Man sieht, das Wälden für eine urwaldähnliche Reservations wäre nicht schlecht. Aber auch sonst ist hier der Boden für den Zweck gut gemacht. Wilde Seitentäler tun sich da hinter auf, in die noch selten ein menschlicher Fuß gekommen ist, das Tal Winjer, das Tal Tavris, das Cluoga, das Uina- und das Seserental, weltverlorene Gründe, wo die Büren noch herrlich und in Freuden leben können. In diesen Seitentälern nun, gegen die Bergkämme hinaus, will die Naturschutzkommission ihre große Reservations, ihren Nationalpark gründen. Sie ist zu der Einsicht gelangt, daß die alpine Flora und Fauna in diesem Gebirgsdistrikt, der sich durch das Bieder Piz Quatervals, Piz Anna, Piz Bishanna und Piz Nair umgrenzen läßt, in der gesamten Alpenkette der Schweiz am ungestörtesten erhalten geblieben sei — ein Gebiet, in welchem weder zu ausgedehnte Firngelände vorhanden sind, die alles Leben erlöden, noch auch niedrigeres Flachland, in dem durch die Kultur die Naturwelt verdrängt und vernichtet wird. Hier in dieser äußerst reich gegliederten und doch noch im ganzen gemäßigter Höhe sich haltenden Bergwelt muß das geeignete Land gefunden sein, wo das großartige Experiment, aus den erhalten gebliebenen pflanzlichen und tierischen Naturlebewesen eine nur von der Natur geschaffene Lebensgemeinschaft zu begründen, gelingen muß. Hier soll „alpine Natur wiederhergestellt und gleichsam als ein großes Reservoir ungestörter Naturlebens der Zukunft zum Geschenk gemacht werden“. So heißt es in der Eingabe, die der Präsident der Naturschutzkommission Herr Dr. Paul Sarasin in Basel an den Gemeindevorstand von Zermatt gerichtet hat. Die Gemeinde Zermatt sei der Sache gewogen und der Schweizerische Nationalpark wird in nicht allzu ferner Zeit gewiß zur Tatsache werden.

Eingelaufene Schriften.

Ludwig Richter, Lebenserinnerungen eines deutschen Malers. Selbstbiographie nebst Tagebuchnotizen und Briefen. Herausgegeben und ergänzt von Heinrich Richter. Mit einem Bildnis Ludwig Richters und einer Einleitung von Ferdinand Avenarius. Volkswandgabe des Dichterbundes. Leipzig, Max Hesse Verlag. Preis gebunden 3 Mk., in Geschenkband 4 Mk., in Ganzleiderband 5 Mk.

Café Bauer

Schönstes und grösstes Café Leipzigs. — Von 4 bis 2 Uhr nachts

Täglich Konzerte erstklassiger Kapellen

I. Etage: **Café Bauer-Kasino.** Elegante vornehme Bar.
Eintritt frei. Tag und Nacht geöffnet. Kein Programm-Verkauf.
Emil Hofmann.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig.

Sonnabend, 25. Sept., abends 7/8 Uhr, Turnhalle, Lind., Calviskustr.
Sonntag, 26. September, vormittags 11 Uhr, Felsenkeller, Plagwitz

Scholander-Konzerte

Vieder zur Laute, gesungen von Sven Scholander, Stockholm.

Eintrittskarten à 30 Pfg. sind zu haben bei: **Illustrierte Volkszeitung**, Lind., Lügner Str. 41; **Bibliothek**, Lind., Merseburger Str. 45; **Glanzmänn**, Restaurant Zwei Linden, Lind., Karl-Heine-Str. 12; **Richter**, Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. 52; **Vammes**, Lagerhalter, Schleußig, Könnertstr.; **Felsenkeller**, Karl-Heine-Str. 12. [16002] **Keine Beteiligung erwartet Der Vorstand.**

100 Zeitungen

Wollen Sie ein gemütliches Café kennen lernen
16119)* **Bitte** besuchen Sie das
Café Münchner Hof

Leitung: **Albert Kuntzschmann**
Königsplatz 16, I. Etage (Ecke Mühlgasse).

100 Zeitungen

Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Wachstum wird gerichtlich verfolgt

Tonnerstag, den 16. September: 247. Abonnements-Vorstellung (3. Serie, 10. Akt):

Hoffmanns Erzählungen.

Blutige Cyper in einem Vorspiel, 3 Bildern und einem Nachspiel mit Benutzung von E. T. A. Hoffmanns Novellen von Julius Barbier. Musik von Jacques Offenbach. (Seine Überführung)

Leitung: Aufführung: Dr. Coehmsfeld. — Musikal. Leitung: Kapellmeister Conrad

Personen des Vorspiel- und Nachspiels:

Der Dichter Hoffmann Hr. Jäger Hr. Schwering
Hilflos, sein Freund Hr. Schläger Hr. Watten
Stadtrat Lindert Hr. Ruppert Hr. Schell
Stella, eine Sängerin Hr. Kunz Hr. Staudenmeier

In Lutters Wirtschaft, erstes Viertel des 19. Jahrhunderts.

Personen der drei Bilder:

Hoffmann Hr. Jäger Hr. Hladki
Hilflos Hr. Schläger Hr. Barisch
Coppelius Hr. Ruppert Hr. Schell
Doktor Mirabel Hr. Kunz Hr. Staudenmeier
Spalanzani, Professor Hr. Kunz Hr. Staudenmeier
der Physik Hr. Kunz Hr. Staudenmeier
Cymbia Hr. Kunz Hr. Staudenmeier
Giulietta Hr. Kunz Hr. Staudenmeier
Schlemihl Hr. Kunz Hr. Staudenmeier

Schauplatz der Erzählungen: 1. Bild: Bei Spalanzani. 2. Bild: Benebig, im

Salon der Operetta. 3. Bild: In Kreisels Haus.

Eintritt 1/2, 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10/10 Uhr. **Cyber-Vorstellung.**

Spezialplan: Freitag: Zum ersten Male wiederholt: **Tanztrio der Narr.**

Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Tonnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr:

Vorstellung für das Arbeiterbildungsintitut.

Die Kreuzschreiber.

Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von E. Ansgar.

Musik von Alois Müller senior.

Regie: Regisseur Haas.

Musikalische Leitung: Dr. Bödner.

Eintritt 1/2, 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10/11 Uhr.

Ein **Eintritt** für diese Vorstellung findet nicht statt.

Spezialplan: Freitag: **Die Barockkammerin.** Anfang 8 Uhr.

Gesellschaftshaus Goldener Adler

Lindenau, Angerstrasse 49.

Sonntag, den 19. September 1909

Neu renoviert **Große Saalmeiße** Erstkl. Parkett

verbunden mit **Konzert und Ball.**

11 Uhr: **Polonäse mit Ueberraschung.**

Schneidige Ballmusik. Anfang 4 Uhr. **Neueste Tänze.**

Jede hierzu alle Freunde, Genossen und Vereine freundlichst ein.

[16412*] **Franz Sperling.**

Herbstmesse

Haases Stufenbahn

Morgen Freitag, von 8 Uhr an

Grosser Gala-Elite-Abend

mit grossartigen Ueberraschungen.

Jede Dame und jeder Herr erhält beim Eintritt

eine Ueberraschung

Schrägüber der Stufenbahn

Haases elektr. Grottenbahn

Hotel und Restaurant

Goldnes Einhorn

Paul Danneberg

Grimmaischer Steinweg 15 Fernsprecher 4727

Täglich Spezialgerichte.

Grosser Mittagstisch von 12—3 Uhr. [16295*]

Hotel Kratzsch, Zeitzer Str. 19

bringt seine schönen, geräumigen Lokalitäten in empfehlende

Erinnerung. — ff. Küche und Keller.

16120*] **Ergebnis Max Steingraber.**

Zur Quetsche

Empfehle meine freundl. Lokalitäten, Gesellschaftszimmer u.

Saal zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten jeder Art.

ff. Klein-Krochener Bier, Schweinsknochen, Speckkuchen, Fremden-

zimmer zu keinen Preisen. [1247*] **Ergebnis Emil Wierich.**

Max Haufe's Gast- und Logierhaus

43 Seeburgstrasse 43 *

Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gutessaub. Uebernacht. ff. Biere.

Kräftigen Mittagstisch. Verkehrsalokal der Tischler, Achtungsvoll D.O.

Liebmanns Restaurant u. Frühstücksstube

20 Gerichtsweg 20.

Treffpunkt all. Vandsleute von Düben, Eilenburg, Torgau u. Umgegend.

2 Minuten vom Eilenburger Bahnhof. — **Vorzügl. Biere.**

ff. Riebeck-Pilsener à Glas 15 Pfg. **Kräftiger Mittagstisch.**

Gutes Billard und **Gesellschaftszimmer.** Jeden Sonnabend

Schweinsknochen. [7755] **Achtungsvoll G. Liebmann.**

Formerhelm, Restaurant

Lindenau, Kanzlersstr. 46.

Empfehle mein freundl. Lokal zur gefl. Benutzung. **Speisen**

und Getränke hochfein. — Freitag und Sonnabend

Schweinsknochen. — Sonnabend von 10 Uhr abends an

Speckkuchen. **Achtungsvoll Oskar Schmidt.** *

Gambrinus Lindenau

Odermannstrasse 12

Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. — Freitag

und Sonnabends **Schweinsknochen.** **Ch. Wawrzinek.**

Böhlitz-Ehrenberg, Gute Quelle

Inh.: **Gust. Stimmel** empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten, Garten und **Gesellschaftszimmer** dem werten Publikum. [13829*]

Cheatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Leipziger Schauspielhaus.

Tonnerstag, den 16. September, abends 7/8 Uhr:

Wolffs Vorführung zu halben Preisen.

Schauplatz in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Regie: Oberregisseur Ernst Bornstedt.

Längere Pause nach dem 2. Akt.

Spezialplan: Freitag: **Die Reumant.** Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 10/11 Uhr.

Spezialplan: Freitag: **Die Reumant.** Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Anfang 7/8 Uhr.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Lauchaer Strasse 19/21.

Folgende aufklärende Schriften halten wir in

unserem Hauptgeschäft und in unseren Filialen

vorrätig. Auch befolgen die Austräger der

Zeitung jedes angeführte Buch.

Broschüren zu 10 Pfg.:

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?

Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat.

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde.

Christentum und Sozialismus.

Broschüren zu 15 Pfg.:

Schule, Kirche und Arbeiter.

Waren die Urchristen wirklich Sozialisten?

Das wahre Christentum als Feind von Kunst

und Wissenschaft.

War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch?

Broschüren zu 30 Pfg.:

Süder Gottes- und Bibelglauben.

Manne Rosas das Pulver? Eine Streitschrift.

Die Sozialdemokratie u. die katholische Kirche.

Auszüge aus d. Moralphilosophie des Dr. Liguori.

Glossen zur „Die wahre Gestalt des Christen-

tums“.

Die zehn Gebote und die christliche Kirche

von Adolf Hoffmann.

Neu! Paul Göhre: Die neueste Kirchen-

austrittsbewegung aus den Landes-

kirchen in Deutschland. Preis 1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

Extra billiger Gelegenheitskauf.

Großer Posten Kleider- u. Kostümtuche, Stores, Hemdentuche, Stoffe

f. Herr- u. Anabenstoffe. **W. Prell**, Zeiger Str. 7, pl., t. Laden.

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00

1.00